

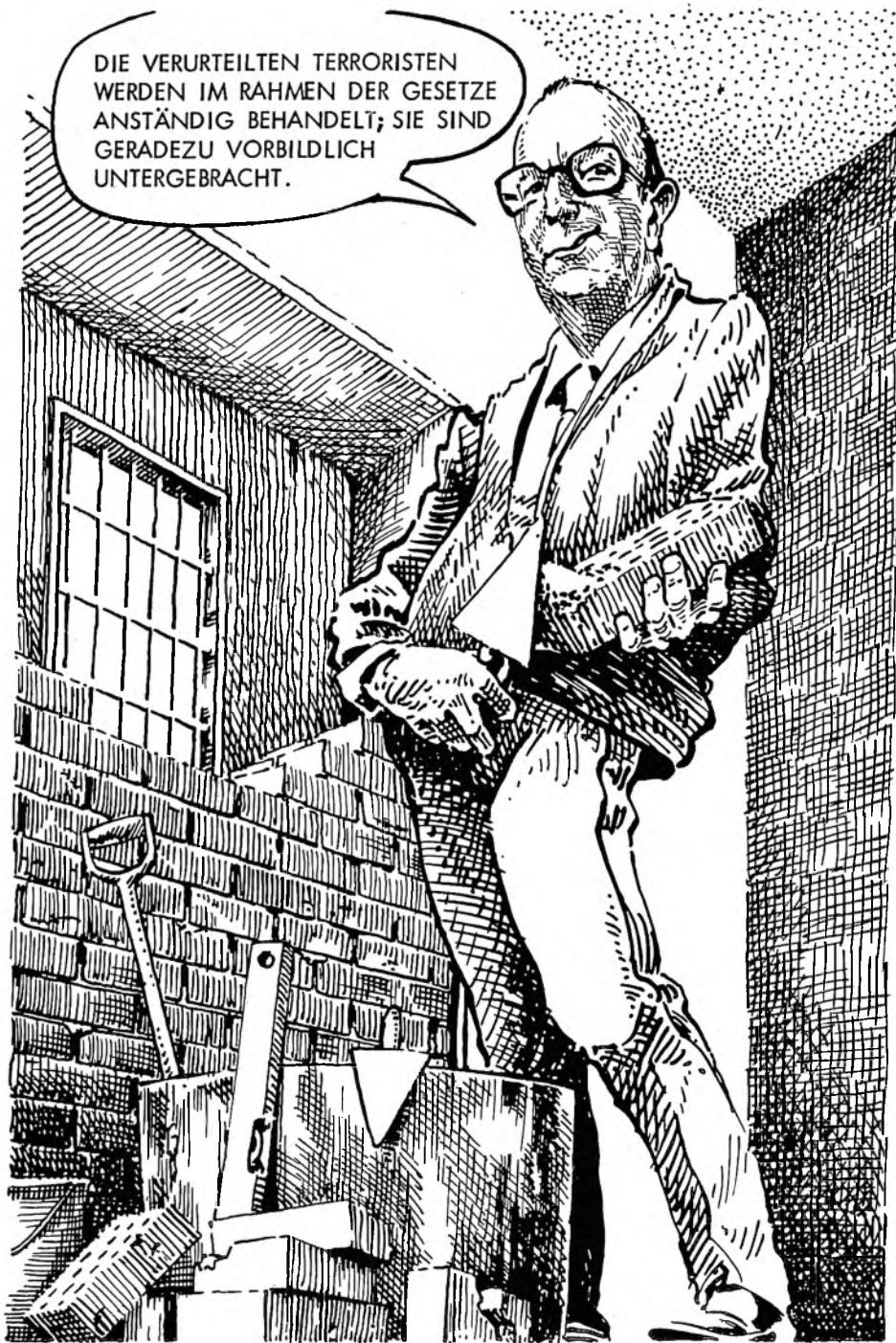
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte

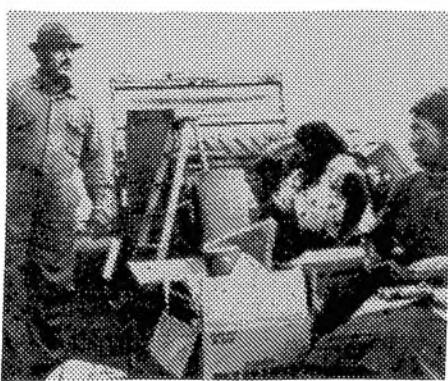


9. März 1985
Jg. 6 Nr. 5

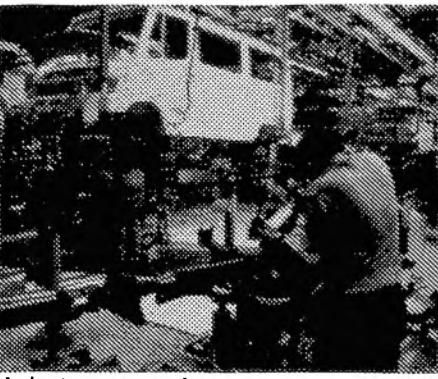
G 7756 D Preis:
2,50



DFG/VK-Bundeskongreß: Fortsetzung der Verweigerung Seite 7



Südafrika/Azania: Widerstand gegen Zwangsvertreibungen Seite 15



Arbeitszeitverkürzung bei Daimler-Benz: "Wie's der Firma paßt!" – Antworten eines Betriebsrats der Gruppe "Plakat" Seite 24

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK - 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21 / 51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21 / 51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Politische Gefangene: Von wegen "Normalvollzug" – Isolations- und andere Foltermaßnahmen sind immer befohlen 4

DFG/VK-Bundeskongress: Fortsetzung der Verweigerung 7

Tarifabschluß Chemie: 3,8% plus Teilzeitarbeit ab 58 7

FDP-Parteitag: Eine Meute von "Leistungsbereiten" formiert sich . 8
Große Volkszählungs-Koalition ... 9

Geraer Forderungen der DDR: (I) Die Politik der BRD gegenüber der DDR ist nachweisbar völkerrechtswidrig 10

SPD-Programmdiskussion: Politischer Reformismus in Nöten – Ausweg rechts von Godesberg gesucht 11
Dokumentiert: Erster Fragenkatalog der Programmkommission 12

Auslandsberichterstattung

Kanadische Krankenversicherung: Spät erkämpft, uneinheitlich, bereits wieder bedroht ... 14
Arbeiterklasse und Staat in Kanada 15

Südafrika/Azania: Widerstand gegen Zwangsvertreibung 15

PLO/Jordanien: Reaktionen auf das Abkommen von Amman 16

Spanien: EG-Beitritt für Anfang '86 fraglich 16

VR Polen: Preiserhöhungen stufenweise 17

PCF-Parteitag: Grundlegende Fragen unbeantwortet 17

Internationale Meldungen 18

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 20

Neofaschisten: "Aktivitäten noch im Vorfeld strafrechtlicher Relevanz" 21

Asylpolitik: In Bayern wird die Beseitigung des Asylrechts gezielt vorbereitet 22

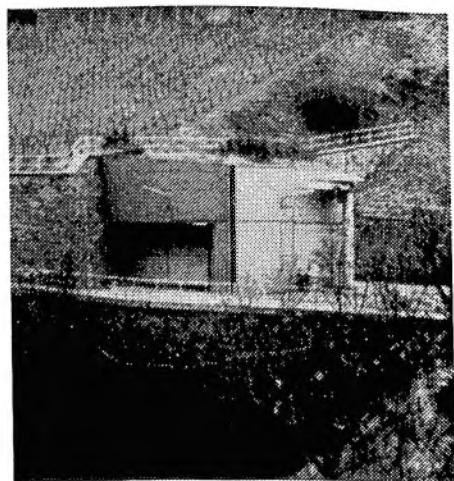
"AUSCHWITZ-LÜGE" WEITER STRAFFREI?

"Künftig soll sich strafbar machen, wer unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen des Völkermordes leugnet oder verharmlost oder wer Gegenstände mit NS-Kennzeichen zum Zwecke des Verbreitens oder öffentlichen Verwendens herstellt, vorrätig hält oder einführt." So die Bundesregierung am 11.4.84 zur Begründung ihres 21. Strafrechtsänderungsgesetzes. Das Gesetz, ursprünglich von der SPD/FDP-Regierung vorgelegt, sollte faschistische Propagandavon solchem Dreck wie der "Auschwitzlüge" mit Strafverfolgung bedrohen. Bislang ermittelten die Staatsanwaltschaften nur auf Antrag. Die CDU/CSU hatte den Gesetzentwurf um eine Strafanwendung für die ergänzt, die "Verbrechen an Deutschen verharmlosen". Selbst in dieser Form soll der Gesetzentwurf nun nicht in Kraft treten. Am 28.2. verkündete Strauß in Israel, BRD-Gerichte könnten in "Beweisnot" gegen faschistische Propaganda kommen, das Gesetz solle fallen. Am gleichen Tag setzten Union und FDP im Rechtsausschuß des Bundestags den Gesetzentwurf von der Tagesordnung ab, die bayerische FDP forderte seine Rücknahme. Die FAZ schäumte, das Gesetz sei ein "absurder Entwurf", eine "Spottgeburt", eine "Verhöhnung des geistigen Zustands der Nation". Auf Antrag der SPD berät nun der Bundestag am 14. März das Gesetz. – (rül)

WINTEX: WIDERSTAND GEGEN DIE KRIEGSÜBUNG

Am 26. Februar hat die Stabsrahmenübung der NATO "Wintex-Cimex" begonnen. "Wintex" soll bis zum 13.3. dauern. An dieser, alle zwei Jahre durchgeföhrten Kriegsübung sollen insbesondere zivile Organe, darunter Stadtverwaltungen und Gemeinden, teilnehmen. Geprobt wird die Mobilmachung für einen großen imperialistischen Angriffskrieg, laut "taz" vom 26.2. u.a. die Bewältigung "riesiger Flüchtlingsströme", die Niederschlagung "innerer Unruhen", die Ausgabe von Lebensmittelkarten, die Zwangsverpflichtung von Arbeitskräften, Beschlagnahme von Fahrzeugen und Gebäuden, Räumung von Krankenhäusern für Kriegsverletzte usw. In der zweiten Phase der Übung soll u.a. das "Notparlament" des Bundestags im Regierungsbunker in der Eifel zusammentreten. Diesem "Notparlament" gehören an: Für die CDU/CSU: Jenninger, Barzel, Dregger, Müller, Reddemann, Rühe, Schmitz, Stücklen, Waigel, Weiskirch; für die FDP: Mischnik; für die SPD: Vogel, Porzner, Apel, Roth, Westphal, Ehmke, Renner, Kolbow, Jahn. "Vertreter des Bundesrats" sind der baden-württembergische Justizminister Eyrich, der

bayerische Staatsminister Schmidhuber, Dr. Scholz (Westberlin), Senator Kahrs (Bremen), Senator Bobrecht (Hamburg), Dr. Günther (Hessen), Minister Hasselmann (Niedersachsen), Staatsminister Gaddum (Rheinland-Pfalz) und Minister Schwarz (Schleswig-Holstein). Gegen die Kriegsübung haben zahlreiche Kräfte Widerstand angekündigt. In NRW hat die LAG Frieden der GRÜNEN die Abgeordneten in den Kommunalparlamenten aufgerufen, "die Öffentlichkeit über diese Notstandsübungen für den totalen Krieg (zu) informieren". Ähnliche



Der Regierungsbunker in der Eifel

Aufrufe liegen aus Baden-Württemberg vor. Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN, die 1983 nach ihrem Einzug in den Bundestag Otto Schily als ihren Vertreter im "Notparlament" benannt hatte und damit sich faktisch zur Mitwirkung an Notstandsmaßnahmen bereit erklärt hatte, beschloß am 26.2., nicht an der Übung teilzunehmen. Schily selbst, der am "Notparlament" teilnehmen wollte, mußte darauf seinen Sitz niederlegen. Die Entscheidung gelte vorerst nur für die diesjährige "Wintex"-Übung, schränkten die GRÜNEN ein. – (rül)

BUNDESREGIERUNG, DFB UND "DEUTSCHE FRAGE"

Am 18. Februar entschied das Organisationskomitee der Europäischen Fußballunion UEFA über Austragungsland und Austragungsorte der Europameisterschaft 1988. Die endgültige Entscheidung wird das UEFA-Exekutivkomitee am 15. März fällen. Am 19. Februar veröffentlichte der Präsident des Deutschen Fußballbundes (DFB) Neuberger die Entscheidung: Austragungsorte sollen Düsseldorf, Gelsenkirchen, Köln, Frankfurt, Stuttgart und München sein. Ausdrücklich wies Neuberger – der sich schon mit der Verpflichtung der Spieler zum Singen der Nationalhymne einen nationalen Namen gemacht hat – darauf hin, daß in Westberlin kein Spiel stattfinden soll, weil die Vertreter aus Bulgarien, der CSSR und der UdSSR sonst gegen die Durchführung der Meisterschaft in der BRD gestimmt hätten. Völlig zu

Recht, denn Westberlin gehört völkerrechtlich nicht zur BRD. Damit hatte Neuberger vor dem endgültigen UEFA-Beschluß das Signal für eine breite öffentliche Debatte gegeben. Die Bundesregierung forderte den DFB per Beschuß auf, sich beim UEFA-Exekutivkomitee für die Durchführung der Meisterschaft auch in Berlin (West) einzusetzen, und Kohl empfahl dem DFB, andernfalls auf die Durchführung der Meisterschaft zu verzichten. Andere Politiker von CDU, SPD und FDP empfahlen ähnliches. Die UEFA-Entscheidung stehe gegen die "Deutschlandpolitik", nämlich den Anspruch der BRD, die unter alliierter Verwaltung stehende Stadt mit zu vertreten. Der DFB hat nun regierungsmäßige Rückendeckung für sein Vorgehen in der UEFA. Er wird – so erklärte er am 28.2. – erneut beantragen, daß Westberlin Austragungs-ort wird, jedoch wird er nicht auf eine Austragung der Europameisterschaft verzichten, wenn die UEFA den Antrag ablehnt. So sind die Teilnahme der "National"mannschaft gesichert und die BRD-Ansprüche auf Berlin in der öffentlichen Debatte. – (uld)

EG-AGRARPREISE: PROTESTE DER BAUERN

Auf einer CDU-Veranstaltung in Husum hat Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle am 21.2. vor 1500 Bauern gesprochen. Auf Transparenten hatten sie Lösungen wie: "Die Industrie will exportieren! Soll der Bauer nun krepieren?" oder "Wenn ich keine Hoffnung seh, wähl ich SPD!", "Wir brauchen Einkommen und keine Sterbehilfe". In seiner Rede, die häufig durch Pfeifkonzerte und Trompeten unterbrochen wurde, versuchte Kiechle, eine Einheit zwischen der CDU und den Bauern gegen die beabsichtigten Getreidepreissenkungen der EG herzustellen. Tatsache ist, daß

die CDU als einzige in der EG die Strafgelder für Milchquotenüberschreitung durchgesetzt hat. Die Lage der Bauern in Schleswig-Holstein sieht folgendermaßen aus: Nach dem Bericht der Bundesregierung liegt das Einkommen der Bauern in Schleswig-Holstein je Vollarbeitskraft im Wirtschaftsjahr 83/84 bei 26132,- DM, was unter dem Arbeiterlohn liegt. Die ha-Verschuldung stieg auf ca. 4000,- DM. Rund 15% der Betriebe stehen wegen Überschuldung vor der Aufgabe. 65% der 30900 Vollerwerbsbetriebe sind Futteranbaubetriebe. Diese müssen wegen der Milchquotierung mit ca. 8% weniger Einkommen rechnen. Die Getreide- und Zuckerbaubetriebe, ca. 22%, können aufgrund guter Ergebnisse mit Einkommensverbesserungen rechnen. Die Veredelungs- und Gemischtbetriebe, ca. 13%, werden ein gleiches Einkommen wie im Wirtschaftsjahr 83/84 erzielen. Die EG-Preisverhandlungen für 85/86 sehen für die Milchbauern allein in Schleswig-Holstein ca. 25 Mio. DM Mindereinkommen vor. Pro Betrieb sind das ca. 1250 DM im Durchschnitt. Der Preis für Magermilchpulver soll hingegen um 7,7% angehoben werden. Bei den Pflanzenanbaubetrieben ist durch eine 3,6% Preissenkung und Abbau von Währungsausgleich eine Mindereinnahme von 45 Mio. DM vorgesehen. Pro Betrieb sind das im Durchschnitt ca. 6600 DM weniger Einkommen.

Im Handelsblatt vom 18.2.85 wurden die Möglichkeiten für eine weitere Verschlechterung der sozialen Lage der Bauern ausgelotet. Es wird Kiechle empfohlen, daß die Garantiepreise nur für die Menge der produzierten Waren gültig sein sollen, die auf dem "Markt" untergebracht werden können. Am 25.2. demonstrierten 10000 Bauern in Bayern gegen diese Pläne. – (ale)



Protestkundgebung von 2800 Mitgliedern des Reichsbund der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen am 21.2. in Oberhausen gegen neue Rentensenkungen. Von solchen Protesten unbeeindruckt läßt Blüm inzwischen gleich mehrere neue Rentensenkungspläne verbreiten – von der Besteuerung der Renten über die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters bis zur einer neuen Rentenformel, die "Rentenanpassungen" unter dem Anstieg der Nettoeinkommen verewigt. Alles würde "geprüft". – (ful)

Kernenergie: Wie weiter gegen die WAA? 22

Werkzeugmaschinenbau: Konzentration und Arbeitsbedingungen 23

Metallhandwerk NRW: Dreiste Handwerkskapitalisten 23

Arbeitszeitverkürzung bei Daimler: "Wie's der Firma paßt!" Antworten eines Betriebsrates der Gruppe "plakat" 24

Raketenstationierung: Pershing II: Stadt unter Druck 25

DFG/VK: Angriffe der Reaktion . 25

Jugendbewegung Punk: Jugendpolitik gegen Punks: Arbeitsdienst und Lagerhaft 26
Revolutionäre Sozialisten zum Punk-Treffen 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Bayerische Metallindustrie: Konzerne erzwingen erste Flexischichten am Samstag 29

Sozialstatistik

Einkommen: (V) Konsum von langlebigen Gebrauchsgütern, Einkommenshöhe und Vermögen 30

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Fotoreportage: Stadtautobahn in Bielefeld 32

Strafrecht: Strafrechtspapst Hans-Heinrich Jeschek feiert seinen 70. Geburtstag 33

Katholische Soziallehre: Theoretische Rechtfertigung der faschistischen Ständeordnung 34

Spezialberichte

Friedensvertrag: "Deutschland in den Grenzen von 1937" – völkerrechtswidrige Regierungspropaganda! 36

Verfälschung des Potsdamer Abkommens 37

Westeuropäische Presse zu BRD-Revanchismus und Schlesien-Debatte 38

Zum Parteitag der "Exil-CDU" ... 39

Politische Gefangene

VON WEGEN "NORMALVOLLZUG" – ISOLATIONS- UND ANDERE FOLTERMASSNAHMEN SIND IMMER BEFOHLEN

Nach Auskünften der GRÜNEN hat das Bundesjustizministerium inzwischen auf die Fragen der Bundestagsfraktion zu den Haftbedingungen von Gefangenen aus der RAF geantwortet. Im Gegensatz zu den von Bundesinnenminister Zimmermann behaupteten "vorbildlichen Haftbedingungen" (1) leugnet das Justizministerium nicht, daß politische Gefangene Sonderhaftbedingungen unterworfen sind, sondern es versucht, die seit der öffentlichen Intervention der Bürgerrechtsorganisation Amnesty International im Jahr 1979 von den Behörden aufgestellte Behauptung zu erhärten, daß die Gefangenen aus der RAF sich ihre Haftbedingungen selbst zuzuschreiben haben, weil sie den angeblich angebotenen "Normalvollzug" ablehnen.

Uns liegen Berichte verschiedener Gefangener über ihre derzeitigen Haftbedingungen und die ihnen gegenüber gemachten "Normalvollzugsangebote" vor, die wir im folgenden in Auszügen oder Zusammenfassungen wiedergeben.

Berichte über die Isolationshaft

Helga Roos ist im bayerischen Frauengefängnis Aichach inhaftiert. Sie war von Dezember 1983 bis Juli 1984 in einem Isolationstrakt untergebracht, seit der Verhaftung von Christa Eckes ist sie in einen anderen Trakt verlegt. Die Zelle, in der sie sich befindet, ist im Kontrollfeld der Innenzentrale des Gefängnisses, sie wurde vorher als Arrestzelle benutzt,

die Zellen rechts und links sind leer. Das Fenster hat keine Sichtblende, sondern zusätzlich zum Gitter Maschendraht. Die Möbel (Schränke, großer Tisch, Bett, Regal) sind – außer dem Stuhl – angeschraubt. Die Zelle hat zwei Türen, die innere aus Holz vor der Türschwelle, die äußere aus Metall hinter der Türschwelle.

Zellendurchsuchungen finden mindestens einmal pro Woche, manchmal auch öfter, während sie bei Besuchen oder Anwaltsbesuchen ist, statt. Sie selbst wird mindestens einmal pro Woche durchsucht und jedes Mal, wenn sie die Zelle verläßt – egal, ob zum Einzelhofgang und selbst nach Besuchen mit Trennscheibe.

Genehmigt ist der Bezug von drei



Demonstration gegen die Isolationshaft am 19.1. in Hamburg

Zeitungen im Abonnement und alle vier Monate der Bezug von Büchern über "bekannte, zuverlässige" Buchhandlungen in Aichach. Die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Augsburg verbot ihr am 12.10.84 den Bezug von Broschüren, Flugblättern etc. mit folgender Begründung:

"Die Überlassung gefährdet damit die Sicherheit und Ordnung in der Anstalt, wobei dahinstehen kann, ob bei der Antragstellerin auch das Vollzugsziel nach §2 Strafvollzugsgesetz, sie zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen, überhaupt gefährdet werden kann, wenn man davon ausgeht, daß bei ihr wohl kaum noch eine Änderung wird bewirkt werden können. Andererseits ist aber immerhin solches nicht auszuschließen, da zumindest in der Vergangenheit einzelne Fälle bekannt geworden sind, in denen Angehörige der RAF oder ihrer Nachfolgeorganisationen aus gewonnener besserer Einsicht oder aus Opportunismus oder aus welchen Gründen auch immer eine Wandlung durchgemacht haben sollen."

Über das "Normalvollzugsangebot" berichtet Helga Roos:

"Zugewiesen wurde mir Anfang März 1984 Arbeit im Nähsaal: Bettbezüge der JVA flicken. Die erste Reaktion darauf, daß ich Zwangarbeit verweigere: eine Woche 'Arrest', d.h. eingesperrt in einer leeren Zelle, seit April 1984: Einkaufssperre. Der Nähsaal ist, seitdem hier politische Gefangene inhaftiert sind, die einzige Arbeit, die uns zugewiesen wird, denn

HRG-NOVELLIERUNG: CDU-LÄNDER SETZEN NACH

Am 28.2. hat der Bundestag in erster Lesung über die HRG-Novelle beraten. Der Gesetzentwurf ist gegenüber der ersten Vorlage durch Bildungsminister Wilms weiter verschärft. So hat die Regierung auf Verlangen der CDU-Länder die Möglichkeiten der Hochschulen, eigene Eignungsprüfungen für die Zulassung zum Studium einzuführen, weiter ausgedehnt. Die Vorschrift, daß Studienordnungen einen "berufsqualifizierenden Abschluß" ermöglichen sollen, ist ersatzlos gestrichen. Die Möglichkeiten zum Ausbau befristeter Arbeitsverträge an den Hochschulen sind weiter ausgedehnt. Schließlich sollen alle Abschlußprüfungen in der Regelstudienzeit stattfinden. Ebenfalls Ende Februar verabschiedete der Bundesrat die neue Zulassungsordnung für Medizinstudenten. Künftig können die Pro-

fessoren 15% der Bewerber unabhängig von Notendurchschnitt und Wartezeit durch "Auswahlgespräche" nominieren – eine Bestimmung, die dem Eintreten von Besteckzahlungen für die Vergabe von Zulassungen zum Medizinstudium und der Begünstigung von Sprößlingen reicher Leute Tür und Tor öffnet. – (rül)

BOENISCH GEGEN STRAFE WEGEN MENSCHENHANDEL

Ein Gericht der DDR hat den Bürgermeister der hessischen Stadt Arolsen, Ernst Huber von Michaelis (CDU) wegen staatsfeindlichem Menschenhandel zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt. Bei dem Fluchthilfeunternehmen, an dem er 1977 als Kurier beteiligt war, wurde ein sechs Monate altes Kind durch eine Überdosis Schlaftabletten getötet. Die Bundesregierung hat die Verurteilung zum Anlaß für eine dreiste Presseerklärung genommen. Sie versucht

die Souveränität der DDR zu untergraben und mischt sich in ihre Rechtsprechung ein. Regierungssprecher Boenisch fordert darin direkt zu weiteren Fluchthilfeunternehmen auf, indem er behauptet, "Strafgrund und Strafmaß widersprechen rechtsstaatlichen Grundsätzen", für alle Deutschen das "Menschenrecht auf Freizügigkeit" fordert und den Menschenhändlern jede Möglichkeit der Hilfe und Unterstützung durch die Bundesregierung zusagt. – (clm)

MEHR KRIEGSDIENST- VERWEIGERER

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer steigt. In Januar lag die Zahl der neuen Anträge um 2,8% höher als im Januar 1983. Damals hatten ca. 8000 Wehrpflichtige Anträge gestellt, im ganzen Jahr 1983 sogar 68 334. Diesen neuerlichen Anstieg der Kriegsdienstverweigerungen hat der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hint-



Zimmermann im Bundeskriminalamt, Fotos für die Polizei-Jagd nach RAF-Mitgliedern besichtigend.

er ist in dem Traktflur und es arbeiten dort nur vier bis fünf Frauen ... In einem Gespräch bestätigten die Frauen, daß sie aufgefordert wurden, nicht mit mir zu sprechen."

Roland Mayer berichtet über sogenannten "Normalvollzug":

"Im wesentlichen sollte das so aussehen: a) Weiterbestehende Sonderregelungen (was gleichzeitig auch bedeutet, daß für alle anderen Gefangenen solche Bestimmungen nicht gelten): Verteidigerpostkontrolle, Verteidigerbesuche mit Trennscheibe und körperlicher Durchsuchung zuvor und danach; alle anderen Besuche (mit Ausnahme der Eltern) mit Trennscheibe und körperlicher Durchsuchung zuvor und danach; Besuche der Eltern ohne Trennscheibe, aber mit Aus- und Umziehen zuvor und danach; Überwachung aller Besuche (außer Verteidiger) durch Staatsschutz (Landeskrimi-

nalamt) und Justizbedienstete; Mitschreiben der Gesprächsinhalte und deren Weitergabe an eine Vielzahl von Staatsschutzstellen; Sonderzensur der Post durch stellvertretenden Anstaltsleiter und Sicherheitsinspektor; Verbot von Zeitungsausschnitten, Fotokopien etc. pp. als Briefbeilage; Verbot von Telefonaten (auch mit Verteidigern); Verbot eines eigenen Fernsehgeräts; Verbot von UKW- und KW-Empfangsteil am Radiogerät; Verbot eines Aufnahmeteils am Cassettenrecorder; Unterbringung in einer Sicherheitszelle ohne Anstaltsrundfunk; tägliche Zellenkontrolle; einmal wöchentlich Zellenkontrolle verbunden mit An- und Ausziehen."

Rolf Heißler befindet sich seit dem 12.2.85 im Haftkrankenhaus der JVA Bayreuth wegen offener Tuberkulose, soll danach zurück in die JVA Straubing. In Straubing ist er seit dem 9.3.

ze, in einem Zeitungsinterview bestätigt. 1982 hatte die Regierung Kohl/Genscher u.a. den Zivildienst auf 20 Monate verlängert, um einen Rückgang der Zahl der Verweigerungen zu erzwingen. Das neue Gesetz ist seit dem 1.1.1984 in Kraft. —(rül)

"TRUPPENPRAXIS" ERÖRTERT ANGRIFF AUF DDR

"Truppenpraxis, die Zeitschrift für den Offizier" wird in Zusammenarbeit mit dem Bundesverteidigungsministerium herausgegeben. In der Januar/Februar-Ausgabe ließ sie R. A. Gesser, Mitarbeiter des Logistics Management Institute in Washington, in einem Artikel mit der Überschrift "Airland Battle – Doktrindiskussion in der NATO" darlegen, daß, "wenn z.B. westdeutsche Divisionen mit offensichtlicher Stärke tief in der DDR auftauchen würden, man keinesfalls wissen kann, ob die Ostdeutschen dann nicht die Seiten wechseln würden.

Dies könnte zu einem Zusammenbruch der sowjetischen Front und zu einem militärischen Debakel für den Warschauer Pakt führen." Im "Schlesier" hatte ein JU-Mitglied den Angriff auf die DDR und weitere Staaten des Warschauer Paktes propagiert. Dies war kein "Austrutscher", wie die Bundesregierung es darstellte, sondern ein Versuchsballon. Nun organisiert das Verteidigungsministerium die Erörterung im Offizierskorps darüber, welche Erfolgsaussichten ein solcher Angriff habe, welche Mittel dafür bereitzustellen seien und wie die Soldaten dafür zu bearbeiten sind. —(clm)

ELEND FÜR EINFACHEN DIENST FORTGESCHRIEBEN

Das Kabinett hat am 13.2. beschlossen, eine Reform der Besoldungsstruktur für den einfachen Dienst auf folgende Punkte zu beschränken. 1. Die Harmonisierungszulage wird von 40 DM auf 67 DM auf das Niveau des

84, davor war er in Köln-Ossendorf in einem Sondertrakt. Über die Verlegung berichtet er:

"Der Unterschied: Wieder vom 21. ins 19. Jahrhundert zurückversetzt, der Ossendorfer Trakt war Knast im Knast, die hiesigen Minitrakte schließen einen nicht vollständig vom Restknast aus, weil der Gang zum Hof, bei Besuch usw. eben durch die Anstalt läuft." Im Unterschied zu Ossendorf darf er in Straubing Turnschuhe mit in die Zelle nehmen, die in Köln "Sicherheit und Ordnung" gefährdeten.

Monika Berberich, Angelika Goder und Gabriele Rollnik sind in Westberlin im 1980 fertiggestellten Hochsicherheitstrakt in Moabit in einer "Kleingruppe" untergebracht. Sie berichten über die akustischen Bedingungen:

"Ein toter Trakt ist das hier nicht, trotzdem läuft ein wesentlicher Teil seiner zerstörerischen Wirkung über die Akustik. Der Flur ... wirkt wie ein Schalltrichter-/verstärker. Man hört die Geräusche aus den gegenüberliegenden Zellen (Radio, Tippen, Wasser) lauter als derjenige, der sie macht ... Was im Flur läuft, dröhnt voll in die Löcher rein, wenn jemand Ping-Pong spielt oder fernsieht, ist es in den Zellen praktisch unmöglich, konzentriert zu arbeiten, selbst wenn man die Tür zu macht. Umgekehrt versteht man von der Glotze nichts mehr, wenn in einem Loch jemand tippt."

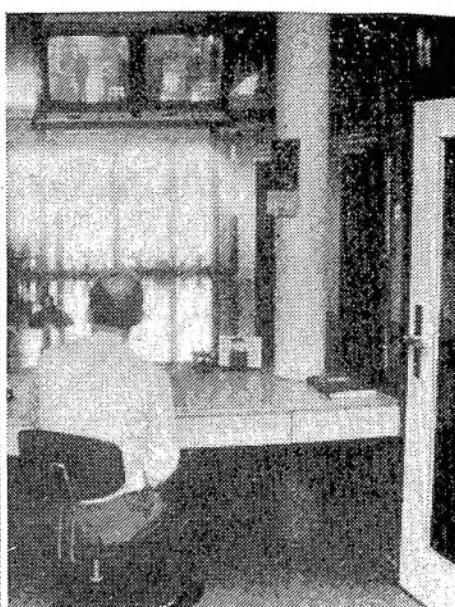
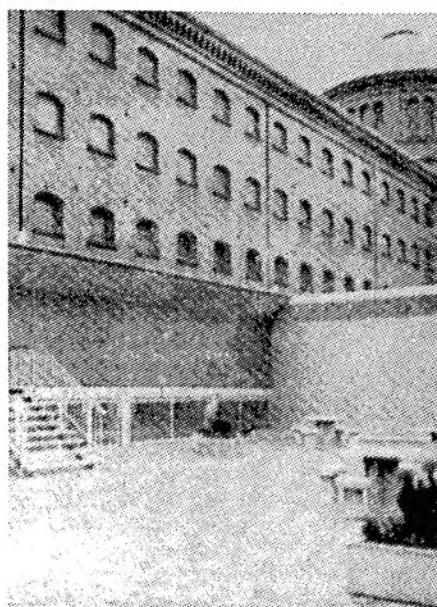
An Volker Staub exerzierten die Justizbehörden zur Zeit das 24-Punkte-Haftstatut, das wir bereits dokumentierten. Er berichtet u.a.:

"Die Zelle liegt am Ende eines Zellenganges mit ca. 30–40 Zellen beidseitig. Das Ende vom Gang bilden also zwei Zellen, zuerst meine, dahinter noch eine ganz am Ende, die durch ein Gitter (Flacheisen, mit ca. 10x20 cm-Raster) vom Rest abgetrennt sind.

mittleren Dienstes angehoben. 2. Der Kinderanteil im Ortszuschlag wird einheitlich auf 111,88 DM festgelegt. Das bedeutet nur bei folgenden Kinderzahlen eine Erhöhung: 2 Kinder = 4,97 DM, 3 Kinder = 9,61 DM, 4 Kinder = 17,87 DM, 5 Kinder = 17,86 DM. 3. Die Eingangssämter für den einfachen Dienst bei Bahn, Post und Zollverwaltung werden von A2 nach A3 angehoben. Ein entsprechendes Gesetz soll folgen. Damit bleiben viele Einkommen des einfachen Dienstes an der Grenze zum Sozialhilfeniveau. Der 11. Beamtentag des DGB hingegen hatte u.a. gefordert: Einbau der Harmonisierungszulagen in die Grundvergütung, damit sie bei jeder Besoldungserhöhung miterhöht werden; Wegfall der Tarifklasse II des Ortszuschlages und Zuordnung der Beamten von A1 bis A8 zur Tarifklasse Ic; Wegfall des einfachen Dienstes bei gleichzeitiger Überführung der Betroffenen in den mittleren Dienst. —(kar)

Zwei Zellen bis zum nächsten Gefangen sind leer, auch die nächste schräg gegenüber, die von meiner ca. 4 m weg ist. Bin im ersten Stock. Vier Zellen unter und ebenso über mir sind leer. Um die akustische Abschottung zu vervollständigen, wurden die Gitterraster mit kleinen, durchsichtigen Glasplatten abgedichtet (22.1.85) ... Gleich neben diesem Gitter ist eine Treppenhaustür, wo morgens die anderen Gefangenen durchpoltern ... seit dem Glas höre ich das nicht mehr, obwohl's gerade drei Meter von meiner Zellentür weg ist. Was ich von draußen höre (Fenster) sind nur Geräusche: Flugzeuge ... Autos ... Ganz selten Stimmen. Dann gibt's hier durch Heizung verursacht einen permanenten Lärm und Krach – rund um die Uhr ... Das Paradoxe und Gefährliche zugleich: Akustische Isolation und permanent unnatürlicher Krach oder Lärm in die Stille rein." (2)

Die beschriebene Brief- und Publikationszensur gilt mit kleinen Variationen für alle Gefangen aus der RAF. Ebenso die beschriebenen regelmäßigen Kontrollen und gründlichen Durchsuchungen von Gefangen und ihres gesamten Besitzes. Die Begründung der Strafvollzugskammer Augsburg für das Verbot von Broschüren u.a. ist exemplarisch: Die Justizbehörden werfen den Gefangenen vor, daß sie sich dem Zweck der Maßnahmen, die an ihnen vollzogen werden, nämlich die Beseitigung ihrer politischen Auffassungen, nicht beugen wollen. Und zur Erreichung dieses Vollzugsziels sind dann alle Maßnahmen rechtens. Aus allen Berichten geht hervor, daß die Gefangenen isoliert werden, wenn auch in unterschiedlicher Form. Die Unterschiede bedeuten keinesfalls Erleichterungen für die Gefangenen, sondern sind den Behörden vor allem zur Irreführung



Links: "Garten" im Hof des Hochsicherheitstrakts in Moabit. Rechts: Kamera-Überwachung des Flurs im Hochsicherheitsbereich in Stammheim.

der Öffentlichkeit nützlich. Alle so genannten "Normalvollzugs"-Angebote sind immer mit der Aufrechterhaltung von Sonderhaftbedingungen verknüpft.

Gesetzentwürfe gegen unmenschliche Haft

Der Gesetzentwurf gegen unmenschliche Haftbedingungen der GRÜNEN-Bundestagsfraktion und die Gesetzentwürfe der GRÜNEN gegen die Folter in Baden-Württemberg und der Grüne-Alternativen in Hamburg würden nahezu alle beschriebenen Haftbedingungen verbieten. In der Hamburger Bürgerschaft ist der von der Grüne-Alternativen Liste eingebrachte Gesetzentwurf gegen Folter am 27. Februar erörtert worden. Die regierende SPD hat es ohne Debatte mit Unterstützung der CDU fertiggebracht, selbst die weitere Behandlung

des Gesetzes in den zuständigen Ausschüssen zu verhindern. Der Gesetzentwurf der GAL wurde schon in erster Lesung abgelehnt. Der SPD-Sprecher behauptete, das Staatsschutzzinteresse sei wichtiger als der Schutz der politischen Gefangenen, ohne sich auf eine Erörterung der Haftbedingungen überhaupt einzulassen, die die GAL in ihrer Begründung ausführlich kritisierte. Die schnelle Unterdrückung des Gesetzentwurfs deutet vor allem darauf, daß die staatstragenden Parteien – darunter beträchtliche Teile der SPD – auf jeden Fall eine öffentliche Überprüfung und Erörterung der Haftbedingungen verhindern wollen. Die politische Opposition in der BRD kann das verhindern.

(1) Bild v. 1.2.85; (2) BWK-Nachrichten Kommunalverbände, Landwirtschaft, Selbständige, Woche 10/85 – (uld, kuh)

NEUE STEUERENTLASTUNG FÜR VERMÖGENDE

Otto Wolf von Amerongen vom Kapitalistenverband DIHT hat Mitte Februar vor dem Bundeswirtschaftsminister Bangemann eine deutliche Steuerentlastung der Reichen gefordert: "Die Regierung darf nicht in erster Linie Wohlfahrten verteilen, sondern muß vor allem Chancen eröffnen. Dazu gehört der Abbau der zu hohen Grenzsteuerbelastung, beim Höchststeuersatz wie beim Eingangssteuersatz." Dieser Wunsch stieß auf ein offenes Ohr: Bangemann, wie auch andere FDP-Politiker, erklärten, sie seien für "eine radikale Herabsetzung des Spaltensteuersatzes" – vorgeschlagen wurde eine Senkung von derzeit 56% auf 39%, wenigstens aber unter 50%. Finanzminister Stoltenberg meinte, zwar nicht mehr in dieser Legislaturperiode, aber sofort nach Durchführung der jetzt im Parlament

vorliegenden Steuerreform solle eine Senkung des Spaltensteuersatzes beschlossen werden. Die Reform 1986/88, mit der die Regierung die Vermögensbildung bei jenen beschleunigt, die ein bescheidenes oder auch größeres Vermögen besitzen, fände so ihre Fortsetzung und Vollendung durch unverhüllte Bereicherung der großen und größten Vermögen. – (alk)

BLÜMS GESETZENTWURF VERSCHÄRFT

Die Fraktionen von Union und FDP haben sich am 26.2. darauf verständigt, entsprechend den Wünschen der Kapitalistenverbände Blüms Vorlage zum Beschäftigungsförderungsgesetz zu verschärfen. So wird die Zeitdauer von befristeten Arbeitsverträgen auf 18 Monate erhöht (geltend: sechs, Entwurf: zwölf Monate), sie sollen mit jedem von "Arbeitslosigkeit Bedrohten" abgeschlossen werden können. Die Befristung des Gesetzes bis 1991

wird auf Ende 1989 verkürzt: Dann soll, so Blüm, überprüft werden, ob die Zahl der Überstunden und der Arbeitslosen gesunken sei. Falls nicht (und niemand erwartet das), müßten weitere Schritte, sprich Beseitigung von Kündigungsschutzrechten, beschlossen werden. Die Zeit für gewerkschaftliche Proteste ist knapp: Bereits zum 1. Mai soll das Gesetz in Kraft treten, in den nächsten Wochen ist mit der parlamentarischen Schlussberatung zu rechnen. – (alk)

BESCHLÜSSE DER MINISTERPRÄSIDENTEN

Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben auf ihrer Sitzung am 28.2. Beschlüsse über die Senkung der Sozialhilfe und über die Abschiebung von Asylbewerbern gefaßt. Bei diesen für die Bundesregierung schwierigen Vorhaben haben die SPD-regierten Länder ihre Unterstützung zugesagt. Der Eckregelsatz der Sozialhilfe soll

DFG/VK-Bundeskongreß FORTSETZUNG DER VERWEIGERUNG

Vom 1. bis 3. März führte die Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner in Hiltrup ihren Bundeskongreß 1985 durch. Bei den Aktionen der Friedensbewegung gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen hatte die DFG/VK eine wichtige Rolle gespielt. Ihren letzten Kongreß hatte sie Ende 1982 durchgeführt, d.h. vor den Bundestagswahlen 1983 und vor dem Beginn der Stationierung der Mittelstreckenraketen. Der jetzige Kongreß war also auch ein Kongreß, der die Ergebnisse dieser Politik bewerten und die weitere Arbeit der DFG/VK, die ca. 20000 Mitglieder hat, festlegen sollte.

Die wichtigsten Ergebnisse: Die Verweigungskampagne und die Kampagne für atomwaffenfreie Städte und Gemeinden, die beide von der DFG/VK propagiert und begonnen worden sind, sollen weitergeführt werden. Sodann will die DFG/VK ihre Propaganda unter Lehrern und an den Schulen verstärken, u.a., weil sie Schwierigkeiten hat, jüngere Mitglieder zu gewinnen. Mehrere Redner betonten die Notwendigkeit, jede Form antimilitaristischer Propaganda zu verstärken und dabei auch die Bundeswehr stärker anzugreifen. Es müsse für die DFG/VK alarmierend sein, wenn das Verteidigungsministerium erkläre, durch die Friedensbewegung seien zwar Reagan, die USA und die NATO unter Druck geraten, die öffentliche Meinung über die Bundeswehr wie auch die innere Lage der Bundeswehr selbst sei aber weitgehend stabil geblieben, erklärte ein Vorstandsmitglied. Außerdem habe

die DFG/VK in den vergangenen zwei Jahren ca. 2500 Mitglieder verloren, vermutlich wegen der Vernachlässigung der Arbeit unter Kriegsdienstverweigerern. Schließlich will die DFG/VK großes Gewicht auf die Organisierung des Widerstands gegen das neue "Zivilschutzgesetz" legen. Dagegen sowie gegen die Militarisierung der Kommunen will die DFG/VK durch eine "Kommunalisierung" der Friedensarbeit vorgehen.

Ein großer Teil dieser Aufgaben ist in einem Antrag des Bundesvorstands unter den Losungen "Ohne kleine Leute keine großen Kriege, Gegen die militärische Totalerfassung, Für die Entmilitarisierung der Gesellschaft" zusammengefaßt. Darin heißt es u.a.:

"Die Bundesregierung ... betreibt aus eigenen nationalen Interessenverflechtungen heraus als Vorbereitung des Krieges eine umfassende Militarisierung. Denn die Wirtschaft der BRD strebt nach Teilhabe an den weltweiten Absatzmärkten und nach Aufträgen aus den Rüstungsprogrammen. Revanchistisches Gedankengut prägt immer stärker die politischen Äußerungen der Bundesregierung ... stellt die Regierung in den nächsten zwölf Jahren mindestens 300 Milliarden DM ... für neue Waffen bereit. Sie verlängert den Wehrdienst auf 18 Monate. Sie beabsichtigt, Frauen ab den neunziger Jahren zur Bundeswehr einzuziehen ... Die Kriegsführungs- und Drohpolitik erfordert verschiedenste materielle und ideelle Vorbereitungen. Sie erfordert eine Einstimmung der gesamten Gesellschaft durch umfassende Militarisierung." Im folgenden wird das neue Zivilschutzgesetz angegriffen, die Verlängerung des Zivil- und des Kriegsdienstes, das verstärkte Auftreten von Bundeswehroffizieren an Schulen, die Berufsverbote

usw. Dann heißt es: "Die DFG/VK wird in den nächsten Jahren ihre Verweigungskampagne unter dem Motto 'Ohne kleine Leute keine großen Kriege' weiterentwickeln und als Schwerpunkt ihrer Arbeit fortführen ..."

— Für die uneingeschränkte Verwirklichung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung in allen Bereichen der Gesamtverteidigung und für jede/n Betroffene/n, gegen die Totalerfassung der Gesellschaft.

— Für eine umfassende Friedenserziehung, gegen militaristische und revanchistische Indoktrination.

— Für eine kommunale Friedensarbeit und für eine breite und wirksame Friedensbewegung, gegen die örtlichen Maßnahmen der Militarisierung."

Das sind Aufgaben und Ziele, die eine Zusammenarbeit zwischen der Volksfront und der DFG/VK ermöglichen sollten. Am 24.4. plant die DFG/VK Aktionen gegen das für diesen Tag erwartete Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Geißlers neuem KDV-Gesetz.

Quellenhinweis: Anträge und Beschlüsse des DFG/VK-Bundeskongreß 1985 — (rü)

Tarifabschluß Chemie

3,8 % PLUS TEILZEIT- ARBEIT AB 58

In zentralen Verhandlungen zwischen dem Bundesarbitrateverband Chemie und der IG Chemie-Papier-Keramik wurde am 1.3.85 folgender Abschluß vereinbart (Erklärungsfrist bis 18.3.):

1. Die Löhne und Gehälter für die 66000 Lohnabhängigen in der chemischen Industrie werden regional unterschiedlich zwischen Juli und Sep-



Etwa 2500, vor allem Frauen, demonstrierten am 23.2. in Köln aus Anlaß des 10. Jahrestages des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum § 218. Aufgerufen hatte die Bundesweite Koordination gegen den § 218. Auf der Kundgebung sprach u.a. eine Vertreterin des ÖTV-Hauptvorstandes zum Beschuß des Gewerkschaftstages für die ersatzlose Streichung des § 218. An einer von der "Aktion zum Schutz des ungeborenen Lebens" gleichzeitig vor dem Dom durchgeführten Gegenkundgebung nahmen ca. 300 Christen teil. — (uld)

jetzt statt 356 DM zwischen 370 und 380 DM im Monat betragen. Dem liegt ein aktualisierter Warenkorb zugrunde. Der Warenkorb wird nicht mehr wie bisher mit Durchschnittspreisen sondern mit "Billigpreisen" bewertet, die im Schnitt um 12% unter den Durchschnittspreisen liegen. Der "Zuschlag für Schwund und Verderb" wird von 20% auf 8% verringert. Dieser "Kompromiß" gibt die Richtung für weitere Beschlüsse an: Die Sozialhilfe wird vom Warenkorb gelöst, die Sozialhilfeempfänger werden ins nackte Elend gedrückt. — Asylbewerber, deren Anträge auf politisches Asyl abgewiesen wurden, "sollen auch tatsächlich in ihre Heimatländer abgeschoben werden". Trotz aller zur Schau getragenen Gegensätze wollen CDU- und SPD-regierte Länder gemeinsam prüfen lassen, ob Asylanten aus Ländern, die die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet haben, überhaupt noch einreisen dürfen. — (clm)

tember 1985 für zwölf Monate um 3,8% erhöht. Auszubildende erhalten zwischen 20 und 23 DM mehr.

2. Alle Lohnabhängigen ab 58 Jahren bis zu maximal 5% einer Belegschaft haben Anspruch auf die 20-Stunden-Wochenarbeitszeit (ab 1.5. 85). Der Ausgleich beträgt 70% des bisherigen, für die ausfallende Arbeitszeit erreichten Einkommens (inkl. Urlaubsgeld, 13. Monatslohn usw.), womit die Teilzeitarbeiter brutto auf etwa 85% ihrer bisherigen Einkünfte kommen. Kann der Kapitalist die benötigten Teilzeitarbeitsplätze nicht anbieten, besteht Anspruch auf die Vorruststandsregelung.

3. Diese Vorruststandsregelung ist immer möglich für: Schwerbehinderte ab 58 Jahren nach zehnjähriger Betriebsszugehörigkeit; Schichtarbeiter aber 59 Jahren nach 15jähriger vollkontinuierlicher Schichtarbeit (inkl. Sonntagsarbeit); alle übrigen ab 60 Jahren, wenn sie zehnjährige Betriebsszugehörigkeit nachweisen können. Das Vorruststandsgeld beträgt 75% des letzten Monatsbruttos zuzüglich 75% der bisherigen Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge in den ersten zwei und 50% dieser Zuschläge vom dritten Jahr an.

4. Der Manteltarifvertrag und die 40-Stunden-Woche wurden um ein Jahr bis Ende 1988, das Schlüttungsabkommen bis Ende 1989 verlängert.

Bei der Beurteilung des Tarifabschlusses fallen folgende Punkte auf:

– Der 3,8%-Abschluß ist zwar besser, als zu befürchten war und als Abschlüsse in anderen Branchen, doch er steht in gar keinem Verhältnis zu den von den Chemiekapitalisten vermeldeten Rekordgewinnen, und ein "Real-einkommensplus in 1985" (Molitor, Hauptgeschäftsführer des Chemiearbeitgeberverband) bedeutet er kaum: Für die Lohngruppen I bis IV in Niedersachsen z.B. erhöht sich der Tariflohn zwischen 76,56 und 87,- DM brutto im Monat. Nur allzu oft werden die verbleibenden 40 bis 50 DM netto nicht reichen, um Mieterhöhung, gestiegenen Krankenversicherungsbeitrag usw. auszugleichen.

– Die IG CPK hat die von den Kapitalisten gewünschte "20-Stunden-Kröte" geschluckt und den (maßgeblich vom IG CPK-Vorsitzenden Rappe lancierten) Vorruststand zu den Bedingungen wie in der papiererzeugenden Industrie, die der Verbesserung bedurfte hätten (s. Nr. 26/84 der Politischen Berichte), nicht einmal für alle ab 58 Jahren durchsetzen können. Was bleibt, ist Teilzeitarbeit für die alten Arbeiter bei niedrigem Lohnausgleich für die "ausfallenden" Stunden und mit allen Gefahren der drastischen Erhöhung der Arbeitsintensität bei beispielsweise vier Stunden Arbeit täglich. Solches scheint auch die Absicht der Chemiekapitalisten zu sein. Quellenhinweis: Tarifabschluß v. 1.3. 85; Handelsblatt v. 4.3.85 – (mio)

"Aufbruchsstimmung" beim FDP-Parteitag in Saarbrücken EINE MEUTE VON "LEISTUNGSBEREITEN" FORMIERT SICH

Der Tenor der bürgerlichen Presse über die Ergebnisse des FDP-Parteitags am 23./24.2.85 in Saarbrücken war überwiegend wohlwollend. Im Herbst handelte sich Bangemann noch Vorwürfe von den Kapitalisten ein wie "mangelndes Stehvermögen und übertriebene Kompromißbereitschaft" in der Wirtschaftspolitik (Wirtschaftswoche 45/84). Das manager magazin (10/84) forderte die FDP zu marktwirtschaftlicher Politik auf, da "die CDU als große Volkspartei mit widerstreben Interessen nicht in der Lage ist, einen konsequenten Kurs zu verfolgen". Die Kapitalisten ließen durchblicken, daß sie in einer Partei, die die Entfesselung der Marktwirtschaft mit allen brutalen Konsequenzen für die Arbeiter und allen schönen Freiheiten für Leitende und Besitzende offen zum Programm machen kann, eine notwendige Ergänzung zur christlichen Reaktion seien würden. Die FDP müsse nur einen deutlichen Bruch mit den "sozialliberalen" Freiburger Thesen von 1971 vollziehen.

unter dem Titel "Zukunftschanke Freiheit" vor. Dem Bundesvorstand gelang es, bis zum ordentlichen Parteitag in Saarbrücken die Partebasis um dieses Manifest zu sammeln. Das "Handelsblatt", das inzwischen eine regelrechte Pressekampagne zur Stützung der FDP betreibt, ist voll des Lobes, moniert jedoch: "Irritierend wirkte in Saarbrücken allerdings, wie sehr die FDP lediglich die Kontinuität mit der Freiburger FDP von 1971 behauptete und Diskontinuitäten bemängelte. Diese aus Gründen der Pietät und Parteiräson betriebene schamvolle Kosmetik zur Befriedigung der Parteilinken erschwerte eine noch schärfere Konturierung der FDP, die 1982 die Wende herbeigeführt, durchgesetzt und durchgestanden hat." (25.2.85)

Ein Kernsatz des "Liberalen Manifests" lautet: "Nur eine konsequente Politik für die Freiheit des Einzelnen sorgt auch für die Freiheit der vielen. Nur wer selbst wirklich frei ist, wird den notwendigen Respekt vor der



Genscher: "Wer zuckt, wenn Leistungs- und Verantwortungseliten gefordert werden, der schleift die F.D.P. ein auf das Profil der Volksparteien, ohne deren Größenordnungen zu erreichen."

Das alte Programm enthält z.B.: "Liberale Reform des Kapitalismus verlangt demnach ein gesellschaftspolitisches Programm, das an den kritischen Punkten des kapitalistischen Systems mit gezielten Maßnahmen ansetzt, die geeignet sind, ebenso die Leistungsfähigkeit dieses Wirtschaftssystems zu erhalten und zu steigern, wie seine Menschlichkeit zu gewährleisten und sicherzustellen... Effektiver und humaner Kapitalismus: Das ist das Lösungswort des Sozialen Liberalismus der Zukunft."

Der FDP-Bundesvorstand legte im Oktober 84 ein "Liberales Manifest für eine Gesellschaft im Umbruch"

Freiheit der anderen entwickeln... Zur Freiheit gehört die Bereitschaft des Einzelnen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und Leistung zu erbringen."

Bei dieser Passage dürfte es sich um eine solche vom "Handelsblatt" kritisierte "Bemängelung" handeln. Viel deutlicher dagegen ein – unseres Wissens nicht verabschiedeter – Antrag eines Bundesfachausschusses: "1. Die FDP ist die Partei der Leistungsbereiten. Sie versteht sich als Partner aller Mitglieder unserer Gesellschaft, die willens sind, mehr zu tun als das zum Lebensunterhalt unbedingt Erforderliche und damit durch

GROSSE VOLKSZÄHLUNGSKOALITION

Am 28. Februar beriet der Bundestag in erster Lesung das neue Volkszählungsgesetz der Bundesregierung. CDU/CSU, FDP und SPD sind sich in der Unterstützung des Gesetzes einig. Der Entwurf wurde mit den Stimmen der drei Fraktionen an den Innen- und den Rechtsausschuß des Bundestages weitergeleitet. Die GRÜNEN wandten sich als einzige Fraktion gegen den Gesetzentwurf mit der Begründung, auch das neue Gesetz verstöße gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Die Bundesregierung weiß, daß die Volkszählung auf den Widerstand der politischen Opposition stoßen wird, die die mit der Volkszählung verbundenen Überwachungs- und Unterdrückungsvorhaben kennt und kritisiert, denn das neue Gesetz enthält außer dem gestrichenen Abgleich mit den Melderegistern der Einwohnermeldeämter keine wesentlichen Unterschiede zum letzten Gesetzentwurf. Die Weitergabe von Ergebnissen der Zählung an die mit Statistik befaßten Ämter der Gemeinden soll erlaubt sein.

1983 hatte das Bundesverfassungsgericht die Volkszählung wegen des vorgesehenen Melderegisterabgleichs verboten. Die SPD hatte vorher auf eine Verschiebung gedrängt, um die Bewegung gegen Volkszählung, Meldegesetze und "Computestaat", die bis weit in die Gewerkschaften hineinreichte, ins Leere laufen zu lassen. Ende Januar dieses Jahres brachte die Bundesregierung einen neuen Volkszählungsgesetzentwurf in den Bundestag ein. Kurz darauf erklärten vier SPD-Landesinnenminister, bestimmte Fragen, wie

die nach Wohnort und Arbeitsplatz, sollten aus dem künftigen Fragebogen gestrichen werden. Bundesinnenminister Zimmermann reagierte darauf mit der Erklärung, ohne ausdrückliche Unterstützung der SPD werde die für 1986 geplante Volkszählung nicht stattfinden, denn ohne Unterstützung der größten Oppositionspartei sei die Volkszählung nicht durchsetzbar. Er weiß, daß die Landesregierungen wegen zahlreicher Gesetze auf die neue Volkszählung warten. Sein Vorgehen zeigte Erfolg: Die SPD-Bundestagsfraktion hat nun gleich gar keine Forderungen erhoben, sie unterstützt den vorliegenden Gesetzentwurf.

CDU, CSU, FDP und SPD wollen die Volkszählung auf jeden Fall durchführen lassen und das Gesetz schnell durchbringen. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat erklärt, daß das Gesetz noch vor der Sommerpause des Bundestages in dritter Lesung behandelt und in Kraft sein müsse, wenn der geplante Termin, der 26. April 1986, eingehalten werden solle.

Die politische Opposition gegen die Volkszählung soll isoliert, damit im Falle erneuter Boykottbemühungen auch erfaßbar und sodann niedergemacht werden. Das Verhalten der SPD-Bundestagsfraktion läßt befürchten, daß auch in den Gewerkschaften mit Bemühungen der Sozialdemokratie gerechnet werden muß, Kritik an der Volkszählung und Widerstand dagegen zu verhindern, und zwar diesmal mit dem berechtigten Hinweis, das neue Gesetz entspreche dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Die FDP hat den Gesetzentwurf als Regierungspartei miteingebracht. Ihr Sprecher Hirsch versuchte, dem bürgerlich-liberalen Widerstand gegen die Volkszählung ein Angebot zu ma-



Computer-gestützte Personenüberprüfung in der Bundesbahn durch Zollpersonal.

chen. Er schlug vor, so berichtet die "Frankfurter Allgemeine", die Pflicht zur Auskunft bei der Volkszählung abzubauen. Keinesfalls will Hirsch die Auskunftspflicht abschaffen, denn dann wäre – das weiß er auch – die Erhebung wenig aussagekräftig, und zu viele könnten womöglich aus den unterschiedlichsten Gründen eine Beantwortung der Fragen ablehnen. Mit "Abbau" kann zum Beispiel die Möglichkeit, einzelne Fragen der "freiwilligen" Beantwortung zu überlassen, gemeint sein. Ein solches Verfahren würde der FDP ermöglichen, dem Widerstand ihrer Klientel z.B. gegen Fragen nach Einkommensquellen nachzugeben und gleichzeitig die von Staat und Kapitalisten gewünschte Aushebung über Arbeitskräfte und deren Lage mit ganzem Herzen zu unterstützen.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache Nr. 10/2814; Frankfurter Allgemeine v. 16.2. und 1.3.85

Risikobereitschaft, Ideen und Fleiß nicht nur für sich selbst, sondern für die Gemeinschaft die Grundlagen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts zu schaffen.

2. Die Leistungsbereiten in der Wirtschaft – Unternehmer, Selbständige, Arbeitnehmer – brauchen ein psychologisches Klima, in dem ihre 'Lokomotiv-Funktion' anerkannt und der mit dieser verbundene materielle Vorteil (höheres Einkommen) nicht geneidet wird.

3. Eine Politik, die durch Motivation der Leistungsbereitschaft die Wirtschaft fördert, ist sozial...."

Noch deutlicher äußerte sich Dahrendorf in "liberal" (1/85) im Vorfeld des Parteitags unter der Überschrift "Radikalliberalismus". Zunächst zeichnete er das Menschenbild des "Wirtschaftsliberalen" als "grundsätzliche Unvereinbarkeit der Interessen verschiedener Menschen" im Kampf um "knappe Güter":

"Auch wenn nicht jeder notwendig des anderen Wolf ist, ist doch jeder stets bereit, seine Interessen auf Kosten anderer zu befriedigen. Das ist Antriebsmotiv der Entwicklung und Gefahr zugleich. Die Regeln des Marktes – insoweit Institutionen – dienen der Bändigung unvereinbarer Interessen. Sie führen zur optimalen Befriedigung der Bedürfnisse. Allerdings müssen sie ergänzt werden durch gewisse Beschränkungen der absoluten, anarchischen Freiheit in anderen Bereichen. Zu viel Liberalität im Strafrecht zum Beispiel führt uns allzu nahe an die Grenze des Krieges aller gegen alle."

Dann entwickelt Dahrendorf den "Radikalliberalen", für den "die Kräfte des Marktes nur ein besonderer Fall des allgemeineren Prinzips des fruchtbaren Antagonismus der Begierden und Bedürfnisse sind. ... der Radikalliberale ... wird menschliche

Interessen und das institutionelle Minimum zu ihrer Bändigung mit gleicher Härte vertreten."

Diese "radikalliberalen" Position ist die "schärfere Konturierung" ("Handelsblatt"), wie sie die Kapitalisten fordern. Sie findet sich im grundsätzlichen Teil des "Liberalen Manifest" nur verdeckt. Im Forderungsteil werden die bekannten Positionen der FDP zusammengestellt; sie sind zwar weitgehend aber meistens noch recht allgemein: Chancen auch für die Elite an den Hochschulen, Herstellung der vollen Vertragsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt, ("Das Verhältnis von Arbeitskosten (Löhne + Abgaben) zu Kapitalkosten muß günstiger werden ..."), Erleichterung von Teilzeit- und Heimarbeit, flexible Arbeits- und Einkaufszeiten, "klare Regeln für Arbeitskämpfe", nur noch eine "soziale Grundsicherung", dafür "mehr nachbarschaftliche Sorge für ältere und kranke Mitbürger". – (poj, uld)

Geraer Forderungen der DDR (I)

DIE POLITIK DER BRD GEGENÜBER DER DDR IST NACHWEISBAR VÖLKERRECHTSWIDRIG

Am 30. Januar hat die DDR ihre "Geraer Forderungen" an die BRD – völkerrechtliche Anerkennung und Umwandlung der ständigen Vertretungen beider Staaten in Botschaften, Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Auflösung der "Zentralen Erfassungsstelle" in Salzgitter und Anerkennung des Grenzverlaufs in der Flussmitte der Elbe – in einem Artikel im "Neuen Deutschland" bekräftigt: "Es gibt keinen Staat ohne Staatsbürger ... Beim Abschluß des Grundlagenvertrages konnte man über diese einfache Wahrheit keine Übereinstimmung erzielen, da die Bundesrepublik Deutschland im Widerspruch zum Völkerrecht noch nicht zur Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR bereit war ... Seit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages sind zwölf Jahre vergangen ... Es ist also an der Zeit, daß seitens der bundesdeutschen Regierung Abschied genommen wird von der angeblich ihr übertragenen Obhutspflicht für alle Deutschen und daß sie anerkannt, was ist."

Der politischen Opposition gegen den Revanchismus und Expansionismus der BRD kann diese Bekräftigung der "Geraer Forderungen" durch die DDR nur recht sein. Hatte doch die Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt immer wieder auf ihre intensiven Wirtschaftsbeziehungen und Kreditabkommen mit der DDR verwiesen und damit den Eindruck zu erwecken versucht, als habe die DDR aus wirtschaftlichen Gründen ihre Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung stillschweigend fallen gelassen. Selbst der wegen seiner Gegnerschaft zum westdeutschen Revanchismus bekannte Professor Ridder hatte im September 1984 beklagt:

"Da liegt mehr als ein Jahrzehnt seit der Vertragsratifizierung (des Grundlagenvertrags von 1972, d. Verf.) hinter uns, in dem zwar auf die Defizite der Vertragspraxis häufig hingewiesen wurde (die 'Forderungen von Gera' usw.). Aber der eigentümlich schüttende Klang solcher ritueller Monita ist doch unverkennbar ... Kurz und hart gesagt: Um greifbarer, insbesondere ökonomischer Vorteile willen erscheint die Verlautbarung der prinzipiellen Forderung wie eine letztlich nicht ernst gemeinte Pflichtübung."

Der Artikel im "Neuen Deutschland" bekräftigt nun die Forderungen der DDR. Er geht sogar noch weiter. Erstmals greift die DDR auch das Grundgesetz der BRD zu Recht als völkerrechtswidrig an. Wörtlich heißt es im "Neuen Deutschland":

"Die Berufung der BRD auf Artikel

116, Absatz 1, ihres Grundgesetzes und die damit verbundene Inanspruchnahme von Bürgern der DDR ist völkerrechtswidrig."

Das ist richtig. Im Grundlagenvertrag von 1972 mit der DDR hatte die Bundesregierung anerkannt:

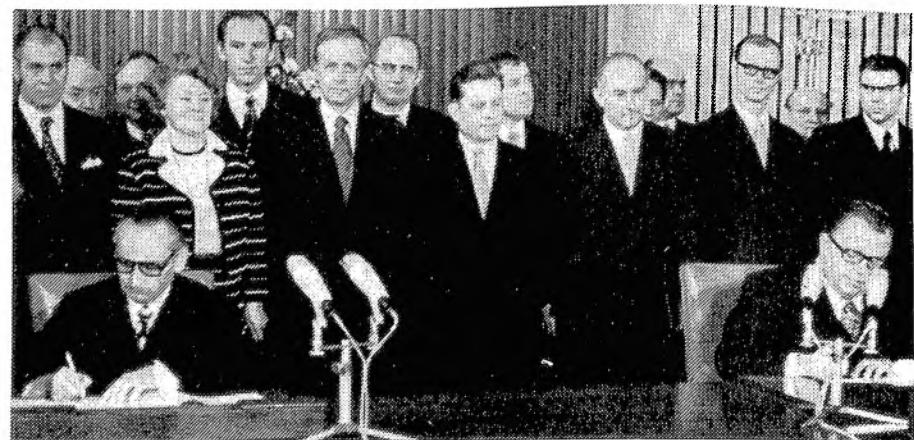
"Artikel 1. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland entwickeln normale gutnachbarschaftliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Artikel 2. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland werden sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen

"ständigen Vertretungen" statt Botschaften zu. Schließlich ist in einem von der DDR als Bestandteil des Vertrags anerkannten Protokoll von der BRD vermerkt worden: "Staatsangehörigkeitsfragen sind durch den Vertrag nicht geregelt worden."

Die Erwartung der DDR, diese Zugeständnisse bald rückgängig machen zu können, erwies sich bekanntlich als Irrtum. Am 31.7.1973 entschied das Bundesverfassungsgericht auf eine Klage der bayerischen Staatsregierung gegen den Vertrag, sämtliche westdeutschen Annexionsansprüche gegenüber der DDR müßten trotz Grundlagenvertrag und UNO-Beitritt beider Staaten aufrechterhalten bleiben. Wörtlich hieß es in dem berüchtigten Urteil:

"Die Bundesrepublik Deutschland ist ... nicht 'Rechtsnachfolger' des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat 'Deutsches Reich' – in bezug auf seine räumliche



21.12.1972: Unterzeichnung des Grundlagenvertrags zwischen BRD und DDR. Knapp ein Jahr später hob das Bundesverfassungsgericht grundlegende Bestandteile des verabschiedeten Vertrags wieder auf – und verstieß damit gegen Grundsätze des Völkerrechts.

niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität ...

Artikel 3 ... Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

Artikel 6. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesregierung gehen von dem Grundsatz aus, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt ..."

Um den Abschluß dieses Grundlagenvertrags überhaupt zu erreichen, machte die DDR zahlreiche Zugeständnisse. So ist in einer Vorberichtigung zum Vertrag festgehalten, daß dieser "unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen ... zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage", gilt. Sodann stimmte die DDR der Errichtung von

Ausdehnung allerdings 'teilidentisch' ... Die Deutsche Demokratische Republik gehört zu Deutschland und kann im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland angesehen werden ... Es darf keine Rechtsposition aus dem Grundgesetz, die der Wiedervereinigung auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung des deutschen Volkes dienlich ist, aufgegeben werden". Die BRD sei "erst 'vollständig' das ..., was sie sein will, wenn die anderen Teile Deutschlands ihr angehören."

Seitdem gilt für alle Bundesregierungen der Grundlagenvertrag nur in Verbindung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Diese nachträgliche einseitige Revision des Grundlagenvertrags ist ebenso wie die anderen, auf Vernichtung und Einverleibung der DDR zielenden Grundgesetzartikel und Gesetze eindeutig völkerrechtswidrig. So heißt es z.B. in der auch von der Bundesregierung unterzeichneten "Wiener Konvention über das Recht der

Verträge" vom 23.5.1969:

"Artikel 27 ... Kein Partner darf sich auf die Bestimmungen seines innerstaatlichen Rechts als Rechtfertigung für die Nichterfüllung eines Vertrages durch ihn berufen."

Diese Konvention kennt nur einen Grund, der eine Abweichung von geschlossenen Verträgen erlaubt: wenn diese innerstaatliches Recht "offenkundig" verletzen. Als "offenkundig" ist dabei in Artikel 46 definiert, daß diese Verletzung "allen Staaten, die sich diesbezüglich an die normale Praxis halten und nach Treu und Glauben handeln, objektiv offenbar werden würde" – eine Bestimmung, die die BRD niemals für ihre Absicht der "Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937" in Anspruch nehmen kann.

In der "Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts betreffend die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten ...", die am 24.10.1970 einstimmig von der UNO-Vollversammlung verabschiedet worden ist, heißt es u.a.:

"... Alle Staaten genießen souveräne Gleichheit ... Die souveräne Gleichheit umfaßt insbesondere folgende Bestandteile:
 a) Die Staaten sind juristisch gleich.
 b) Jeder Staat genießt die der vollen Souveränität innewohnenden Rechte.
 c) Jeder Staat hat die Pflicht, die Völkerrechtssubjektivität der anderen Staaten zu achten..."

Beide Dokumente sind grundlegende Dokumente des Völkerrechts und binden auch die BRD. Die DDR hat also völlig recht, wenn sie unter Berufung auf diese Grundsätze des Völkerrechts ihre Anerkennung durch die BRD verlangt. Die Politik der BRD gegenüber der DDR ist nicht nur aggressiv und offen expansionistisch. Sie widerspricht auch nachweisbar Grundsätzen des Völkerrechts. Die politische Opposition gegen den westdeutschen Revanchismus und Expansionismus sollte diese ständigen westdeutschen Verstöße gegen Völkerrechtsentschieden angreifen und die "Geraer Forderungen" der DDR unterstützen. Zumal die DDR auch international mit ihren Forderungen Unterstützung findet. 1960 war sie erst von zwölf Staaten diplomatisch anerkannt: den Staaten des Warschauer Pakts sowie der VR China, Jugoslawien, Nord-Korea und Nord-Vietnam. Heute ist die DDR von 132 Staaten diplomatisch anerkannt, darunter auch allen NATO-Staaten mit einer Ausnahme: der BRD.

Quellenhinweis: H. Ridder, Politik mit doppeltem Boden, Ambitionen der Bonner Deutschland- und Ostpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/84; "Völkerrecht, Dokumente, Teil 1 bis 3", Pahl-Rugensteiner Verlag, Köln; Erich Honecker, Zu aktuellen Fragen der Außenpolitik der DDR, 5/1980 – (rül)

SPD-Programmdiskussion

POLITISCHER REFORMISMUS IN NÖTEN – AUSWEG RECHTS VON GODESBERG GE SUCHT

Das umseitig abgedruckte Dokument empfehlen wir dem Leser zum Studium. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands versucht darin, die Weichen für die innerparteiliche Diskussion der nächsten Jahre zu stellen. Unter der Regie von E. Eppler ist eine politische Linie in die Form von ca. 60 Haupt- und insgesamt wohl 200 Neben-Fragen gebracht worden, die Kunst, eine vorgefaßte Meinung als Fragestellung zu bringen, auf die Spitze getrieben.

Viele meinten, das Godesberger Programm mit seiner Zentralforderung "Wohlstand für alle" stelle wohl den rechtest möglichen Kurs einer Versöhnungslinie dar. Aber das täuscht. Das neue Konzept stellt den Versuch dar, diese Linie des Godesberger Programmes tatsächlich von rechts her zu kritisieren. Dabei bedient sich die SPD grüner Programmbestandteile in einer Weise, die verständlich macht, warum Grüne vor der SPD erschauern. Einige ausgewählte Zitate sollen zeigen, worauf man sich einstellen muß:

Neue Grundbedürfnisse

Grundbedürfnisse des Menschen sind ein weites Feld. Meistens versteht man darunter das Bedürfnis nach Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesellschaft, Paarung. E. Eppler hat dazu ein neues Grundbedürfnis gestellt. Er fragt:

"Ist es möglich, dem menschlichen Grundbedürfnis des Bewahrens auch im Programm einer progressiven Partei gerecht zu werden? Was wollen wir bewahren?"

Wo liegt der Trick? Bewahren kann man nur, was man hat. Das Bedürfnis des Bewahrens kann nur aus dem Tatbestand des Habens entstehen. Hat einer das nackte Leben, so will er es bewahren, hat einer Aktien, dann auch die. Das ist ewigmenschlich. Ein menschlicher Kompromiß kann nur gefunden werden, wenn das Grundbedürfnis des Bewahrens respektiert wird. Die Antwort auf die Frage "Was wollen wir bewahren?" kann sinnvoll nur lauten: was wir je haben. Eine vollständige Gleichberechtigung der verschiedensten Bedürfnisse ist darin vorausgesetzt und wird, im Zirkelschluß, bekräftigt.

Frieden außen, innen, drumherum

Die Programmkommission der SPD fragt:

"Ist es angemessen und zweckmäßig, den Frieden nach außen, also zwischen Staaten, nach innen, also innerhalb der Gesellschaft, in einen Zusammenhang zu bringen? Ist es richtig,

den Frieden mit der Natur zu fordern? Gibt es dafür bessere Formulierungen?"

So verklausuliert ist die sog. Gewaltfrage noch selten angebracht worden. Die SPD will die Mittel, die im Kampf gegen den Krieg anwendbar sind, eingeschränkt sehen. Der Gedankengang ist alt, gerät aber ins Groteske, wenn in einer weiteren Wendung die Zerstörung der Natur (und darin einbegriffen der menschlichen Gesundheit) als friedlicher Akt begriffen werden soll, der jedenfalls Anspruch auf eine andere "Formulierung" hätte, als so was schrecklich Brutales wie Steinewerfen auf Panzer.

Humanisierung neuester Art

Früher hing die SPD der Fiktion an, die Entwicklung der Arbeitsproduktivität bilde die Grundlage des Fortschrittes, der in dieser Gesellschaft möglich sei. Inzwischen fragt man sich:

"Ist steigende Produktivität unter allen Umständen wünschbar? Müßte der Begriff der Produktivität nicht zu dem der sozialen Produktivität erweitert werden? Ist dies praktikabel?"

Ohne Zweifel, ganz bestimmt, wenn man es so macht, wie die SPD, wieder in Frageform, wenig weiter vorschlägt:

"Gibt es Bereiche, in denen es ökonomisch und ökologisch sinnvoll werden könnte, nicht menschliche Arbeitskraft durch Kapital und Energie, sondern umgekehrt, Kapital und Energie durch menschliche Arbeitskraft zu ersetzen?"

Solche Bereiche gibt es. Eppler selbst fuhr z.B. mit dem Fahrrad in den Landtag zu Stuttgart (wenigstens einmal in der Woche mindestens und wenigstens zu Beginn der Sitzungsperiode und eigentlich meistens, wenn das Wetter schön war, und das Rad hat er noch heute). Der Gedanke an Rikscha fahrer drängt sich auf. Nun ist umstritten, wie eine Arbeitsorganisation aussehen soll, die von der Arbeiterbewegung zu vertreten wäre. Aber fest steht, daß bei einigen Beschäftigungen die Beimischung von schweißtreibenden Komponenten nicht verkehrt wären.

Bereits heute wird in einigen Bereichen wieder kräftig Kapital durch Arbeit ersetzt. Das tritt im Kapitalismus immer ein, wenn der Preis sinkt, den die Arbeiter erlösen können. Schon Marx schrieb von dem Hand-in-Hand-Gehen höchster technischer Entwicklung und scheußlichstem Mißbrauch menschlicher Arbeits- und Le-

benskraft. Eppler versucht, ein Gesetz kapitalistischer Produktion unter Rückgriff auf grüne Kritik der Vereinseitigung weiter Bereiche der Kopfarbeit zu einer Entfaltungsmöglichkeit für Arbeiter zu stilisieren. Fast unwillkürlich stellt sich die Frage: was sollen diese Leute als Lohn erhalten?

Wohlstand

Die SPD-Programmkommission fragt:

"Drückt der im Godesberger Programm benutzte Begriff 'steigender Wohlstand' genau das aus, was Sozialdemokraten wollen? Gibt es dafür einen besseren Begriff?"

und fragt weiter:

"Welchen Stellenwert hat das Streben nach internationaler Konkurrenzfähigkeit? Wie ließe sie sich halten oder ausbauen?"

Im Godesberger Programm hat die SPD den Anspruch auf eine Ablösung des Kapitalismus aufgegeben. Sie hat dafür den Wohlstand als Ablösebetrag genannt und – in den erinnerlichen engen Grenzen – auch erhalten. Denn, wenn auch sehr wahrscheinlich ist, daß die enorm steigende Arbeitsintensität in jener Zeit die Reproduktionskosten noch schneller hochgetrieben hat, als die Reallöhne stiegen, so sind doch die Realöhne beträchtlich gestiegen, und das versteht man im Kapitalismus unter "Wohlstand (auch) für Arbeiter".

Die letzten Jahre haben nun gezeigt, daß die Reallöhne trotz steigender Arbeitsabforderung sinken können. Die kapitalistische Gesellschaft vermag eine zunehmende Zahl von Arbeitern nicht einmal satt zu machen. Der politische Reformismus gerät in Nöte. Plötzlich wird von der Kapitalistenklasse als radikales Anspruchsdenken zurückgewiesen, was gestern noch mit beißigem Nicken aufgenommenes Versöhnungsangebot war. Wohlstand für die Arbeiter und Kapitalismus hören auf, auch nur zum Schein zusammenzustimmen. Die "überwundene Frühzeit des Kapitalismus" wird zur Gegenwart und schreckerregenden Zukunft für Millionen.

Das löst den Wunsch nach Erhalt wenigstens der gegenwärtigen Lebensumstände aus. Kein Zweifel, die Kritik muß weitergetrieben werden. Epllers Programmkommission treibt sie weiter, indem sie nicht den Kapitalismus kritisiert, sondern das Ziel des "steigenden Wohlstandes".

*

Die Programmdiskussion der SPD ist noch nicht in die Parteigliederungen gedrungen und noch nicht in der Öffentlichkeit entfaltet. Dennoch scheint uns sicher, daß die SPD eine Verschiebung des Godesberger Programmes nach rechts im Auge hat. Quellenhinweis: Sozialdemokrat Magazin 1/85 – (maf,alk)

Dokumentiert: Erhard Eppler in Sozialdemokrat-Magazin ERSTER FRAGENKATALOG DER PROGRAMMKOMMISSION

Ein Programm ist soviel wert wie die Diskussion, die dahin geführt hat. Daher legt die Programmkommission diesen ersten Fragekatalog vor zur Diskussion in der Partei. Fragen zu anderen Themen werden wir im Laufe des Jahres an dieser Stelle veröffentlichen. Da auf dem Parteitag 1986 noch nichts beschlossen wird, geht es jetzt noch nicht um Anträge, sondern um Anregungen. Niemand, auch keine Parteigliederung, muß sich äußern. Aber wo immer Genossinnen und Genossen sich die eine oder andere Frage herausgreifen wollen, sind sie eingeladen, uns ihre Gesprächsergebnisse zu schicken. Nichts spricht dagegen, daß auch Nicht-Mitglieder in solchen informellen Gesprächskreisen mitarbeiten.

Erhard Eppler

A. Grundsatzfragen

- * Was können Sozialdemokraten verschiedener geistiger und religiöser Herkunft im Konsens über ihre Vorstellung vom Menschen sagen, ohne damit ein bestimmtes Menschenbild durch Mehrheitsbesluß zum Menschenbild der Partei zu erheben?
- * Was ist für uns der positive Wert der Vielfalt von Einstellungen, Motiven und Werthaltungen innerhalb der SPD?
- * Läßt sich Fortschritt so definieren, daß auch im künftigen Programm von Fortschritt die Rede sein kann?
- * Wie müßte der Begriff der Reform mit neuem Inhalt gefüllt werden, damit er wieder griffig einleuchtet und zündet?
- * Nach welchen Maßstäben und mit welchen Mitteln können wir die technische Entwicklung gestalten und beherrschen?
- * Ist es möglich, dem menschlichen Grundbedürfnis des Bewahrens auch im Programm einer progressiven Partei gerecht zu werden? Was wollen wir bewahren?
- * Wie können wir als fortschrittliche Partei die Gedanken einer Begrenzung des menschlichen Zugriffs auf die außermenschliche und die menschliche Natur, d.h. den Gedanken humaner Ziele, Inhalte und Grenzen für Technik und Forschung, aufgreifen? Wie können wir diesen humanen Zielen, Inhalten und Grenzen Geltung verschaffen?
- * Wie könnte ein Abschnitt im neuen Programm aussehen, der unser Verständnis der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität darstellt und gegenüber dem Verständnis anderer Parteien abgrenzt? Gibt es für uns eine Rangfolge der Grundwerte? Wie wollen wir sie aufeinander beziehen? Reicht dazu aus, was im Orientierungsrahmen '85 und in den Arbeiten der Grundwertekommission formuliert wurde?
- * Welchen Begriff von Kultur sollten wir einem neuen Programm zugrunde legen? Welche Zielsetzungen ergäben sich aus einer umfassenden Definition von Kultur, die den bürgerlichen Kulturbegriff hinter sich ließe? (Kultur der Arbeit, des Konsumierens, des Zusammenlebens, des Umgangs mit der Natur, Politische Kultur.)
- * Wo ist die Durchsetzung des Grundwertes der Freiheit heute schwieriger, wichtiger, dringlicher als 1959?
- * Welche Schritte zu mehr Gerechtigkeit können auch mehr Freiheit ermöglichen?

B. Arbeit, Ökonomie, Ökologie

1. Arbeit

- * Welches sind die Merkmale der Entwicklung von Arbeit heute (zum Beispiel Zerlegung, Zeitflexibilisierung, neue Heimarbeit u.ä.)? Welches sind die Ursachen und die Folgen dieser Entwicklung?
- * Von welchem Begriff der Arbeit sollen wir

ausgehen? Ist der in der Ökonomie gängige Begriff ausreichend? Ist er zu stark männlich bestimmt?

* Wollen wir nur die Erwerbsarbeit oder auch die – bisher überwiegend von Frauen geleistete – unbezahlte Arbeit gerechter verteilen?

* Soll die Knappheit an Erwerbsarbeit nur als Gefahr oder auch als Chance angesprochen werden?

* Ist die fortschreitende Trennung von Produktion und Konsum in der Industriegesellschaft a) wünschenswert? b) ein Grund für die Entfremdung der Arbeit? c) unvermeidlich und also hinzunehmen? d) partiell überwindbar?

* Wie verhalten wir uns zur Steigerung der Produktivität?

* Ist steigende Produktivität unter allen Umständen wünschbar? Müßte der Begriff der Produktivität nicht zu dem der sozialen Produktivität erweitert werden? Ist dies praktikabel?

* Gibt es Formen der Verkürzung der Erwerbsarbeit, die für uns Vorrang haben?

* Wie verhalten wir uns zu flexibleren Arbeitszeiten?

* Wie müßte ein Konzept zur gerechteren Verteilung der Erwerbsarbeit (Arbeitszeitverkürzung) politisch eingebettet sein? (Freizeit, Eigenarbeit, Kultur etc.)

* Welche positiven Zukunftsvorstellungen können wir mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung verbinden?

* Wo wird gesellschaftlich nötige Arbeit heute (noch) nicht geleistet, weil wir sie uns nicht meinen leisten zu können? Was ist zu tun, damit wir sie uns leisten können?

* Gibt es Bereiche, in denen es ökonomisch und ökologisch sinnvoll werden könnte, nicht menschliche Arbeitskraft durch Kapital und Energie, sondern umgekehrt Kapital und Energie durch menschliche Arbeitskraft zu ersetzen?

* Ist ein anderes als das gängige Rationalisierungskonzept denkbar?

* Welches sind die Möglichkeiten und Grenzen für eine Humanisierung der Arbeitswelt? Wie läßt sich der Schutz der Menschen vor Gefährdung und gesundheitlichen Risiken in der Arbeitswelt durchsetzen? Wie lassen sich Selbst- und Mitbestimmungsrechte in ihr durchsetzen?

* Welche Schritte für eine selbstbestimmte humane Arbeitswelt können wir in der überschaubaren Zukunft tun? Welches sind die Bedingungen für eine menschengerechte Gestaltung? Wer soll einwirken? Auf welcher Rechtsgrundlage?

* Wo liegt die Grenze zwischen Eigenarbeit und Schwarzarbeit?

* Wie könnte ein neues Gleichgewicht von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit aussehen?

* Wie können wir mehr Chancen für Eigenarbeit bieten?

* Wie wollen wir es mit dem Recht auf Arbeit halten? Soll es eine grundlegende Programmforderung sein?

2. Ökonomie – Ökologie – Dritte Welt

* Wenn Wachstum des Bruttosozialproduktes nicht Ziel des Wirtschaftens sein kann, wie läßt sich dieses Ziel dann formulieren? Ließe sich die Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen schon in diese Zielsatzung einfügen?

* Drückt der im Godesberger Programm benutzte Begriff "steigender Wohlstand" genau das aus, was Sozialdemokraten wollen? Gibt es dafür einen besseren Begriff?

* Welchen Stellenwert hat das Streben nach internationaler Konkurrenzfähigkeit? Wie läßt sie sich halten oder ausbauen?

* Hat Konkurrenzfähigkeit für uns Vorrang vor anderen Forderungen, wie Arbeitsplatz-

humanisierung und soziale Technikkontrolle? Wann beziehungsweise wo ist dies der Fall? Wo nicht?

* Welche Auswirkungen hat die internationale Arbeitsteilung auf die Wirtschaftsstruktur bei uns, in der EG, in der Dritten Welt? Welche Regionen werden besonders betroffen?

* Wie können wir diesen Prozeß steuern und beeinflussen? Welche Rolle kann dabei die EG spielen?

* Welche Umverteilungskämpfe finden zwischen industrialisierten Ländern statt mit welchen Auswirkungen auf die Bundesrepublik und die europäischen Länder?

* Wenn Wachstum des Bruttosozialproduktes nicht Ziel des Wirtschaftens sein kann, was bedeutet das für die Rolle der internationalen Arbeitsteilung?

* Wie muß eine Strategie aussehen, die "für offene Märkte, aber gegen das Diktat des Weltmarktes" eintritt?

* Ließe sich der Begriff der "Kreislaufwirtschaft" über das hinaus präzisieren, was im Bezugsluß des Berliner Parteitags (1979) über ein "ökologisch-ökonomisches Gesamtkonzept" gesagt ist? (Antrag 664)

* Wo löst sich der Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie auf, wenn man a) nicht kurzfristig, sondern mittelfristig, b) volkswirtschaftlich, nicht betriebswirtschaftlich rechnet? Wo bleibt er auch dann bestehen? Wo ist das ökologisch Richtigkeitsoffenkundig das ökonomisch Vernünftige?

* Wo geht es bei der Gegenüberstellung von Ökonomie und Ökologie nur um den Konflikt zwischen wirtschaftlichen Einzelinteressen und Gesamtwohl?

* Können wir bei der Durchsetzung einer ökologisch verantwortbaren Produktion anknüpfen an dem alten sozialdemokratischen Grundsatz, wonach Einzelinteressen den "Interessen der Allgemeinheit" (GP) unterzuordnen sind? Wer ist heute diese Allgemeinheit? Sind es die Bürger der Bundesrepublik, die jetzt leben? Gehören auch die künftigen Generationen dazu oder gilt dies für die Menschheit ganz allgemein?

* Wie ließe sich das ökonomisch und ökologisch Gebotene in einzelbetriebliche Entscheidungen umsetzen?

* Wie läßt sich die These untermauern, daß ein ökologisch verantwortbares Wirtschaften mehr Arbeitsplätze schafft als vernichtet?

* Was sind unsere Ziele für eine vorausschauende Industriepolitik? Wie können wir sie gemeinsam festlegen, mit welchen Mitteln lassen sie sich durchsetzen?

* Was bedeutet Partnerschaft mit der Dritten Welt für unsere eigene Wirtschaft? * Für die Energiepolitik? (Wirkung auf Energiepreise) * Für die Landwirtschaftspolitik? (Einfuhr von Futtermitteln etc.) * Für unseren Umgang mit Rohstoffen? (Rohstoffpreise) * Für unsere Technologiepolitik (Arbeitsintensive Technologien)

* Für unsere Geld-, Kredit- und Zinspolitik? (Verschuldung) * Für die Arbeitszeit? (Wirkt Arbeitszeitverkürzung gegen oder zugunsten der Interessen der Dritten Welt?)

* Wie und wodurch könnte sich unsere Funktion als Leitbild für Entwicklungsländer, die sich bisher eher negativ bemerkbar gemacht hat, positiv auswirken?

* Wie läßt sich, aufbauend auf unsere Parteitagsbeschlüsse, in wenigen Sätzen eine ökonomisch und ökologisch verantwortbare Energiepolitik umreißen?

* Wie können wir allgemein anerkennungsfähige Ziele einer sozialen Kontrolle der Technik definieren? Wie lassen sie sich in unserer Wirtschaftsordnung durchsetzen?

* Wie läßt sich eine Landwirtschaftspolitik skizzieren, die ökonomisch und ökologisch ver-

nünftig wäre?

* Wie ließen sich Grundsätze für eine ökonomisch und ökologisch verantwortbare Verkehrspolitik formulieren? Welche Funktion hätte dabei die Raumordnungs- und Baupolitik?

* In welchen Feldern ist Wirtschaftswachstum auch künftig notwendig und erwünscht, in welchen nicht? Gibt es dafür Maßstäbe?

* Gibt es bereits Fälle von Konsensbildung darüber, was noch wachsen soll und was nicht? Wie und wodurch läßt sich solcher Konsens erreichen?

3. Wirtschaftsordnung, Instrumente

* Wie lassen sich selektive (auswählende) Wachstumsentscheidungen durch öffentliche Diskussion vorbereiten und dann demokratisch und politisch (nicht technokratisch und bürokratisch) treffen?

* Welche Instrumente gibt es dafür bereits, welche neuen wären zu erwägen?

* Wie könnte eine Steuerpolitik aussehen, die nicht nur den Finanzbedarf der öffentlichen Hände deckt und dem sozialen Ausgleich dient, sondern auch erwünschtes Wachstum fördert, unerwünschtes hemmt? (Zum Beispiel differenzierte indirekte Steuern.)

* Welche Rolle kommt – zur Erreichung unserer Ziele – der staatlichen Finanzpolitik zu?

* Was wäre, über Godesberg hinaus, zur Mitbestimmung zu sagen?

* Wie könnte das Thema Vermögensbildung nach 16 Jahren sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung glaubhaft neu aufgegriffen werden?

* Soll der Satz aus dem GP, daß Gemeineigentum eine Form öffentlicher Kontrolle sei, beibehalten werden? Müßte er näher erläutert werden? Wie kann Gemeineigentum diese Aufgabe erfüllen?

* Können sich künftig Notwendigkeiten öffentlicher Kontrolle ergeben, die von 25 Jahren noch nicht erkennbar waren? (Zum Beispiel optimale Umweltverträglichkeit)

* Welche Konsequenzen sind für den Rest unseres Jahrhunderts aus dem Satz des GPs zu ziehen: "Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden"?

* Müssen wir den traditionellen sozialpolitischen Begriff der Vergesellschaftung überdenken und neu fassen? Wie müßte er heute definiert und präzisiert werden? Müssen die traditionellen Formen der Vergesellschaftung (Verstaatlichung, Gemeinwirtschaft) durch neue Formen ergänzt beziehungsweise ersetzt werden? Wie könnten diese aussehen?

* Müssen wir die Unternehmensverfassung verändern, das Konzept der Mitbestimmung erweitern, damit Demokratie am Arbeitsplatz, Verbraucherinteressen und ökologische Gesichtspunkte Berücksichtigung finden können?

* Wo ist Dezentralisierung möglich und wünschenswert, wo ist sie unzweckmäßig? Gibt es auch Bereiche, wo heute mehr zentrale Verantwortung und Steuerung für die Durchsetzung unserer Ziele nötig ist?

* Wie sollte sich die Partei zu alternativen Versuchen verhalten?

* Welchen Stellenwert sollte das Genossenschaftswesen haben? Was wäre zu Größe und Struktur von Genossenschaften zu sagen?

* Läßt sich Vergesellschaftung auch als Prozeß, nicht nur als Maßnahme verstehen? Wie könnte dieser Prozeß aussehen?

* Wenn, wie im GP, von wirtschaftlicher Macht die Rede ist, läßt sich auch etwas über Gegenmacht sagen?

* Welche Begrenzungen für eine Demokratisierung der Wirtschaftsordnung ergeben sich aus unserer Einbindung in einen kapitalistisch beherrschten Weltmarkt? Wie lassen sich diese Grenzen überwinden?

Kanadische Krankenversicherung

SPÄT ERKÄMPFT, UNEINHEITLICH, BEREITS WIEDER BEDROHT

In einer Artikelserie hat sich Anfang Januar die in Montréal, Québec, erscheinende Tageszeitung "Le Devoir" mit dem Gesundheitswesen in Québec, der französisch-sprachigen Provinz am St. Lorenz-Strom, befaßt. Einer der vier Artikel begann mit folgenden Worten: "Das Gesundheitssystem von Québec ist kompliziert, und zu seiner Beschreibung verwendet man Begriffe wie: Allgemeingültigkeit, Zugang zu den Dienstleistungen, Kostenbegrenzung, gesellschaftliches Gesundheitsniveau, Netzdichte, Regionalisierung ... Diese Schlüsselbegriffe unterscheiden sich erheblich von den Schlagworten, die zur Beschreibung des amerikanischen Gesundheitssystems benutzt werden: Wettbewerb, freier Markt, individuelle Freiheiten..."

Die Abgrenzung gegenüber den USA war immer ein wesentliches Charakteristikum der kanadischen Politik. Nicht die Cowboys mit dem Recht des Stärkeren, sondern die "Mounties", die berittene Polizei als Vertreter der Staatsmacht, sind Symbol der Staatenwerdung. Dementsprechend wirbt Kanada heute gegenüber den USA mit seinem Sozialstaat. Der ist aber kein Verdienst der britischen Krone.

Die Schritte der Entwicklung des kanadischen Krankenversicherungssystems waren in aller Regel Zugeständnisse an Forderungen der Arbeiterbewegung. Die wichtigsten Etappen waren nach unserer Kenntnis:

— British Columbia in den 20er und 30er Jahren. Der Einfluß von Kommunisten und Sozialisten in der Arbeiterbewegung war hier relativ am stärksten. Die Provinzregierung setzte Untersuchungskommissionen ein, die am historischen deutschen und britischen Beispiel zur Auffassung kamen, daß ein staatliches Versicherungssystem zur Befriedung der Arbeiterklasse tauglich sei. 1935, als die sozialistische CCF in der Opposition über fast ein Drittel der Wählerstimmen verfügte, brachte die Provinzregierung unter Patullo eine Gesetzesvorlage zur Einführung von Krankenversicherung ein. Im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens wurde die Vorlage verwässert, ihre Wirksamkeit eingeschränkt.

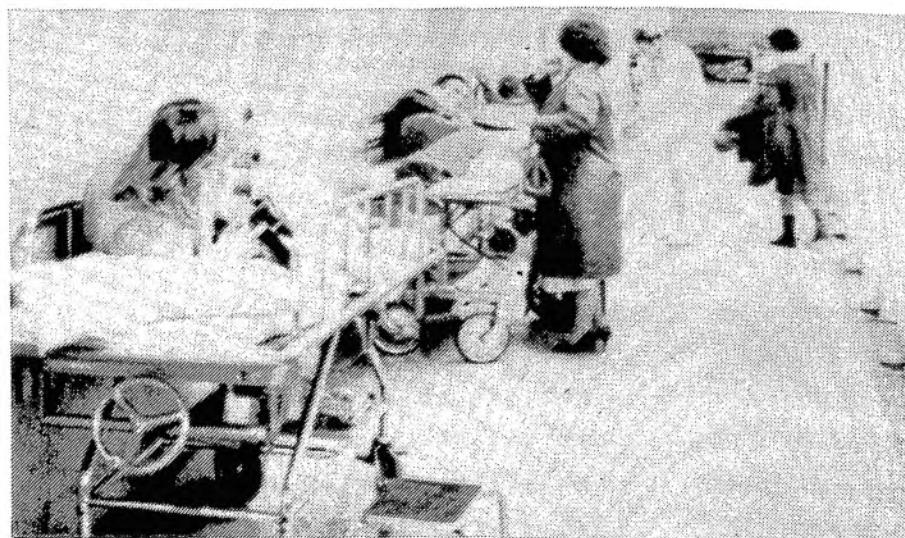
— Während der Kriegsjahre fanden zahlreiche Streiks in der Industrie statt. In Ontario, dem industriellen Kernland Kanadas, erzielte die CCF 1943 32% der Stimmen. Die Bundesregierung stellte Überlegungen zur Einführung von Sozialgesetzgebung an, verschob sie aber angesichts der schwierigen Rechtsverhältnisse zwischen Bundesregierung und Provinzen

und angesichts der errechneten Kosten. 1940 wurde die Arbeitslosenversicherung eingeführt, 1944 ein Kindergeld, ebenfalls 1944 wurde ein Gesetz über die Anerkennung von Tarifverträgen verabschiedet.

— Nach dem Krieg konnte die CCF vor allem in British Columbia und in Saskatchewan ihren Einfluß halten. In British Columbia wurde 1949 auf Betreiben der Liberalen eine Krankenhausversicherung eingeführt, in der vergeblichen Hoffnung, die Provinz vom "Gespenst des Sozialismus" zu befreien. In Saskatchewan legte der Wahlsieg der CCF von 1944 die Grundlage für die erste wirksame staatliche Krankenversicherung in Nordamerika, wobei allerdings angesichts des Drucks der Ärzteschaft auf staatliche Anstellung der Ärzte verzichtet wurde.

— 1955 führten die beiden kanadischen Gewerkschaftsverbände TLC und CCL Verhandlungen über den Zusammenschluß im "Canadian Labour Congress" CLC, und der spätere Präsident des CLC, Claude Jodoin, erklärte die "Einführung einer von der Regierung

Provinzen auch dann noch viel Spielraum, als die Bundesregierung ein Rahmenkonzept festgelegt hatte. Namentlich Québec betrachtete die bündeseinheitlichen Bestimmungen als Eingriff in seine Rechte. Es verlangte 1970 die Rücküberweisung des Ertrags der 2%-Steuer, um ein eigenes Konzept einführen zu können. In der Auseinandersetzung um dieses Konzept spielte der Anspruch der Ärzteschaft, sich außerhalb der staatlichen Gesundheitsversorgung begeben und Privatrechnungen stellen zu dürfen, eine Schlüsselrolle. Die Provinzregierung wollte dieses Recht 3% der Fachärzte einräumen; die Gewerkschaften forderten dagegen eine einheitliche Gesundheitsversorgung. Dem Verband der Fachärzte reichte das Zugeständnis noch nicht aus, er befürchtete Einkommensverluste für die innerhalb der Versicherung arbeitenden Ärzte. Die Fachärzte begannen eine Kampagne gegen das Gesetz, stellten der Regierung ein Ultimatum und führten einen mehrwöchigen Streik durch, der schließlich mit gesetzlichen Zwangsmaßnahmen gebrochen wurde. Finanzielle Zugeständnisse haben die Ärzte durchsetzen können, in Québec wie in ganz Kanada stiegen ihre Einkommen innerhalb der Berufe des Gesundheitswesens auch prozentual am stärksten. Aber trotz des Ärztestreiks in Québec 1970 wurde dies die einzige Provinz,



Krankenhaus in Hamilton, Ontario, während eines Ärztestreiks 1982: teilweise Fronten zwischen Fachärzten und Gewerkschaften

finanzierten bundesweiten Krankenversicherung zum Ziel Nr. 1". Die Liberale Partei suchte zu lavieren und verlor die Wahlen 1958. Erst 1965 waren die Liberalen geschlossen für die Einführung der staatlichen Krankenversicherung, die liberale Regierung Pearson führte sie 1966 ein. Zur Finanzierung wurde 1968 eine "Sozialentwicklungssteuer" in Höhe von 2% beschlossen.

Der verfassungsmäßige Umstand, daß das Soziale in die Zuständigkeit der Provinzen fällt, ermöglichte den

in der die Ärzte nicht die Freiheit erhielten, außerhalb der Krankenversicherung Rechnungen zu stellen; auch die 3%-Regelung wurde schließlich gestrichen.

In den 70er Jahren wurde in Kanada wie anderswo die "Kostenexplosion" im Gesundheitswesen beklagt. Die Bundesregierung reagierte darauf so, daß sie 1977 den Provinzen größere Rechte bei der Administration einräumte, aber ihren Finanzierungsanteil nicht mehr bei 50% der Kosten hielt, sondern ihre Zahlung von 1975

jährlich nur noch in dem Maß erhöhte, wie das Bruttonsozialprodukt stieg. Damit hatten die Provinzregierungen die Auswirkungen der von ihnen in Angriff genommenen Kostendämpfungen politisch zu tragen.

Nach den Artikeln in "Le Devoir" zu urteilen, die die aktuellste uns zur Verfügung stehende Quelle zur Auseinandersetzung um die Krankenversicherung in Kanada ist, ist heute eine erhebliche Unterfinanzierung des Gesundheitswesens in Kanada festzustellen. Moderne, kostenaufwendige Untersuchungs- und Operationsmethoden werden oft nicht eingeführt. Durch die relative Zunahme der älteren Bevölkerungsgruppen werden die Kosten in den nächsten Jahren überproportional steigen, und eine Anbindung an die Entwicklung des Bruttonsozialprodukts, wie sie die Bundesregierung vornimmt, bedeutet eine erhebliche Leistungsverringerung, bis dahin, daß die Krankenhäuser selbst als Gebäude nicht mehr in angemessenem

Zustand erhalten werden. In dieser Lage haben Einsparungs- und Zusatzfinanzierungsvorschläge wie der von der "Benutzungsgebühr" natürlich Hochkonjunktur, ebenso wie Privatisierungspläne. Die neue konservative Bundesregierung wird mit ihren Angriffen auf bisherige Garantien nicht lange auf sich warten lassen.

Auf den zerstückelten Indianerreservaten und im Norden Kanadas ist die Bundesregierung für die Gesundheitsversorgung zuständig; teilweise überschneiden sich die Kompetenzen mit denen der Provinzen. Der Gesundheitszustand der Urbevölkerung wird als skandalös bezeichnet. Krankheiten, die in den Städten kein Problem darstellen, wie Atemwegserkrankungen, Brechdurchfall, Mittelohrentzündung, erhöhen die Kindersterblichkeit. Hierfür ist die Armut und die Vernichtung der Lebensgrundlagen ein wichtiger Grund; ein weiterer ist aber, daß der erhebliche Aufwand für eine gute medizinische Versorgung in



Die Krankenversorgung im kanadischen Norden erfordert Aufwand.

den weiten nördlichen Gebieten den Regierungsebenen zu teuer ist.

Quellenhinweis: Le Devoir (Tageszeitung), Montréal, 2.-5.1.85; Atkinson/Chandler (Hg.), *The Politics of Canadian Public Policy*, Toronto 1983; Maclean's, 11.4.1983; Aufsatz in "Journal of Canadian Studies", (1981); M.G. Taylor, *Health Insurance and Canadian Public Policy*, Montréal 1978; D. Swartz, "The politics of reform: conflict and accommodation in Canadian health policy", in: L. Panitch (Hg.), *The Canadian State*, Toronto 1977. —(mfr)

ARBEITERKLASSE UND STAAT IN KANADA

(aus dem Aufsatz von Leo Panitch, "Class and Power in Canada", abgedruckt in: "Zeitschrift der Gesellschaft für Kanada-Studien" 2/1984; eigene Übersetzung. Panitch ist Dozent für Politische Wissenschaft an der Carleton-Universität in Ottawa, Kanada. Er bezeichnet sich als Marxist und hat mit anderen marxistischen Wissenschaftlern 1977 ein Buch über den kanadischen Staat herausgegeben: "The Canadian State. Political Economy and Political Power".)

Im Gegensatz zu den meisten westeuropäischen Staaten hat Kanada nach dem zweiten Weltkrieg keine institutionellen Mechanismen der Wirtschaftsplanung oder Einkommenspolitik entwickelt, um die Gewerkschaften in die staatliche Politik zu integrieren. Zwar gab es schwache Ansätze hierzu in den 60er Jahren, erst seitens des Kanadischen Wirtschaftsrats und später durch informelle Diskussionen über eine freiwillige Einkommenspolitik, aber nichts von der Größenordnung und Bedeutung der westdeutschen "Konzertierten Aktion" kam dabei heraus. Die Verbindung der Arbeiterbewegung zum Staatsapparat lief über die Arbeitsministerien des Bundes und der Provinzen, die allesamt einen niedrigen (und an Bedeutung abnehmenden) Platz in der Hierarchie des Staatsapparats einnahmen.

Diese Lage ist ein direktes Ergebnis davon, daß die kanadische Arbeiterklasse sich nicht als landesweit vereinte politische Kraft zu konstituieren und sich so einen Zugang zum Staat in der Art zu verschaffen ver-

mochte, wie das den europäischen reformistischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegungen gelungen ist. Die moderne Arbeiterklasse mußte sich durch Mobilisierung von außen dem Staat und seinen Gremien aufzwingen. Ein passender Vergleich bietet sich in dieser Hinsicht zwischen Kanada und Deutschland an. Beide Staaten waren auch im späten 19. Jahrhundert nie "laissez-faire"-Staaten, sondern spielten eine erhebliche direkte Rolle bei der Förderung der Kapitalakkumulation. Aber während der Staat Bismarcks angesichts der Gründung und des raschen Aufstiegs der SPD umgehend eine beträchtliche "Legitimierungs"-Tätigkeit durch Einleitung von Wohlfahrts-Reformen übernahm, bewegte sich der kanadische Staat erst in den 30er und 40er Jahren in diese Richtung, und auch dann so zögernd, daß man erst in den 60er Jahren von einem den europäischen Wohlfahrtsstaaten annähernd vergleichbaren Zustand in Kanada sprechen kann.

Das soll nicht heißen, daß die Interessen der Arbeiterklasse (oder der Bauern) in Kanada niemals Eingang in die staatlichen Überlegungen fanden, sondern daß angesichts des Fehlens einer zentralisierten politischen Bedrohung durch eine Partei der Arbeiterklasse diese Interessen in die politische Logik kapitalistischer Akkumulationsstrategie eingebaut wurden. Das bedeutet, den Arbeitern wurden Beschäftigung und Konsumvorteile über den "Folgeeffekt" des erfolgreichen kapitalistischen Wachstums versprochen, nicht in den direkten Begriffen einer staatlichen Politik der Wohlfahrt, der Umverteilung, des Reformismus.

Südafrika/Azania

WIDERSTAND GEGEN ZWANGSVERTRIEBUNG

Die 60000 schwarzen Bewohner der Siedlung Crossroads bei Kapstadt lehnen die vom Siedlerregime geplante Zwangsumsiedlung einmütig ab. Das Regime setzte zur Zerschlagung von Protestversammlungen bewaffnete Kräfte ein. Bis Ende vorletzter Woche erschossen die Polizeikräfte 23 Azanier.

Crossroads ist eine sogenannte Squatter-Siedlung, deren Einwohner in der Mehrzahl ohne Aufenthaltsgenehmigung der Regime-Behörden dort wohnen. Die Siedlung wurde 1975 gegründet von Frauen, die aus den Bantustans nach Kapstadt kamen, um bei ihren Männern, die sich als Kontraktarbeiter verdingen mußten, zu leben.

Das Regime hat durch seine Paßgesetze verboten, daß diese Ehefrauen bei ihren Männern wohnen dürfen, da sich Azanier in zu "weißen Gebieten" erklärten Bereichen ohne Genehmigung, die an Beschäftigungsverhältnisse geknüpft ist, nicht aufhalten dürfen. In den letzten Jahren sahen sich Hunderttausende der in den Bantustans wohnenden Azanier gezwungen, aus Hunger und um überleben zu können, unter Verstoß gegen die Paß-

gesetze in solche Siedlungen in der Nähe von Städten zu ziehen, in der Hoffnung, dort eine Arbeit zu finden. So wuchs auch Crossroads rasch. Durch diese Siedlungsentwicklung sieht das Regime seine Politik der Sicherung der Höchstausbeutung gefährdet: In den Bantustans sollen die Azanier als Arbeitskräfte reservoir zusammengenepfert werden. Eine begrenzte Zahl an Arbeitskräften soll außerhalb der Bantustans unter genauer Kontrolle zusammengefaßt wohnen.

Schon 1979 versuchte das Regime, die Siedlung Crossroads einzuebnen. Der Widerstand der Bewohner hinderte es daran. Jetzt will das Regime den Teil der Bewohner, der eine Aufenthaltsgenehmigung besitzt, 43 km von Kapstadt entfernt nach Khayelitsha, eine inmitten eines Sanddünengebietes neu gebaute Siedlung, verfrachten. Das bedeutet für die Arbeiter erheblich höhere Ausgaben für Transportkosten, hohe Mieten und Verlust des Anrechts auf eine "permante Aufenthaltserlaubnis", die nach zehn Jahren beständiger Arbeit und dauernden Wohnsitzes an einem Ort erreicht werden kann. Zwei Drittel der Bewohner sollen in die Ciskei und die Transkei verbracht werden. Lebensbedingungen, von denen her die jetzigen Wanderarbeiter verstärkt für Sozialversicherungsschutz für Lohnabhängige und ihre Familien eintreten, will das Regime verhindern: Die Lohngeber, die die Kapitalisten zahlen, sollen geringer bleiben.

Quellenhinweis: International Defense and Aid Fund, Briefing Paper Nr. 13/84; Informationsdienst südliches Afrika Nr. 8/84 — (gba)

PLO/Jordanien

REAKTIONEN AUF DAS ABBOKMEN VON AMMAN

Erst zwei Wochen nach der Übereinkunft von Amman am 11.2. wurde der Text des palästinensisch-jordanischen Aktionsplans durch die jordanische Regierung veröffentlicht. In Bezug auf die umstrittenen UN-Resolutionen lautet die Formulierung: "... umfassenden Frieden, wie in Resolutionen der UN und des Sicherheitsrates festgelegt." Offenbar bewußt für unterschiedliche Kommentare offen. Zur Klärung hat das Exekutivkomitee der PLO am 18.2. eine Kommunique veröffentlicht, worin es heißt:

"... Die gemeinsame Aktion basiert auf allen vorausgegangenen Resolutionen, die gebilligt wurden und die im folgenden benannt werden: a) Die Beendigung der zionistischen Besetzung der besetzten arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalems. b) Die Erlangung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes,

einschließlich seines Rechts auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung seines unabhängigen Staates in seinem nationalen Heimatland. c) Die Zurückweisung aller Kapitulationspläne und separaten Abmachungen wie dem Selbstverwaltungsplan, den Vereinbarungen von Camp David, der Reagan-Initiative und der Resolution 242 des Sicherheitsrates, die keine ausgewogene Basis für eine gerechte Lösung darstellen, die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes garantiert. d) Die Zurückweisung der Mandatsübertragung auf und der Repräsentation oder der Teilhabe an der Repräsentation durch irgendeine andere Partei..."

Das Exekutivkomitee stellte auch fest, daß das Abkommen von Amman mit den Beschlüssen im Einklang steht, die noch von allen palästinensischen Organisationen getragen wurden. So hieß es z.B. bereits in der Politischen Erklärung des 16. Palästinensischen Nationalrates (PNR; Pol. Ber. 2/83): "Der PNR zieht in Betracht, daß die Beziehungen mit Jordanien auf der Grundlage einer Konföderation zweier unabhängiger Staaten etabliert werden können."

Die prompte Verurteilung des noch nicht veröffentlichten Amman-Abkommens durch Syrien und die palästinensischen Organisationen in Damaskus als Verrat Arafats an den Prinzipien der Nationalratsbeschlüsse steht insofern auf tönernen Füßen. Fraglich ist allerdings, ob das Abkommen von Amman zum Ausgangspunkt einer arabischen Einigung werden kann, wie es das Exekutivkomitee der PLO beabsichtigt: "Die Formel der gemeinsamen palästinensisch-jordanischen Aktion zielt darauf ab, einen Kern zu errichten für eine gemeinsame arabische Aktion, weg von der Achsenbildung hin zu einer ernsthaften und effektiven Aktion, die auf vollständiger arabischer Solidarität beruht."

Algerien hat z.B. keinen offiziellen Kommentar zu dem Abkommen abgegeben, obwohl Präsident Benjedid sowohl von Arafat als auch von Hussein persönlich informiert wurde. Ägyptens Präsident Mubarak hat Ende Februar in einem Interview mit der New York Times ganz andere Vorschläge unterbreitet: Direkte Verhandlungen zwischen Israel und einer jordanisch-palästinensischen Delegation ohne PLO-Vertreter in Kairo oder den USA. Mubarak hat damit den gebremsten Beifall Israels gefunden, entspricht sein "Vorschlag" doch ziemlich genau dem Camp David Abkommen. Wenn es auch keine gemeinsame arabische Aktion zu werden verspricht, so hindert das Abkommen Hussein zumindest, an separaten Friedensverhandlungen auf Kosten der Palästinenser teilzunehmen.

Quellenhinweis: Palästina-Bulletin 8/85 — (bar)

Spanien

EG-BEITRITT FÜR ANFANG 86 FRAGLICH

Bis zur letzten Konferenz der EG-Außenminister, die Mitte Februar in Brüssel stattfand, galt der 1. Januar 1986 als Stichtag für den Eintritt Spaniens und Portugals in die EG. Für die Regierung Gonzales war dieser Beitrittstermin außerdem eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung des Referendums zum Verbleib Spaniens in der NATO. Nach der Außenministerkonferenz hält die spanische Regierung diesen Termin nach eigenen Erklärungen für nahezu un-durchführbar.

Unter den noch offenen Punkten der Beitrittsverhandlungen stellen die



Eine der Beitrittsbedingungen der EG an Spanien: weitere Vereilung und Ruinierung der Olivenbauern (Bild)

EG-Staaten in der Frage der Fischereirechte, der Landwirtschaft und der Freizügigkeit innerhalb der EG Forderungen an die spanische Regierung, die diese als "Diskriminierung" bezeichnet.

Die in der spanischen Presse als "Fünferbande" bezeichneten Staaten — die BRD, Großbritannien, Frankreich, Dänemark und Irland — haben außerdem einen Vorschlag der europäischen Kommission abgelehnt, der auch von Spanien, allerdings aus anderen Gründen, abgelehnt wurde, und ihre Forderungen wie folgt verschärft:

Die Kommission hatte vorgeschlagen: Reduzierung der spanischen Fischereiflotte, Aufstellung einer Liste von Schiffen, denen der Fischfang in EG-Gewässern erlaubt sein soll. Erste Phase bis 1992 mit begrenzten Zonen, vollständige Integration im Jahre 2002. Diese für Spanien unannehbaren Bedingungen hat die britische Regierung noch als unzureichend kritisiert. Sie verlangt Garantien, daß spanische Fischereibooten überhaupt nicht in den fischreichen Gewässern an der englischen

Küste fischen dürfen. Dagegen verlangt die spanische Regierung: Aufrechterhaltung der gleichen Flottenkontingente, Zugang zu den irischen Gewässern, Erhöhung der Fischfangquoten. Insbesondere hat die spanische Regierung dagegen protestiert, daß die spanische Fischerei faktisch liquidiert werden soll, während die anderen Staaten gerade dabei seien, ihre Kontingente auszuweiten.

Bei den Landwirtschaftsprodukten fordert die Kommission vor allem eine Einschränkung des Zitrusfrüchteexports. Bis zum 7. Beitrittsjahr soll der Export bei Produkten mit Preisvorteilen reduziert werden, andere Produkte sollen während einer zehnjährigen Übergangszeit stabilisiert werden. Die Einbeziehung des spanischen Speiseöllexportes soll nach dem Willen der BRD überhaupt erst im Rahmen einer allgemeinen Preisreform für Speiseöle erfolgen. Spanien fordert dagegen Preisgarantien und die feste Zusage für eine Unterstützung der Olivenbauern. Frankreich verlangt von der Kommission Maßnahmen gegen die spanischen Weinexporte. Dazu gehört die Forderung nach einem Preisausgleich für die billigeren spanischen Weine und eine Neuregelung der Qualitätsunterscheidungen zwischen den verschiedenen Weinsorten.

Was die rechtliche Gleichstellung spanischer Bürger in der EG anbelangt, so ist die BRD der erklärte Hauptgegner eines garantierten Niederlassungsrechtes.

Nach der Brüsseler Außenministerkonferenz hat der spanische Ministerpräsident eine Erklärung unter anderem mit folgenden Feststellungen abgegeben: Spanien sei am Ende seiner "Verhandlungsmöglichkeiten". Spanien werde die Verhandlungen nicht abbrechen, sei aber auch nicht bereit, "jeden beliebigen Preis für einen Eintritt in die EG zu zahlen."

Quellenhinweis: *El País*, S.-28.2., Regierungsbulletin – (chc)

VR Polen

PREISERHÖHUNGEN STUFENWEISE

Die Preissteigerungen für Lebensmittel, Strom und Mieten, die die polnische Regierung zum 1. März 1985 durchsetzen wollte, finden so nicht, sondern stufenweise statt. Die Erhöhung der Lebensmittelpreise wird bis Ende Juni durchgeführt bei teilweiser Aufhebung der Rationierung. Ab 3.3. werden Brot um 30% und Zucker um 44% teurer. Andere Preise werden teils erst im nächsten Jahr erhöht. In gesellschaftlichen Konsultationen, an denen Experten und soziale Verbände beteiligt waren, darunter die auf gesamtpolnischer Ebene vertretenen

Berufsverbände, die auch für die neu zugelassenen Gewerkschaften sprachen, wurde ein Kompromiß ausgehandelt, der den Namen verdient entgegen der Behauptung der westdeutschen bürgerlichen Presse, die Regierung ziehe nun alles durch, bloß zeitlich gestreckt. Sie unterschlug wohlweislich die im Zentralen Wirtschaftsplan für 1985 festgelegten Zusammenhänge.

Im Wirtschaftsplan wurde nicht nur eine zwölfpromzentige Erhöhung der Preise, sondern eine ebenso hohe Steigerung der Nominaleinkommen festgelegt. Folge der veränderten Beschlüsse zu den Preiserhöhungen, die die Regierung erst am Montag, dem 25.2., faßte, nachdem die Gewerkschaften erneut ihre Pläne abgelehnt hatten, ist nämlich, daß im Durchschnitt eine Absicherung des Lebensstandards erreicht wäre und für die Besserverdienenden eine leichte Verbesserung. Zudem empfahl die Regierung auf Drängen der Berufsverbände, daß keine Rente niedriger als 7000 Zloty sein sollte und die betroffenen Renten und Pensionen entsprechend erhöht werden sollten. Ferner strebt

sie eine Begrenzung der Preise an, die unmittelbaren Einfluß auf die Höhe der Mieten haben. Presse und Regierung äußern sich nun besorgt, daß nicht alle Wirkungen dieses Kompromisses zu übersehen seien. Er könne, so die Zeitung "Express wieczorny", eine Erschütterung des gesamten Gleichgewichts des Marktes verursachen und könne die Stabilisierung noch in vielen Bereichen des Marktes bedrohen.

Nicht richtig ist sicher die Behauptung der Regierung, von Protestaktionen in den Betrieben sei nichts zu bemerken gewesen. Richtig ist sicher, daß die Idee des früheren Vorsitzenden der Gewerkschaft "Solidarität", zuerst zum Streik aufzurufen, ihn sodann abzublasen und hartnäckig Streikwilligen zu empfehlen, "andere Formen des Protests" zu finden, viele Arbeiter in der Auffassung bestärkt hat, daß ihnen höchstens die neuen Gewerkschaften etwas nützen.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung vom 1., 2./3.3. 1985; Express wieczorny vom 28.2. 1985; Kölner Stadtanzeiger vom 2./3.3. 1985 – (anl)

25. Parteitag der PCF

GRUNDLEGENDE FRAGEN UNBEANTWORTET

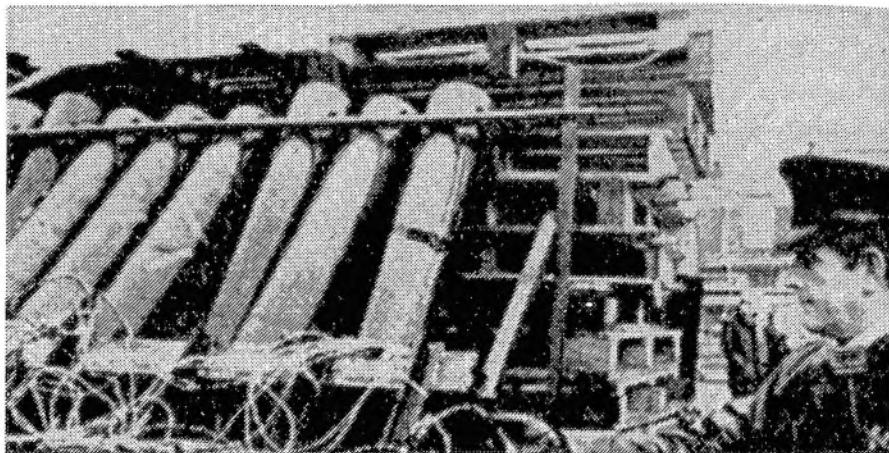
Mit einer Rede des Generalsekretärs Georges Marchais und der Verabschiedung eines "Appells an das Volk von Frankreich" ist am 10. Februar der 25. Parteitag der Französischen Kommunistischen Partei (PCF) zu Ende gegangen. Zuvor hatten die Delegierten eine Resolution verabschiedet, die die Grundzüge der künftigen Politik umreißt und das neue, einhundertfünfzigköpfige Zentralkomitee gewählt. Die bürgerliche Presse zeigte sich über

Verlauf und Ergebnis des Kongresses leicht enttäuscht, hatte sie doch in Kenntnis der Auseinandersetzungen über die Resolution des ZK – diese hatte auf den Konferenzen dreier Federationen keine Mehrheit erhalten – ein "Tribunal" erwartet. Nun mußte sie über "lebendige und kontroverse Debatten" und "ungewöhnliche" Abstimmungen berichten.

Die künftige Linie blieb bis zum Schluß des Kongresses stärker um-



KPF-Vorsitzender Marchais



Mit einem Granatwerfer auf einem LKW griff die IRA am 28.2. die Polizeistation der nordirischen Stadt Newry an. Neun Polizisten wurden getötet, mehr als dreißig verletzt. Die britische Polizeitruppe RUC übernahm in den letzten Jahren mehr und mehr die "Befriedung" nordirischer Städte von der Armee. In ihren stark gesicherten Stationen – vor allem im Verhözentrum in Belfast – wurden die Geständnisse aus angeblichen IRA-Mitgliedern herausgepreßt, die nach Sondergesetzen für Nordirland vor Gericht nicht zurückgenommen werden können. Der IRA-Angriff folgte wenige Tage auf die Erschießung dreier IRA-Mitglieder durch die Armee. Zeugen erklärten, die drei hätten sich ergeben, seien aber trotzdem von den Soldaten erschossen worden. – (hef)

STREIK GEGEN FLUGGESELLSCHAFT PANAM

Seit Mittwoch letzter Woche bestreiken in den USA die 5700 Mechaniker, die in der Transportarbeiter-Gewerkschaft organisiert sind, die US-Fluggesellschaft PANAM. Die Kapitalisten, die in den letzten Jahren Zugeständnisse für Lohnkürzungen durchsetzen konnten, hatten tarifvertraglich zugesichert, daß ab 1. Januar 1985 die Löhne wieder um 24% angehoben werden sollten. Jetzt weigerten sie sich und wollten die 24% nur über die nächsten drei Jahre verteilt erhöhen. Die Arbeiter erhalten derzeit den Lohn in der Höhe von 1981. Die anderen Beschäftigten und ihre Gewerkschaften, darunter die Piloten und die

Flugbegleiter, lehnen es ab, die Streikpostenketten zu überschreiten. – (gba)

ITALIEN: STRAFERLASS FÜR BAUSPEKULANTEN

Nach einem neuen Gesetz kann man sich gegen Zahlung einer erklecklichen Gebühr jetzt Straffreiheit für das Bauen ohne Genehmigung erkauft. Seit 1950 sind in Italien 3,1 Mio. Wohnungen "wild" gebaut worden. Ganze Viertel wurden illegal auf Gemeindeland angelegt, die Landschaft verunstaltet. Sogar ein Dienstgebäude des Bauministeriums wurde ohne Genehmigung gebaut. Baulöwen kommen jetzt gegen Entrichtung eines Bruchteils ihrer Spekulationsgewinne straffrei davon, der Schaden bleibt. – (ulg)

NIKARAGUA: USA VERWEIGERN VERHANDLUNGEN

Am 2. März trafen sich US-Außenminister Shultz und der Präsident der nikaraguanischen Regierung Ortega in Uruguay (Bild). Das Treffen war auf ausdrückliche Bitte Ortegas zustande gekommen. Die US-Regierung will 14 Mio. \$ für die Unterstützung reaktionärer Truppen, die gegen Nikaraguas Regierung kämpfen, im Kongreß durchsetzen. Nikaragua wollte die Wiederaufnahme von bilateralen Verhandlungen mit den USA erreichen und hatte aus diesem Grund vorgeschlagen, 100 kubanische Militärberater zurückzuschicken. Shultz wertete den Vorschlag als ein "Zeichen" und bekräftigte die Forderungen der US-Regierung: Einstellung jeglicher nikaraguanischer Unterstüt-



zung für die salvadorianische Befreiungsfront, Abzug aller fremden Militärberater und eine "demokratische" Regierung in Nikaragua. Ortega lehnte die Forderungen ab und kündigte die Fortsetzung der Verhandlungen um eine Friedenslösung in Mittelamerika mit den Staaten der Contadora-Initiative an. – (uld)

stritten, als es das Abstimmungsergebnis über die Resolution ausdrückt. (1652 Ja-Stimmen, 65 Enthaltungen) Dies kam auch bei den Wahlen zum ZK zum Ausdruck, in das zwar die drei bekanntesten Kritiker der ZK-Mehrheit erneut gewählt wurden, fünfzehn weitere ehemalige Mitglieder, darunter vier Sekretäre von Federationen (regionale Gliederung unterhalb des ZK), jedoch keine Mehrheit erhielten.

Auch läßt das Studium der veröffentlichten Dokumente doch Zweifel aufkommen, ob die Sicherheit Marchais in seiner Schlüsserede über die "geeinte Partei mit einer klaren Linie" Rückhalt in eben diesen Dokumenten finden kann. (1)

Aus der politischen Entwicklung in Frankreich seit Anfang 1983 ergaben sich für die PCF mindestens drei grundlegende Probleme, für die es Lösungen zu finden galt. Erstens ist mit dem Austritt der PCF aus der Regierung im Juli 1984 die Linksregierung

und darüber hinaus – so analysierten es auch die Delegierten – die Einheit der Linksunion zerbrochen. Was waren die Ursachen und auf welcher Grundlage könnte erneute Einheit herzustellen sein? Zweitens hat die Rechte, und hier v.a. Faschisten und äußerste Reaktionäre der Nationalen Front (FN), im gleichen Zeitraum stark an Boden gewonnen (besonders in den Mittelschichten) und formiert sich im Hinblick auf die nächsten Wahlen als Block. Wäre eine Front gegen die Reaktion nicht notwendig und worauf könnte sie sich stützen? Drittens zeigt sich die Gewerkschaftsbewegung heute stärker gespalten als unter Giscard. Wären Schritte zur Gewerkschaftseinheit nicht unabdingbar für eine breitere Front?

Welche Antworten geben die Beschlüsse und der Verlauf des Parteitagess? Die Resolution konstatiert den Bruch der Linksunion als Niederlage und Rückschlag für die Partei. Die

wesentlichen Gründe dafür seien: a) der "strategische Rückstand" der PCF bezüglich der Analyse der Krise und der Ausarbeitung eines Modells eines "Sozialismus in den Farben Frankreichs"; b) die Illusionen über die Wirkung des "Gemeinsamen Programms" und den Willen der Sozialistischen Partei (PS), mit dem Kapitalismus zu brechen; c) die Förderung der Passivität der Massen und die Reduzierung der sozialen Bewegung auf die Rolle des Druckmittels durch die Politik der "Spitzenabkommen"; d) die politische Schwäche der PCF, "die PS zu hindern, so zu regieren, wie sie es vorhatte." (2) Diese Faktoren hätten dahin gewirkt, daß, "wenn es auch Fehler gegeben habe, kein anderes Handeln die allgemeine Entwicklung der Dinge hätte ändern können." (3)

Heute – nach dem unausweichlichen Bruch – gelte es, für eine "neue mehrheitliche Volksbewegung unter Anti-Krisenzielen" zu kämpfen. Diese kön-

GRIECHENLAND: STREIKS GEGEN LOHNSENKUNG

10000 Bauarbeiter demonstrierten am 21.2. in Athen gegen die Lohnleitlinien der Papandreu-Regierung, für die Senkung des Rentenalters auf 55 Jahre und für die 35-Stunden-Woche. Am 19.2. begannen 70000 Bankangestellte einen zunächst dreitägigen Streik für die gleichen Forderungen. Ebenfalls am 21.2. legten 5000 Taxifahrer ihre Arbeit nieder. Die griechischen Kapitalistenverbände und die Regierung sind bislang auf die Forderungen auch nicht teilweise eingegangen. — (wom)

BRITISCHE BERGLEUTE BEENDEN STREIK

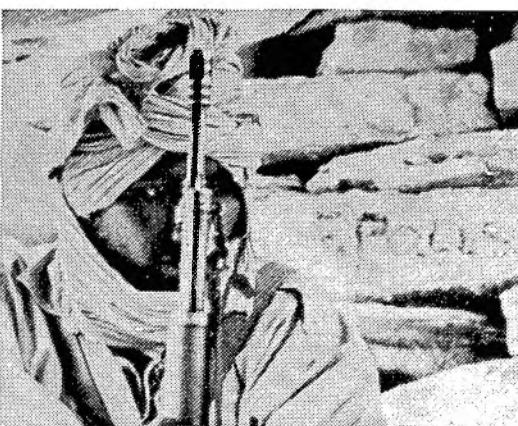
Mit 98 zu 91 Stimmen beschloß die Sonderkonferenz der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM am 3. März, den seit dem 12. März 1984 andauernden Streik zu beenden. Der Hauptstreitpunkt war auf der Konferenz, ob der Streik beendet werden sollte, ohne daß die Kohlebehörde NCB die 700 während des Streiks entlassenen Bergleute wieder einstellt. Die Arbeiter waren wegen "Vergehen" wie der Kohleentnahme von Zechenhalden oder "Gewalttaten bei Streikposten" entlassen worden. Der Bezirk Kent streikte auch am 5. März, dem ersten offiziellen Arbeitstag, weiter, weil er die Einstellung der Entlassenen fordert. Auch in Schottland und Yorkshire streikten einzelne Zechen noch. NUM-Präsident Scargill, der gegen den Abbruch des Streiks war, kündigte eine "Guerillataktik" gegen die Stillegungspläne der Kohlebehörde an, bei denen 20000 Arbeiter entlassen werden sollen. Gegen viele der etwa 10000 Bergleute, die während des Streiks festgenommen und vorläufig auf freien Fuß gesetzt

wurden, beginnt jetzt eine Prozeßwelle. Die Gewerkschaftsgelder bleiben weiterhin beschlagnahmt, 70000 Pfund (etwa 2,5 Mio. DM) wurden bereits als Strafen und Kosten abgezogen. — (hef)

SPANIEN: STREIKS GEGEN LOHNLEITLINIEN

Gegen die Lohnleitlinienpolitik und die unverminderte Fortsetzung des Rationalisierungskurses der spanischen Regierung haben in den letzten Wochen die spanischen Lohnabhängigen in verschiedenen Branchen gestreikt. Gegen die Hochschulpolitik

der Regierung fanden Protestaktionen und Massenkundgebungen der Studenten statt. In Gijon und Sagunt führten die Stahlarbeiter Streiks gegen die Entlassungen in der Stahlindustrie durch. In Gijon kam es zu Straßen-schlachten zwischen Arbeitern und der Polizei. Die vereinigten Gewerkschaftskomitees aller Beschäftigten der Eisenbahnen (RENFE) fordern gegen die staatlichen Lohnleitlinien von 6,5% und gegen ein Angebot von 4,5% Lohnerhöhungen von 7,5% und die Erhöhung der Neueinstellungen auf 7000. Weitere Streikaktionen sind für den 8. und 15.3. geplant. — (chc)



Die provisorische Regierung der Republik Westsahara meldete am 27. Februar, daß Streitkräfte der Frente Polisario, der Befreiungsbewegung der Westsahara, am 22. Februar ein westdeutsches Flugzeug abgeschossen haben, weil sie es für ein marokkanisches Aufklärungsflugzeug gehalten haben und die Besatzung der Maschine nicht um eine Genehmigung zum Überfliegen des Staates ersucht hat. Die Republik Westsahara ist völkerrechtlich anerkannt von der Organisation für afrikanische Einheit OAU. Marokko führt seit Abzug der spanischen Kolonialtruppen Krieg gegen die sahaurische Befreiungsorganisation Frente Polisario, um sich die Westsahara einzufüllen. Die Bundesregierung erkennt die Souveränität der Westsahara nicht an. Die Flugroute war dem Flugzeug, einer Sonderanfertigung des BRD-Rüstungskonzerns Dornier, von der spanischen Flugbehörde auf Lanzarote zugewiesen worden. Es befand sich auf dem Rückflug von der Antarktis, wo es in der staatlichen westdeutschen Antarktisforschung eingesetzt war. Bislang liegen keine Dementis über das militärische Aussehen der Maschine vor. — (uld)

ne sich allein in den Kämpfen der Massen bilden, Abkommen mit anderen Parteien könnten nur "politische Verlängerung" dieses Kampfes sein. Eine solche Bewegung, die über die gegenwärtigen Bündnisse der traditionellen Linken hinausgehe, finde die Bedingungen des Entstehens in "Entwicklungen, die die Zusammensetzung und gewisse Züge der Arbeiterklasse verändern, sie wachsen lassen, da Arbeiter mit neuen produktiven Funktionen in den 'Gesamtarbeiter' integriert werden" und wo zugleich "die Arbeitsbedingungen von Millionen anderer Lohnabhängiger diese der Arbeiterklasse annähern". Die Förderung dieser Bewegung durch die PCF geschehe unter "dem alleinigen Kriterium, die Krise zurückzuschlagen". (4)

Die hier verkürzte referierte Strategie gibt Anlaß zu Skepsis. Zunächst fällt auf, daß die Resolution keine Kritik der Praxis der PCF und Linkspartei in einer Reihe wichtiger

Fragen wie Wirtschaftsaufbau, Steuerpolitik, Lohnpolitik enthält und insofern kaum erhellt, worin der "strategische Rückstand" konkret bestehen könnte. Beunruhigend ist jedoch vor allem, auf welcher Linie die PCF der Mobilisierung der Mittelklassen für die Reaktion begegnen will und wie sehr sie praktisch die Entfaltung einer Strategie gegen reaktionäre Koalitionen und faschistische Tendenzen vernachlässigt. Wie kann die PCF größere Teile der Mittelklassen für ein Bündnis gegen die Reaktion gewinnen, wenn sie neben allen Technikern und Ingenieuren auch erhebliche Teile der Angestellten klassenanalytisch dem 'Gesamtarbeiter' zuschlägt und so real entgegenstehende Interessen sowie Bewußtsein negiert; wenn sie den Kampf gegen die Krise zum "alleinigen Kriterium" des Zusammenschlusses macht; wenn sie in diesem Kampf "alle sozialen Akteure zusammenfassen und die alte Formel des

Bündnisses von Arbeiterklasse und Intelligenz überwinden" will, zugleich aber sagt, "die Krise besiegen, heißt den Kapitalismus besiegen", was letztlich bedeutet, den Kampf für den Sozialismus als Ziel dieses Bündnisses zu propagieren. Wie soll diese "mehrheitliche Volksbewegung" zu einer wesentlichen Kraft werden, wenn die gesamte Resolution kein Wort über die gewerkschaftliche Aktionseinheit, über die Bedeutung der Gewerkschaften für eine Front gegen die Reaktion enthält? Was kann eine Strategie bewirken, deren einzige Aussage zum Problem faschistischer Entwicklung lautet, "um die Wurzeln zu kappen, die der FN Leben geben, muß die Krise bekämpft werden"?

Quellenhinweis: (1) Marchais-Rede in Humanité v. 11.2 (2) Resolution des Parteitages in Humanité v. 12.2. (3) Bericht der Resolutionskommission ebd. (4) Marchais-Rede, s.o. — (pel).

ACTIONSEINHEIT GEGEN REVANCHISTENTREFFEN

Kiel. 4.3.85 Unter dem Motto "40 Jahre Flucht und Vertreibung – Treue zu Deutschland – Rettung über See" hatte der "Landesverband der vertriebenen Deutschen" für den 2. März zu einer Veranstaltung am Laboer Ehrenmal und in der Kieler Ostseehalle unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Barschel aufgerufen. Nach einer Aufforderung der Rathausfraktion der GRÜNEN, der Veranstaltung die Unterstützung zu versagen, beschloß der Magistrat mit SPD-Mehrheit, keinen Vertreter zu entsenden. Begründung war der Abdruck des "Deutschlandliedes" im Programm. Eine Actionseinheit (siehe Bild) rief zur Demonstration unter den Parolen: "Schluß mit Nazi-Propaganda und Revanchismus! Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen!" auf. Im gemeinsamen Aufruf heißt es: "Rettung über See war und ist nichts anderes als eine Nazi-Propagandalüge." – "Der Zweck der Operation bestand darin, die letzten Reserven für die Fortführung des Krieges gegen die Sowjetunion zu mobilisieren." Weiter wurden die Absichten der Reaktion, die Grenzen zu revidieren – u.a. durch die Losung "Überwindung von Jalta" – aufgedeckt und angegriffen. Zwar konnte das Treffen der 3000 Vertriebenen – hinter starker Polizeiabriegelung – nicht verhindert werden, aber sie waren durch die vielfältigen Proteste unter Druck geraten. – (kaq)

GRAUE WÖLFE – ZUARBEIT FÜR DIE MÜNCHNER POLIZEI

München. Gut vorbereitet war die Münchner Polizei auf den Zusammenstoß von den faschistischen "Grauen Wölfen" und türkischen Antifaschisten. Eine "Kulturveranstaltung" der türkischen Faschisten sollte verhindert werden, vor den BMW-Werken wurde ein Flugblatt verteilt. Parolen wurden gerufen, plötzlich eine Messerstecherei. Wie auf Kommando waren Kameratruppen der Polizei, Zivilfahnder und Polizeiwagen da. Der verletzte Faschist fand sofort den Täter und zwei, die ihn angestachelt haben sollen. Jetzt sitzen die drei im Untersuchungsgefängnis Stadelheim und müssen mit Anklagen wegen Mordversuch rechnen. Diese Taktik – Provokation durch die "Grauen Wölfe" und sofortiges Zuschlagen von Polizei und Militär – ist in der Türkei ständig angewandt worden. Sie soll offensichtlich jetzt in der Bundesrepublik fortgesetzt werden. Zur Unterstützung der Inhaftierten hat sich eine Aktionsgemeinschaft von türkischen und westdeutschen Organisationen gebildet. Spendenkonto: Kemper, Kontonummer 5027 552, Deutsche Bank München. – (jüt)



170 Personen demonstrierten am 2.3.85 in Kiel gegen eine Veranstaltung des "Landesverbandes der vertriebenen Deutschen". Aufgerufen hatten: Arbeitskreis Ascheprobeß, Arbeitskreis gegen den Krieg, Autonome Gruppen Kiel, BWK, Die GRÜNEN Kreisverband Kiel, DKP Kreisverband Kiel, FAU/R, KPD, MSB Spartakus Kiel, SDAJ, VVN/BdA.

ACTIONSEINHEIT – KZ DACHAU

München. Mitte Februar fand auf Einladung der VVN eine Besprechung der Aktionen am 28. April 1985, dem 40. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau, statt. Vertreten waren u.a. die folgenden Organisationen: VVN, DFG/VK, Grüne, Aktion Sühnezeichen, Kirche von unten, Freidenkerverband, gewerkschaftliche Gruppen, Anti-Strauß-Komitee und die Volksfront. Vereinbart wurde folgender Ablauf der Aktionen: 7 Uhr Treff der Motorrad- und Fahrradfahrer am Platz der Opfer des Nationalsozialismus, 8 Uhr Kundgebung vor der MAN AG, anschließend findet ein Marsch zur Gedenkstätte und die Teilnahme an der internationalen Gedenkfeier des Dachau-Komitees statt. Danach wird zur Erschießungsstätte Herbertshausen weitermarschiert, wo gegen 13 Uhr die Schlußkundgebung stattfinden wird. Ein Aufruf für diese Aktion wurde von den anwesenden Organisationen verabschiedet. Weitere Organisationen sollen gewonnen werden. – (kaz)

VERBOTSANTRAG GEGEN SOZIALISTISCHE GRUPPEN

Hannover. "Sämtliche extremistischen Ausländerorganisationen", namentlich aber bekannte sozialistische türkische Organisationen wie FIDEF, ATIF, DIDIF, Devrimci Kurtulus sowie die islamische Fundamentalistenorganisation MSP und die faschistische "Türk Föderation", will die Stadtratsfraktion der hannoverschen CDU auf ein Verbot hin überprüfen lassen. Die CDU reagierte so am 8. Februar auf einen vorhergehenden Antrag der GABL/DKP-Gruppe. GABL und DKP wollen, daß sich der Stadtrat für ein Verbot der Türk Föderation (Idealistenverein, bekannt als Graue Wölfe) einsetzt. Anlaß für diese

Verbotsforderung war ein Mordanschlag von acht Grauen Wölfen auf den Arbeiter Zeki Sonraci. Der CDU-Antrag wird voraussichtlich am 21.3. im Stadtrat behandelt. Mehrere Organisationen rufen an diesem Tag um 15.00 Uhr, Tramplatz, vor dem Rathaus zu einer Kundgebung für das Verbot der Türk Föderation auf. – (mak)

"PROTEST GEGEN SCHLEIER-TREFFEN IST NÖTIG"

Hannover. So lautet der Resolutionsvorschlag der Anti-Militarismus AG der GABL und GRÜNEN, der auf dem Kongreß der Friedensversammlung Mitte Februar angenommen wurde. Nachdem Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD) öffentlich erklären mußte, daß kein Repräsentant der Stadt Hannover am Schleiertreffen teilnehmen wird, will sein erster Stellvertreter, Dr. König (CDU), sich dies nicht verbieten lassen, wenn er eine persönliche Einladung erhält, und auf dem Schleiertreffen sprechen und damit wie seine Parteifreunde Kohl und Ministerpräsident Albrecht die politischen Absichten des Schleiertreffens stärken. Dagegen richtet sich die Resolution. "Die Friedensversammlung hält es für notwendig, aus Anlaß dieses Datums ihre entschiedene Ablehnung gegen jede Art von Revanchismus und wiedererstarkenden Nationalismus zum Ausdruck zu bringen." Zu Protestaktionen wird aufgerufen, bei denen es notwendig ist, sich gegen die These des Weiterbestehens des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 und den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung für alle Deutschen zu wenden. Die Anerkennung der Grenzen in Europa, wie sie seit Ende des 2. Weltkrieges bestehen, und eine Politik der Bundesregierung, die auch praktisch keine Gebietsansprüche erhebt, werden als Bedingung für eine dauerhafte Friedenssicherung genannt. – (edb)

Neofaschisten**"AKTIVITÄTEN NOCH IM VORFELD
STRAFRECHLICHER RELEVANZ"**

Karlsruhe. "Die Besorgnisse der Bürger über wachsende neonazistische und faschistische Aktivitäten verfolge ich mit großer Aufmerksamkeit. Das Polizeipräsidium Karlsruhe, wie auch das Bürgermeisteramt, sieht die Unterbindung dieser Aktivitäten als große Aufgabe an. Ein Einschreiten ist nach geltendem Recht jedoch nur dann möglich, wenn es darum geht, Straftaten zu verhindern oder zu verfolgen. Viele der bekannt gewordenen rechtsradikalen Aktivitäten liegen jedoch nur im Vorfeld strafrechtlicher Relevanz ..." Das war die Antwort des Oberbürgermeisters Dullenkopf auf eine Anfrage des SPD-Stadtrates Hanke im Karlsruher Gemeinderat zu den zunehmenden neonazistischen Aktivitäten.

Seit Anfang 1983 tritt die ANS/NA – nach dem Verbot in Karlsruher Front umbenannt – regelmäßig in Erscheinung. Am 27.2. 1983 gegründet, war ihre erste Aktion das Stören der 1.Mai-Demonstration des DGB 1983. Danach regelmäßig Flugblätter-Verteilen in Stadtvierteln und auf Plätzen der Innenstadt. Ihre Themen gehen von "Tod den Lesben" mit Drohungen gegen ein Frauentreffen, an die "Deutschen" mit der Forderung nach einem wiedervereinigten Großdeutschland und "Reinigung von Kultur und Schule", Hetze gegen die "Türkenflut" mit Forderungen wie "sofortiger Einstellung aller Sozialleistungen" und Ausweisung der türkischen Familien aus Karlsruhe, Aufruf zur "Säuberung" von Kreuzberg anlässlich des Länderspiels gegen die Türkei in Westberlin bis hin zum Aufruf gegen das hannoversche Punkertreffen und Überfall gemeinsam mit dem KSC-Fanclub Phönix auf eine Punkerwohngemeinschaft Sylvester 1983/84. Zuletzt hielten sie am "Volkstrauertag"

in Uniformen Mahnwache an einem Kriegerdenkmal und plakatierten Stadtteile mit "Freiheit für Kühnen" voll.

An öffentlicher Unterstützung faschistischer und neofaschistischer Kräfte fehlt es nicht. Nachdem diese am 23.5.84 nachmittags in der Innenstadt gestohlene Transparente der IG Metall unbekillt verbrannten, schrieben die Badischen Neuesten Nachrichten (BNN):

"Empörte Bürger demonstrieren gegen den Streik der IG Metall."

Die Stadtverwaltung warf dem DGB-Kreisvorsitzenden und Stadtrat Schöpperle staatsgefährdendes Verhalten und "falsche Freunde" vor, nachdem dieser in der Aktionsleitung des Antifaschistischen Bündnisses tatkräftig an der Verhinderung einer Veranstaltung der DVU für "Freiheit für Heß" mit Redner Irving beteiligt war. Die falschen Freunde im Anti-

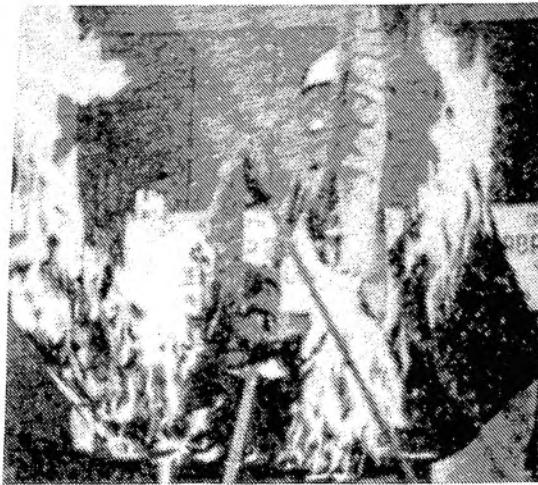
faschistischen Bündnis sind DGB, VVN, Naturfreunde, Grüne Liste, DKP, Volksfront, Kuhle Wampe und andere.

Ergänzend zur oben zitierten Antwort auf die Anfrage des SPD-Stadtrates erklärte OB Dullenkopf zu einer Anfrage der Grünen Liste zu Maßnahmen der Stadt gegen die Neofaschisten nach diesem Vorfall:

"Solange eine Partei oder Organisation mit verfassungswidrigen Zielsetzungen vom Bundesverfassungsgericht bzw. Innenministerium nicht verboten wurde, ist der Handlungsspielraum ... eng begrenzt. Maßnahmen ... sind grundsätzlich nicht statthaft, wenn nicht besondere Ausnahmesituationen vorliegen..."

Das Antifaschistische Bündnis stellt jetzt eine Dokumentation über die neofaschistischen und faschistischen Aktivitäten in Karlsruhe zusammen. Es wird ein Antrag an den Gemeinderat beraten, in dem der Gemeinderat das Verbot der Karlsruher Front beantragen soll.

Quellenhinweis: Badische Neueste Nachrichten 24.5.84, 30.7.84; Stellungnahme des Oberbürgermeisters vom 24.7.84 Nr. 1180/1181) – (rub)



Zunehmende faschistische Aktivitäten in Karlsruhe

WASSERWERFER ZUM SCHUTZ VON NAZIS

Frankfurt. Für den 23.2.85 hatten die FAP-Faschisten zu einer Demonstration in Frankfurt gegen Ausländerkriminalität aufgerufen. Ca. 150 Nazis waren ab 9 Uhr an der Konstablerwache versammelt. Ein Aktionsbündnis aus Volksfront, Jüdischem Jugend- und Studentenverband Hessen, KB, KG (NHT), BWK, der antifaschistischen BI und der deutsch-ausländischen Stadtteilinitiative Frankfurt-Bornheim verteilt ein gemeinsames Faltblatt. Auch die SDAJ trat gegen die FAP auf. Die Polizei verkündete zwar, die Demonstration sei verboten und führte auch einige Faschisten ab,

die sich immer wieder zu Gruppen formierten. Bald aber wendete sie das Blatt: Antifaschisten, die Nazis verfolgten, wurden, oft per Hinweis von FAP'lern, verhaftet. Mittlerweile duldet die Polizei auch das provozierende Auftreten der FAP in Totenkopfhemden inmitten ihrer eigenen Reihen ohne einzuschreiten. Die Polizei ging blindwütig mit Wasserwerfer und Schlagstock vor, insbesondere auf dem Hauptwachenplatz, wo ca. 1500 Leute auch wegen einer Kundgebung der Grünen anwesend waren. Der Polizeieinsatzleiter versuchte sich in den folgenden Tagen gegen zahlreiche Anzeigen und Angriffe von betroffenen Passanten und Beteiligten, auch von "Persönlichkeiten" wie Pfarrer J. Gol-

lin und der Professorin H. Einsele sowie der SPD, deren Wahlkampfstand auch naß geworden war, zu rechtfertigen: Die Polizei sei in einer Notwehrsituierung gewesen. Die Protestwelle schwäppte bis zu Innenminister Winterstein (SPD) hoch, der nähere Auskunft von Polizeipräsident Gemmer (SPD) wünschte. Von Notwehr ist inzwischen nicht mehr die Rede. Am 26.2. rief das Antifabündnis, die Grünen und die SDAJ zu einer Kundgebung vor der Katharinenkirche auf, der ca. 500 Leute folgten. DGB-Jugendsekretär D. Möbius warf Wallmann vor, er bereite mit seiner Ausländerpolitik ein Klima für die Neonazis. Der Rücktritt des Polizeipräsidenten wurde gefordert. – (rst)

Asylpolitik

IN BAYERN WIRD DIE BESEITIGUNG DES ASYLRECHTS GEZIELT VORBEREITET

Regensburg. Als einziges Bundesland verpflichtet Bayern die Kommunen nicht gesetzlich zur Unterbringung von Asylbewerbern. Die Bezirksregierungen sind für Einrichtung und Betrieb der Sammellager verantwortlich. Und da wird ganz bewußt Politik gemacht, um die Asylbewerber zu isolieren und rassistisch-völkische Stimmungen und Elemente zu fördern: es gibt derzeit in Bayern 42 derartige Lager mit etwa 4500 Plätzen und zwar vorwiegend in kleinen Dörfern plaziert. 56% der Asylbewerber sind in Lagern eingesperrt, gegenüber 1982 21%. Durch Beschränkung der Freizügigkeit sind die Asylbewerber gezwungen, im festgelegten Umkreis des Lagers zu bleiben. Z.B. können die Insassen des Lagers Traßberg (bei Amberg) die Stadt Amberg nur zwi-

gen Asylbewerber aus Bayern durchgezogen, ein Verfahren dauert im Schnitt eine halbe Stunde. Nur 10% etwa werden anerkannt. – Staats- und Bezirksregierung führen steigende Asylantenzahlen an: bundesweit 35278 (1984) gegenüber 19737 (1983). Diese Zahl liegt aber aufgrund der bereits weitgehenden Beseitigung des Asylrechts immer noch bei weniger als einem Drittel von 1980: 107818. In Bayern ("Quote": 17,4%) wurden 1984 6079 Asylbewerber untergebracht. (1980: 7744, 1981: 6355, 1982: 3800, 1983: 2973). Während 1984 z.B. in der Oberpfalz vier Lager geschlossen wurden, weil die Zahl der Asylbewerber gesunken war, sucht man heute wieder nach neuen "Standorten" auf dem Land. Um die Gemeinden unter Druck zu setzen und die reaktionär-

zahlt. Die Verfalldaten waren oft abgelaufen. Dies löste Anfang Januar einen Hungerstreik von zeitweilig 38 Asylbewerbern aus. Sie bildeten ein Hungerstreikkomitee und stellten 13 Forderungen auf. GRÜNE und gewerkschaftliche Gruppen erklärten sich solidarisch. Die Münchner Arbeitsgemeinschaft Asyl und der Regensburger Aktionsausschuß gegen Zwangarbeit und Einweisung in Sammellager demonstrierten am 2.2.85 in München gegen die Asylpolitik. Auch in Amberg und Regensburg gab es seit Mitte 1984 Demonstrationen. Auf Anfrage des SPD-MdL Götz erklärte Staatsminister Neubauer, es gäbe keinerlei Grund zu Beschwerden. Auch die Anfrage des SPD-MdL Jena bezüglich der Überbelegung des Lagers Zirndorf wurde von Neubauer beantwortet, dies sei akzeptabel: vorübergehend seien halt mal 16 Leute auf 44 qm einquartiert. (Das sind 2,75 qm pro Person. Von ausländischen Arbeitern wird der Nachweis von 12 qm verlangt). – Auf dieser Grundlage setzt sich die CSU für die Vernichtung des Asylrechts ein, entsprechend dem Bundesratsbeschuß. Anstatt Asyl nur noch zweijährige Duldung mit anschließender Überprüfung; Frist für die Antragstellung; Arbeitsverbot für die ganze Dauer des Verfahrens; Visumzwang für Nichteuropäer bei Einreise nach Westberlin; Neudeinition des Begriffes: wer ist ein "politisch Verfolgter". – (rew)



Demonstration des Aktionsausschusses gegen Zwangarbeit und Einweisung in Sammellager in Regensburg

schen 9 und 17 Uhr betreten, und das erst nach Protesten: anfangs war dies auf Montag und Dienstag beschränkt. Seitenweise drucken die Lokalblätter rassistische Ergüsse von Bürgermeistern und Dorfbewohnern ab, die "besorgt" sind über "Überfremdung", Fremdenverkehr ... Die Regierung setzt sich demgegenüber als "Anwalt der Asylbewerber" in Szene, kauft oder mietet Gebäude an und quartiert in die unzumutbarsten Bedingungen ein. So ergibt sich ein ständiges Hin und Her zwischen Dorfbürgermeistern, die das Lager woanders haben wollen, und der Regierung, die es dort hinsetzt. So wird die Auffassung geschaffen und verfestigt, "mit Asylannten muß kurzer Prozeß gemacht werden". Und so wird auch verfahren. Im Verwaltungsgericht Ansbach werden monatlich über 200 Eilverfahren ge-

faschistischen Strömungen zu verstärken, brachte die Regierung der Oberpfalz im Februar die "Drohung" heraus, daß man Asylsuchende auf Kosten des Steuerzahlers in Hotels und Gasthäusern einquartieren werde, wenn die Gemeinden keine Bruchbuden dafür herausrücken sollten.

Beispielhaft für die miserablen Lebensbedingungen in den Lagern ist das Lager Amberg: dort gibt es für 60 und mehr Personen vier Duschen, sechs Wasch- und Spülbecken, die Zimmer sind total überbelegt. Z.B. war eine neunköpfige palästinensische Familie vier Jahre lang auf 34 qm zusammengepfercht, bis sie Mitte 84 "freiwillig" nach Beirut zurückging. – In Neuburg/Donau, dem größten bayerischen Sammelgefängnis, wurden nur Lebensmittel im Wert von 3,50 DM ausgegeben, während der Staat angeblich 7,38 DM

Kernenergie

WIE WEITER GEGEN DIE WAA?

Regensburg. Cirka 40000 demonstrierten am 16.2.85 gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Neben den Bürgerinitiativen hatten sich SPD, Bayernpartei, ÖDP und christliche Organisationen gegen den Bau ausgesprochen.

"Der Protest wird getragen von der einheimischen überwiegend konservativen Bevölkerung der Region, wo viele hoffen, daß die unerwünschte Atomfabrik ohne eine Radikalisierung des Widerstandes verhindert werden kann." (Frankfurter Rundschau) In der Tat soll der Widerstand mit allen "legalen und gewaltfreien Mitteln" weitergeführt werden, so die Bürgerinitiativen. Eines der Mittel soll sein ein Normenkontrollverfahren gegen den Bebauungsplan, das vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof angestrebt wird, ein anderes ein Volksbegehren, das das Baugelände zum Naturschutzgebiet erklären soll. Hierfür machen sich die GRÜNEN stark.

Die DKP mobilisierte zur Demonstration mit dem Flugblatt "WAA – Nein, Stoppt die Atommafia – Raketen raus!" Neben dem Umweltschutz

ist ihr Argument gegen die WAA die Gefahr der Produktion von Waffenplutonium.

Argumente gegen die WAA, die die Kapitalisten und den Staat angreifen, können sich nur schwer durchsetzen. Sie werden vertreten von der Marxistischen Gruppe (MG) und der "Anarchistischen Gruppe Regensburg". Die letztere kritisiert auch den legalen Widerstand: "Wir meinen, daß wir unsere Widerstandsformen danach richten sollen, ob sie wirksam sind, ob sie helfen, die WAA und das ganze Atomprogramm zu Fall zu bringen, und nicht danach, ob sie dem Staat gefallen oder nicht." (Flugblatt)

Die MG greift in ihrem Flugblatt unter der Überschrift "Was habt Ihr eigentlich gegen die WAA? Wir meinen lauter falsche Einwände!" die bürgerliche Kritik an der WAA an. Sie nennt als einzige Gruppe neben der Produktion von Waffenplutonium einen entscheidenden Grund für den Bau der WAA: "In allen 'Energie'-Angelegenheiten von der Versorgung der nationalen Industrie mit billigem Strom bis hin zur Option auf selbstgebastelte deutsche Atombomben mit Plutonium aus deutschen Landen vom Ausland unabhängig zu sein – das ist der offen ausgesprochene nationale Zweck, der mit einer WAA ... verfolgt wird."

Solange sich solche Argumente nicht durchsetzen, wird es schwierig sein, die WAA zu verhindern. — (mpu)

Werkzeugmaschinenbau

KONZENTRATION UND ARBEITSBEDINGUNGEN

Westberlin. In der letzten Ausgabe der Politischen Berichte legten wir die Bestrebungen der Kapitalisten dar, den Werkzeugmaschinenbau zu konzentrieren, um ihre Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt zu verbessern. Die Kapitalisten sehen die Notwendigkeit der Kooperation bzw. Konzentration von Kapitälern vor allem auf den Gebieten Vertrieb, mechanische Fertigung, Montage und Aufstellung der Maschinensysteme gegeben. Der wichtigste Bereich von der Kapitalverwertung her ist dabei die mechanische Fertigung. Hier geht es unmittelbar um eine Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft, und entsprechend einschneidend sind die Folgen für die Belegschaften. Dies soll am Beispiel des Fritz Werner Werkes gezeigt werden.

Auf Grund der Komplexität der Maschinensysteme gibt es eine große Teilevielfalt in der Fertigung, die Durchmischung von Serien- und Einzelfertigung, immer wieder stockender Materialfluß. Dadurch fallen für die Arbeiter hohe Rüstzeiten an, ein Wechsel auf unterschiedliche Maschi-

nen ist notwendig, das Fehlen von Material unterbricht den Arbeitsfluß. Dies zusammengekommen gibt den Arbeitern die Möglichkeit, sich Pausen während des Arbeitstages zu verschaffen. Gleichzeitig sind die Arbeiter hoch qualifiziert in ihrer Kenntnis verschiedener Maschinen und Bearbeitungsmethoden. So konnten die Beschäftigten in der mechanischen Fertigung relativ hohe Stundenlöhne im Zeitlohn durchsetzen. Der Durchschnitt liegt bei 20,54 DM bei einer Spanne zwischen 18,00 und 23,00 DM. Die Maschinenschlosser in der Montage haben zum Vergleich einen Durchschnittslohn von 17,53 DM. Weiterhin erleichterte bisher die unterschiedliche Auslastung der Maschinen es den Arbeitern, die Schichtarbeit zu begrenzen, eine dritte Schicht zu verhindern.

Mit dem angestrebten Verbund mit anderen Kapitalisten will die Betriebsführung durch eine Spezialisierung und der damit verbundenen höheren Auslastung der Maschinen die Bedingungen schaffen, um die Intensität der Arbeit zu steigern, sie zu dequalifizieren mit dem Ziel der Lohnsenkung, die Schichtarbeit auszuweiten. Zu diesem Zweck wird die Großteilfertigung nach auswärts vergeben, während die Kleinteilfertigung in Westberlin konzentriert wird. In diesem Zusammenhang ist ein CNC-gesteuertes Bearbeitungszentrum bereits angeschafft, ein zweites soll im Herbst in Betrieb genommen werden. Für diese Maschinen hat die Betriebsführung die Einführung einer dritten Schicht verlangt, oder alternativ im Rahmen der Regelung der 38,5-Stundenwoche den Zweischichtbetrieb mit Schichten von 9,62 Std. Junge Facharbeiter werden in Lohngruppe 5, statt wie bisher in 6, an diesen Maschinen angelernt. Die Abgruppierung hat der Betriebsrat nicht verhindern können, die 9,62 Stundenschichten hat er abgelehnt, einer dritten Schicht hat der Betriebsrat zugestimmt in Form der Genehmigung von Neueinstellungen für eine ständige Nachschicht. — (kla)

Metallhandwerk NRW

DREISTE HANDWERKS-KAPITALISTEN

Bielefeld. Anfang Januar haben die Tarifkommissionen der IG Metall für das Metallhandwerk NRW beschlossen: Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, Erhöhung der Löhne, Gehälter und Auslösungen um 3,8%. Für das KFZ-Handwerk werden 4% gefordert. Die Ausbildungsvergütungen sollen um 20 DM erhöht werden.

Schon 1984 hatte die IGM versucht, parallel zur Industrie gleichzeitig

über Lohn und über den Abschluß eines neuen Manteltarifvertrages (MTV) zu verhandeln. Die Kapitalisten hatten dies rundherum abgelehnt. Die IGM verhandelte dann nur noch über Lohn, und Einkommensverbesserungen von 3,3% wurden ausgehandelt. "Nullmonate" konnte die IGM abwehren. Im Juni lagen dreiste Streichungsforderrungen der "Handwerksfürsten" zum geltenden MTV auf dem Tisch: Keine Ankündigung von Kurzarbeit; zwei freie Tage bei der Niederkunft der Ehefrau nur, wenn man zusammenwohnt; keine freien Tage mehr bei Heirat der Kinder oder Umzug; keine



Montage in einem Neubau

Freistellung der Tarifkommissionsmitglieder; kein voller Jahresurlaub mehr für Beschäftigte, die in Rente gehen; ersatzlose Streichung der sozialen Beihilfe für die Hinterbliebenen beim Tod eines Arbeitnehmers; kein zusätzliches Urlaubsgeld für Schwerbehinderte; Streichung der Kontoführungsgebühren. Arbeitszeitverkürzung lehnen sie sowieso ab. Im Handwerk sei alles anders, ist ihre Begründung. Freche Behauptung! So ist doch die Arbeitsleistung ungeheuer gesteigert worden. Seit 1976 haben im Metallhandwerk 4% weniger Beschäftigte eine Umsatzsteigerung um 42% produziert. Pro Beschäftigten ist das eine Steigerung um 52%.

Die Lohnforderung von 3,8% ergibt auf den Ecklohn von 13,48 DM im Klempner- und Installateurhandwerk eine Erhöhung um 51 Pf. oder 88 DM im Monat. Niedrig genug, wo doch die Bundesbank selbst einen Reallohnverlust von 6,5% seit 1980 festgestellt hat. Dem nicht genug: Im Kraftfahrzeug-Handwerk lassen die Kapitalisten die vierte Verhandlung am 28.2.85 platzen. Sie erscheinen erst gar nicht und bieten stattdessen 3% Lohnerhöhung an. Die Arbeitszeitverkürzung wollen sie ausklammern. Demgegenüber bekräftigten am 2.3. auf der zentralen Kundgebung für NRW in Essen 3000 "Handwerker" die Forderungen der IGM. — (rav)

Arbeitszeitverkürzung bei Daimler-Benz

"WIE'S DER FIRMA PASST!" – ANTWORTEN EINES BETRIEBSRATS DER GRUPPE "PLAKAT"

Tüttgart. Das folgende Interview wurde mit einem Betriebsrat der Gruppe "plakat" bei Daimler-Benz Untertürkheim/Mettingen geführt. Die Gruppe "plakat" ist ein Zusammenschluß von Arbeitern, die ausgehend von Arbeiterinteressen Einfluß auf die Arbeit der Gewerkschaft und des Betriebsrats nehmen. Da sie seit Jahren mit einer eigenen Publikation auftreten und auch öfters zur Betriebsratswahl kandidiert haben, sind die meisten aus der IG Metall ausgeschlossen. Die Programmatik reicht nach eigener Darstellung von direkter Unterstützung der GRÜNEN (W. Hoss) bis zu sozialistischen Vorstellungen. Im 49-köpfigen Betriebsrat haben sie sieben Vertreter.

gefordert, keine Flexibilisierung der Arbeitszeit zu unterschreiben und Druckmittel einzusetzen. Die verhandlungsführenden IGM-Betriebsräte erklärten, daß sie sich an diesen Beschuß nicht gebunden fühlten.

Frage: Was hat die Geschäftsleitung verlangt, was hat die Betriebsratsmehrheit und was habt ihr verlangt und was wurde durchgesetzt?

Antwort: Die Geschäftsleitung ist im November in die Verhandlungen gegangen mit der Forderung, die Arbeitszeit nach folgendem Muster zu flexibilisieren: 40 Stunden sollten arbeiten sämtliche Führungskräfte bis zum Gruppenmeister, sämtliche Einrichter in der Produktion (zusammen knapp 10 Prozent). Für 37-Stunden-

teln, die zur Verfügung stehen, Nachdruck verliehen wird. Dies war Minderheitsposition, sie wurde außer von uns nur von zwei bis drei Kollegen/Kolleginnen der IG Metall-Fraktion getragen.

Nun das Ergebnis, das als Betriebsvereinbarung zuguteletzt unterschrieben wurde: 38,5 Stunden arbeiten circa 85 Prozent der Belegschaft.

40 Stunden arbeiten alle Führungskräfte bis zum Gruppenmeister, die Einrichter in der Motorenproduktion und den Pressereien sowie an den Transferstraßen. Zusammen sind das unter zehn Prozent der Belegschaft.

37 Stunden arbeiten die Freiwilligen, alle Dreischichter sowie Mitarbeiter mit Sonderpausen für Bildschirmarbeit im Angestelltenbereich. Dreischichter und Mitarbeiter mit Sonderpausen deshalb, weil bei beiden Gruppen die bezahlten Pausen mit der Arbeitszeitverkürzung verrechnet werden sollen und sie damit ohne Freischichten dastehen. Das wird noch juristisch auf Tarifbezkirkebene geklärt.

Aus der 37-Stunden-Woche herausgenommen wurden die Arbeiter der Warmbetriebe im Zweischichtbetrieb, das ist dort die große Mehrzahl.

Frage: Wie sind die absehbaren Auswirkungen dieser Vereinbarung?

Antwort: Die Lohn- und Gehaltschere wird noch weiter auseinandergehen; wer 40-Stunden-Verträge hat, bekommt zu den zwei Prozent mehr Lohn für alle ab 1.4. noch eine weitere Erhöhung um 3,9 Prozent. Daß neueeingestellte Kollgen generell mit 37-Stunden-Verträgen anfangen werden, schafft eine zusätzliche Kluft zwischen "Stammarbeitern" und den neuen Kollegen. Zum Einstellungslohn kommt auch noch die Einstellungsarbeitszeit.

All das wird die gewerkschaftlichen Argumentationen für eine weitere Wochenarbeitszeitverkürzung in den Augen der Kollegen nicht glaubwürdiger machen. Das sind schwere Hypothesen für den Herbst 1986.

Die betriebliche/arbeitsorganisatorische Bedeutung ist m.E. nicht sonderlich groß. Die Bedeutung ist vielmehr politisch, ideologisch. Es ist ein Schritt vorwärts für die Unternehmer im Kampf um die Köpfe der Kollegen, ein Schritt, mit dem sie den Gedanken der Unterwerfung und Anpassung an die jeweiligen Erfordernisse der Produktion tiefer in die Belegschaft einpflanzen wollen: Angefangen bei Überstunden, Samstagsarbeit, Schichtausweitung, bis hin zum Pausendurchfahren gibt es eine regelrechte Flexibilisierungsoffensive.

Auch die wachsende Zahl von Feier- bzw. Zeitarbeitern ist ein wichtiger Punkt. Bei Daimler-Benz Untertürkheim sind es inzwischen über 700. Mit Blüms Gesetz wird das noch viel mehr genutzt werden. – (ros)



Arbeitszeitverkürzung auch im 3-Schicht-Betrieb

Üble Tricks

Zehntausende von Arbeitern im 3-Schicht-Betrieb will der Verband der Metallindustrie (VMI) die Arbeitszeitverkürzungen vorenthalten. Der Trick: Die seitherige dreißigminütige bezahlte Arbeitszeit zur Esseneinnahme pro Schicht soll mit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit verrechnet werden.

Allein in Baden-Württemberg sollen nach dem Willen des VMI 90 000 Arbeitnehmer davon betroffen sein, die nach Schätzungen im 3-Schicht-Betrieb arbeiten. Der VMI hat den Präsidenten des Landesarbeitsgerichtes Werner Oermann aufgefordert, einen Vorsitzenden für die Städ-



Bei allen Dreischichtarbeitern bei Daimler-Benz zählt die bezahlte Pause nicht als Arbeitszeit, sie sind 37-Wochenstundenarbeiter! (Bild: IGM-Nachrichten)

Frage: Wie ist die Geschäftsleitung vorgegangen, um die Belegschaft gegen die 38,5 Stunden für alle aufzubringen?

Antwort: Schon im November 84, hat die Geschäftsleitung eine Umfrage in der Belegschaft organisiert, in der "Freiwillige" für die 37-Stunden-Woche gesucht wurden. Diese Umfrage war dazu bestimmt, Fakten zu schaffen. "800 Kolleginnen und Kollegen wollen 37 Stunden, das dürfen wir nicht ausklammern!"

Darüberhinaus hat die Geschäftsleitung mit ihren Flexi-Vorstellungen in der Belegschaft keinen nennenswerten Anklang gefunden. Auch auf den Betriebsversammlungen ist das deutlich geworden. Mitte Januar hat eine gegen den Willen der IGM-Betriebsräte von der Ortsverwaltung der IGM durchgedrückte Vertrauensleuteversammlung die IGM-BR-Fraktion auf-

verträge waren vorgesehen die Arbeiter der Warmbetriebe (Schmiede, Härterei, Gießerei), alle Freiwilligen und ein Teil der Angestellten aus niedrigeren Gehaltsgruppen (auch circa 10 Prozent). Der Rest im Arbeiter- und Angestelltenbereich wäre in 38,5 eingruppiert worden.

Die Betriebsratsmehrheit hat sich von Anfang an auf die Flexibilisierungsverhandlungen eingelassen. Von den Verhandlungsführern wurde nur gefordert, 1. daß es keine zwangsläufige 37-Stundenwoche geben dürfe; 2. daß die 37-Stundenwoche für die Gießereiarbeiter nur bei vollem Lohnausgleich akzeptabel sei; 3. daß die Einrichter statt 40-Stunden- 38,5-Stundenverträge bekommen sollen.

Unser Vorschlag war von Anfang an: Verhandlungen ja, aber aus der Position der Stärke, daß der Forderung nach 38,5 für alle mit den Druckmit-

Raketenstationierung PERSHING II: STADT UNTER DRUCK

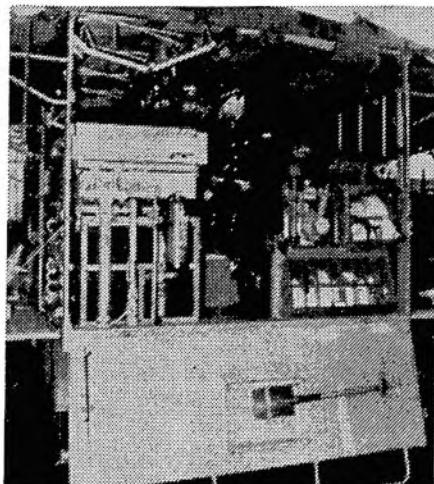
Heilbronn. Bis zum Pershing-Unfall am 11.1.85 (3 Tote und 16 zum Teil schwer Verletzte) wurde von der Stadtverwaltung und CDU nicht nur die Existenz von Pershing II auf der Waldheide gelegnet, sondern auch irgende geartete Auswirkungen und Belastungen auf städtische Einrichtungen. Am 19.7.84 hatte der Gemeinderat noch mit knapper Mehrheit gegen CDU und OB "die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" stationierten Raketen für "unerwünscht" erklärt (vgl. PB 15/84). Als jetzt eine davon "brannte" (durch explosionsartiges Verbrennen wurden Raketenteile ca. 120 Meter weit weg geschleudert), war die Heilbronner Berufsfeuerwehr mit acht Fahrzeugen und 30 Männern in kürzester Zeit auf dem Raketengelände und übernahm die Löscharbeiten. In der Gemeinderatssitzung am 25.1. wurde auf Anfrage ("falsches Heldenamt?") bekannt, daß die Feuerwehr speziell zur Bekämpfung von Raketenbränden ausgebildet ist.

Als Folge eines Pershing-Unfalls (ebenfalls mit Brand) am 24.2.81 beim Dorf Sechselberg gibt es einen entsprechenden Erlaß des baden-württembergischen Innenministeriums, in dem "die Feuerwehren auf die neue Aufgabe vorbereitet" werden. Auch ist die Heilbronner Feuerwehr schon seit längerem mit zwei teuren speziellen Strahlenschutzfahrzeugen ausgerüstet – für Unfälle mit atomaren Stoffen. Die US-Armee spart sich dadurch Kosten für Tank- und andere Löschfahrzeuge. Wer die Kosten des Feuerwehreinsatzes bezahlt, ist noch nicht bekannt. Normalerweise der Verursacher, meint ein Sprecher der Feuerwehr, und fährt fort, es gebe in der Gebührenordnung allerdings keinen entsprechenden Posten.

In der Vergangenheit wurden vor allem von den Grünen im Gemeinderat weitere Kosten kritisiert, die im Zusammenhang mit der Stationierung stehen: so der Ausbau der alten Brücke an der Jägerhaussteige (Zufahrtsstraße zur Waldheide) für 400000 DM oder der Bau eines "atomsicheren" Kommandobunkers (3,2 Mio. DM) beim Neubau der Hauptfeuerwache.

Am 25.1.85 forderte der Gemeinderat zum Teil einstimmig u.a.: – Unverzügliche Beseitigung des Raketenstandortes Heilbronn – Jährlicher Bericht über den Umfang der Hilfsdienste städtischer Einrichtungen für die Militäranlage Waldheide sowie über den dadurch entstandenen Kostenaufwand an den Gemeinderat.

Die größte Investition der Stadt Heilbronn im Bereich der Militärka-



Strahlenschutzfahrzeug der Heilbronner Feuerwehr

sernen, nämlich 25 Mio. DM für den Bau von zwei städtischen Militärheizwerken, zählen laut bürgerlichen Parteien allerdings nicht zu den Hilfsdiensten. Nach einem Erpressungsmanöver der US-Armee (entweder stinkiges amerikanisches Kohleheizwerk oder städtisches Gasheizwerk zur Beheizung der US-Kasernen) laufen diese 25 Mio. DM als "Umweltschutzaufnahme". Eine gemeinsame Veranstaltung von Alternativer Linker Liste, den Grünen und sechs weiteren Gruppen zu diesem Thema sprach sich in einer Resolution dagegen aus. Die Grünen beantragten daraufhin im Gemeinderat die Herausnahme der für das Jahr 1985 vorgesehenen 7,5 Mio. DM aus dem Haushaltsentwurf. – (jom)

DFG/VK

ANGRIFFE DER REAKTION

Elmshorn. In den letzten Wochen und Monaten ist es zu verschiedensten Angriffen auf die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) gekommen. Mit einem Schreiben vom 14. Januar 85 ließ das Bundespostministerium alle Postämter anweisen, "Poststücke mit dem Emblem der DFG/VK aus der Post auszusortieren und an den Absender zurückzuschicken". Die Dienststellen haben "auf diese Sendungen zu achten, nicht zuletzt, um zu verhindern, daß in einem anhängigen Verwaltungsstreitverfahren ungleiche Behandlung durch die Dienststellen vom Kläger als Argument verwendet werden kann". In diesem Streitverfahren klagt der Bundesvorstand der DFG/VK vor dem Düsseldorfer Verwaltungsgericht auf Zulassung ihres Symbols auf Briefumschlägen. Das Postministerium beruft sich auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Köln. Das Zeichen mit dem zerbro-

chenen Gewehr habe "für sich allein politischen Inhalt, weil es Assoziationen zur Kriegsdienstverweigerung hervorrufen kann". In ihrer Klageschrift weist die DFG/VK darauf hin, daß die Post "einer rechtsradikalen Organisation, nämlich der 'Initiative für Ausländerbegrenzung' einen Freistempel mit Grafik ebenso genehmigt habe, wie dem 'Ehrenklub Rudel' den alten Reichsadler mit eisernem Kreuz mit Eichenlaub".

Am 27.11.84 wurde der ehemalige Landesvorsitzende der DFG/VK von Hamburg und Schleswig-Holstein von einem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes angesprochen. Er fragte nach einem Artikel zum Thema "Berufsverbote" aus dem Jahre 1981. Ralf Cüppers hatte damals darauf hingewiesen, daß der Verfassungsschutz durch Verleumdung der DFG/VK Berufsverbote für deren Mitglieder vorbereite. Er sprach sich in dem Artikel dafür aus, daß die Mitglieder ungeachtet unterschiedlicher politischer Auffassungen geschlossen dagegen vorgehen müssen. Ausgrenzung von Kommunisten arbeite den Berufsverbietern in die Hände. Der jetzige Landesvorsitzende wurde ebenfalls vom Verfassungsschutz angesprochen. Bei einem DFG/VK-Mitglied in Kiel fand eine Hausdurchsuchung statt, weil er für einen Vortrag über "Kriegsvorbereitungen, die jeden von uns betreffen", Außenaufnahmen vom Munitionsdepot Meyn bei Flensburg gemacht hat. Außerdem wurden Fotos von Sprengschächten an Brücken der Kieler Ausfall- und Landstraßen und Aufnahmen über Autobahnteilstücke der A7 bei Schleswig, wo die Autobahn im Kriegsfall durch Entfernung der Mittelpfanne innerhalb kürzester Zeit in eine Landebahn für Militärflugzeuge umgewandelt werden kann, beschlagnahmt. Es zeigt sich, daß die Reaktion dort, wo sie bei ihren Kriegsvorbereitungen gestört wird, versucht, die Wahrheit zu unterdrücken. – (thb)



DFG-VK

Deutsche Friedensgesellschaft
Vereinigte Kriegsdienstgegner

Briefe mit diesem Emblem werden von der Post nicht mehr befördert.

Jugendbewegung Punk

JUGENDPOLITIK GEGEN PUNKS: ARBEITSDIENST UND LAGERHAFT

Hannover. "Fun in Hannover: Häuser besetzen— Einkaufsbummel — den Faschos zeigen, was 'ne Harke ist." Die Punks planten "phantasievolle Aktionen, die Spaß machen": Chaos-Tage am 4./5.8.84 in Hannover. Faschistische Banden, Borussenfront, ANS, Skinheads kündigten auf Flugblättern bundesweit an: "Wir werden die Punk-Schweine in Hannover weder tolerieren noch ignorieren, wir werden sie zerschlagen und verjagen."

Die Polizei durchsuchte, schikanierte und inhaftierte anreisende Punks. Die Faschisten blieben unbehindert. Gegen den faschistischen Aufmarsch führte das "Antifaschistische Aktionsbündnis", bestehend aus Landesschülerrat, Grün-Alternativer Bürgerliste, ASTA, revolutionären Sozialisten u.a., eine Kundgebung und Demonstration durch. Die Demonstration, es beteiligten sich ca. 1500 Punks, wurde von der Polizei mehrfach blutig überfallen. Sie endete am Jugendzentrum Glocksee, wo ein Musik-Konzert stattfand. Die Polizei zerstörte mit Wasserwerfern die Fenster, versuchte, Punks vom Dach zu spritzen, und warf Tränengas in die Räume. Ab 1 Uhr wurde das JZ Glocksee zum Internierungslager. Niemand durfte es verlassen, in der Nähe aufgegriffene Punks wurden dort festgesetzt. Ca. 500 Jugendliche wurden bis 8 Uhr festgehalten.

Die Grünen im Landtag kritisierten scharf die "nach chilenischem Vorbild" arbeitende Polizei. Die FDP-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat erklärte, das "Antifaschistische Aktionsbündnis" solle ehrlicherweise das "Anti" aus dem Namen streichen. Die Tass meldete "unverschämte Ausschreitungen von Neonazis" in Hannover.

Was ist Punk?

Punk ist zunächst einmal ein Musikstil. Bei der Beschreibung des Musikstils Punk wendet sich der Autor hilfesuchend an diverse Lexika. Im Jahrbuch 1979 von Meyers Enzyklopädischem Lexikon taucht das Stichwort Punk erstmalig auf: "Am Punk-Rock, jener auf Provokation erpichtem Mischnug aus musikalischer Primitivität, rüder Kraftmeierei und ausgeklügelter Geschmacklosigkeit, hat sich erneut erwiesen, daß angeblicher Protest gegen die Überdrüß produzierende Konsumgesellschaft schnell zum Vorwand wird, um die Geschäfte eben dieser Gesellschaft zu besorgen." Meyers Großes Universal Lexikon, erschienen 1984, schreibt: "Ausgangspunkt war ein hektisch-aggressiver, musikalisch recht einfacher und von

den Texten her meist zynisch resignativer Rock, der sich gegen jede Kommerzialisierung sperrte und mit dem vorwiegend halbprofessionelle jugendliche Gruppen ... auf die wachsende wirtschaftliche und soziale Krise Ende der 70er Jahre zu reagieren versuchten." Das rororo Sachlexikon Rockmusik, 1982, schreibt: "... die hart hämmernende, von jeder lyrischen Stimmung freie und unpersönlich wirkende Musik läuft in einem hektischen, durchgepeitschten Zeitmaß ab, Blues-Einflüsse zeigen sich kaum ..." Die für jeden nachvollziehbare Unprofessionalität half, Barrieren einzurei-

ten und läuft, wird zum Großteil nicht einmal theoretisch wahrgenommen."

Jugendbewegung Punk

Punk ist eine Rebellion gegen die kapitalistischen Verhältnisse, ist sozialer und politischer Kampf gegen die herrschende Klasse. Die Kritik der Punk-Bewegung ist heterogen und widersprüchlich. Sie will nicht konstruktiv sein. Sie richtet sich gegen die "Konsumgesellschaft", Arbeitslosigkeit, die Lohnarbeit, Ruhe und Ordnung, verschlachte zwischenmenschliche Beziehungen und anderes mehr.



Kundgebung des Antifaschistischen Bündnisses gegen den Aufmarsch faschistischer Banden. Die Polizei zwingt 25 Punker zu unbezahlter Arbeit.

Ben zwischen Musiker und Zuhörer: Immer mehr Konsumenten wagten sich ebenfalls auf die Bühne ..." (4; S. 226). Die Punk-Musik wurde vor allem zu Beginn massiv von Rundfunkanstalten und Plattenfirmen boykottiert und unterdrückt. Die Punks lehnen "jede andere Musik außer Reggae entschieden ab". Die Musikzeitschrift "Eiserne Lerche" bewertet den Musikstil so: "Der Funke Punk setzte die gesamte Plüscht- und Glitterwelt in Flammen." "Punk und die 'Welle' (gemeint 'Neue Deutsche Welle') waren spontaner Ausbruchsversuch auf kulturellem Gebiet aus der Monopoldiktatur der Musik-Konzerte: Eigene Plattenfirmen, eigene Plattenläden und Vertriebssysteme wurden aufgebaut." "Für Kommunisten ist die Bedeutung des subjektiven Faktors als Rückgrat und Orientierungshilfe für die Entwicklung von politischen Bewegungen bekannt. Die Verantwortung für die Entwicklung einer kulturellen Massenbewegung, die unter den Namen Beat-, Rock- oder 'Neue Welle' lief

Die Punks (in der BRD) sind jung, 14–16jährige stellen die große Masse. Bundesdeutsche Punks sind keine "Unterschichtkinder", keine "Schulversager" und kommen meist nicht aus "zerrütteten Familienverhältnissen". Die "Zeit" beschreibt es so: "Unheimlich viele Mittelklasse Kids". Arbeitslosigkeit oder kein Schulbesuch ist allerdings durchaus typisch. (6)

Der Staat begreift die Punks und andere Jugendbewegungen als politische und soziale Bewegungen. Die Enquête-Kommission "Jugendprotest im demokratischen Staat" schreibt: "Einzig war sich die Kommission darin, daß der Jugendprotest wesentlich als Reaktion auf ungelöste gesellschaftliche Probleme verstanden werden kann. Da der neue Protest Angehörige aller Generationen einbezieht, ist selbst die Bezeichnung 'Jugendprotest' fragwürdig." (1, S. 43) Und: "Jugend ohne Zukunft: Unter den protestierenden Jugendlichen sind es vor allem die Jugendlichen ohne Schulabschluß und Berufsausbildung ..." (1, S.

46) Die niedersächsische Landesregierung im August 84: "Die Landesregierung begrüßt den Hinweis der Enquête-Kommission, daß Jugendförderung stärker auf die Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen als auf deren Betreuung ausgerichtet sein sollte." (2) Also werden die Gelder für Jugendeinrichtungen gestrichen. Das stärkt die Eigenverantwortung! "In der Praxis nehmen Jugendliche gerade in Jugendgruppen und -verbänden Eigenverantwortung wahr. Das Prinzip freiwilliger Teilnahme und demokratische Verbandsstrukturen gewährleisten die Selbstbestimmung und Mitsprache Jugendlicher." (2) Freie Bahn also für Kirche, Feuerwehr, THW und Rotes Kreuz! Das gibt Festigkeit und moralischen Halt! "Die Tätigkeit von Jugendinitiativen weist ... große Unterschiede auf, so daß ihre Förderung der Einzelentscheidung der kommunalen Gebietskörperschaft überlassen bleiben muß." Kurz: "Jugendinitiativen" werden nicht gefördert.

Die Zeitschrift "hangover" beschreibt die Auswirkungen dieser Politik in Hannover: "Ganz banal anmu-

tende Tatsachen wie die Aufstockung des Jugendschutzes, jener jugendpolizeilichen Einrichtung, die professionell-sozialarbeiterisch für die Zusammenarbeit von Jugendarbeitern und Polizei zuständig ist, wurde innerhalb von drei Jahren von einer auf fünf Planstellen aufgestockt, während die Jugendarbeit in den Zentren der Offenen Tür Schritt für Schritt eingefroren wird. Wie die künftigen Modelle von Jugendarbeit sozialpädagogisch gestaltet sein werden, hat die Polizei Hannovers unter dem sensationsgeilen Applaus der hiesigen Tagespresse vorgeführt. Unter dem Titel 'Punker putzen Passarelle' wird der Bierdosen und Scherben weglegende Punk vorgeführt ...: Das ist Arbeitsdienst! ... Während Anfang der 70er Jahre auf die Rebellion der Hausbesetzungen von Jugendlichen die Stadt mit kleinen Zuckerbrot-Reformen reagierte, z.B. Unabhängige Jugendzentren wurden finanziell unterstützt (und dadurch kontrollierbar!), zahlreiche Jugendzentren der Offenen Tür konzipiert wurden, durchaus mit inhaltlichen Momenten, die der Klassenlage

der Jugendlichen aus Ballungszentren Konzessionen machen ... wird jetzt Druck gemacht."

Weiter die Landesregierung: "Unfriedliche Veranstaltungen verdienen daher die Bezeichnung 'Demonstration' nicht. Die Frage veränderter Einsatzmethoden der Polizei ist jeweils ... neu zu prüfen ... Dabei werden selbstverständlich auch Erfahrungen aus anderen Ländern und Erkenntnisse aus dem Bereich der Jugendforschung jeweils bedacht." (2) "Wir brauchen kein Stadion", erläuterte ein Polizeioffizier die Internierung im Jugendzentrum. Erfahrungen anderer Länder und Erkenntnisse der Jugendforschung werden bedacht.

Quellenhinweise: (1) Jugendprotest im demokratischen Staat (II), Schlußbericht der Enquête-Kommission des 9. Deutschen Bundestages; (2) Jugendbericht des Landes Niedersachsen, Landtagsdrucksache 10/3170; (3) Eiserne Lerche, 1-83; (4) T. Kneif, Rock in den 70ern; (5) zu diesem Absatz: C. Mahrad, Punks, in "Deutsche Jugend" 8/81; (6) "Die Zeit", 6.2.81, 15.5.81; hangover Nr. 7-(mak)

REVOLUTIONÄRE SOZIALISTEN ZUM PUNK-TREFFEN

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Der "Rote Morgen" berichtete unter der Überschrift "Es war wie im Bürgerkrieg": "Am ... 4./5. August erlebte Hannover eine der größten und härtesten Polizeiaktionen seit Jahren gegen eine antifaschistische Demonstration." "Es war offensichtlich, daß die Polizei die Absicht hatte, die sich im Jugendzentrum aufhaltenden Jugendlichen auszuräuchern und die Glocksee – eines der beiden letzten unabhängigen Jugendzentren, die es in Hannover überhaupt noch gibt – in einen Trümmerhaufen zu verwandeln." (10.8.84) Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

"Polizeischutz für Nazis" war die Überschrift, unter der die "Politischen Berichte" über das Punk-Treffen berichteten. "Bis zum Abschluß der geschlossenen Demonstration zum Jugendzentrum Glocksee, vom Aktionsbündnis vorgeschlagen und von ca. 1500 Punks unterstützt, fand die Polizei keinen größeren Vorwand einzutreten. Um diesen Erfolg abzuwerten und ähnliche Treffen für die Zukunft zu unterbinden, griff die Polizei das Jugendzentrum in den Abendstunden – wo ein Konzert stattfinden sollte – im Bürgerkriegsmäßigen Einsatz an." (PB, 11.8.84)

Kommunistischer Bund (KB)

Unter der Überschrift "Das 'gesunde Volksempfinden': vom Staat praktiziert" berichtete der "Arbeiterkampf" in einer ganzseitigen Bildre-

portage. "Eine 'Masseninternierung im JZ Glocksee' in bisher nicht gekanntem Ausmaß bildete den Höhepunkt der polizeilichen Provokationsstrategie. Ihr Ziel: Einen Denkzettel für die Punks, und ein für allemal den 'Chaostag' aus Hannover rauszuprügeln." (AK 249, 27.8.84)

Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

In einer Meldung berichtete die "Rote Fahne" unter der Überschrift "Treibjagd gegen Punker": "Schon am Samstag konnten die Skinheads unter Polizeischutz die erste Strophe des Deutschlandlieds, Heil-Hitler-Rufe und andere faschistische Parolen rufen. (Die teilweise unsinnigen Aktionen der Punks waren der gewünschte Vorwand für diese insgesamt mehr als 24ständige Treibjagd auf Jugendli-

che.)" (RF, 11.8.84)

Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) In ihrem am 4.8.84 verteilten Flugblatt schreibt die SAG: "Wieder einmal wird die Zukunft einer Generation junger Arbeiter zerstört, durch die kapitalistische Krise. Arbeitslosigkeit und Krieg – dieses Chaos hat die herrschende Klasse zu bieten. Kein Wunder, daß viele Jugendliche wütend sind. Kein Wunder, daß sie auf Chaos und Gewalt mit Chaos und Gewalt reagieren;" "Ein Teil der Jugendlichen soll auf den anderen getötzt werden."

Autonome

Die hannoverschen Zeitschrift "hangover" setzt sich kritisch mit den politischen Absichten des "Chaostages" auseinander. Es wird kritisiert, daß die Initiatoren der Chaostage sich keinerlei Gedanken über die politischen Reaktionen seitens des Staates machen. "Der gemeinsame Nenner einer Politik, die auch den Chaostag getragen hat, ist die Organisierung und Ermöglichung von fun ... 'Fun in Hannover, Häuser besetzen – Einkaufsbummel – den Faschos zeigen, was 'ne Harke ist – jede Stadt soll sich eigene Aktionen überlegen.' ... Mit einer traumhaften Leichtsinnigkeit werden hier reale Machtverhältnisse ausgeblendet." An anderer Stelle: "Was sich als 'Antifaschismus' bei vielen Punks äußert, ist – ganz vorsichtig formuliert – ein ziemlich reduziertes vorpolitisches und aufgesetztes Bewußtsein, die Ebene von Prügeleien." Die Zeitschrift setzt sich sodann mit der städtischen Jugendpolitik auseinander. (hangover, Nr. 7, Jan. '85)



"Ausländer Raus! Moskau verrecke!
Sieg Heil!" brüllen am 4.8. Faschisten unter Polizeischutz.

TARIFFORDERUNG FÜR TEXTIL

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung hat für die 425 000 Beschäftigten in der Textil- und der Bekleidungsindustrie eine Erhöhung der Löhne um sechs Prozent gefordert. Die Tarifverträge wurden zum 30.4. gekündigt. Der Gewerkschaftsvorsitzende Keller erklärte, daß ein "erheblicher Einkommensrückstand" bestehe, wegen der "seit fünf Jahren in ununterbrochener Folge eingetretenen Real-einkommensverluste". Nach der Statistik der Stundenverdienste lag der Lohn bei Textil an 36., bei Bekleidung an 40. Stelle von insgesamt 41 Industrien. — (gba)

VORSTOSS TEILWEISE ZURÜCKGEWIESEN

Essen. Am 19.2. hat die Betriebsführung von Krupp-Widia in Essen einen Teil ihrer Vorstöße zur Umsetzung des Metall-Tarifvertrages zur 38,5-Stunden-Woche zurückgenommen. In den Zwei-Schicht-Betrieben, in denen der größte Teil der Arbeiter beschäftigt ist, sollte die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit auf Zehn-Stunden-Schichten an vier wechselnden Wochentagen verteilt werden, der Samstag sollte vollständig eingeplant werden. Nach-

Hattingen. 500 Beschäftigte der Frühschicht des Werkes Hattingen von Orenstein & Koppel haben am 26.2. für eine Stunde die Arbeit niedergelegt. Der Streik richtete sich gegen die Absichten der Betriebsführung bei Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche. Die Betriebsführung will Arbeitszeiten zwischen 37 und 40 Stunden und Einführung regelmäßiger Samstagsarbeit. Der Betriebsrat verlangt 38,5 Stunden für alle und will den "erkämpften freien Samstag" nicht aufs Spiel setzen. — (wof)

dem bereits einmal der Werkzeugbetrieb die Arbeit niedergelegt hatte und am 15.2. die ganze Frühschicht streikte, nahm die Betriebsführung diese Zumutungen dem Betriebsrat gegenüber verbindlich zurück. Bestehen will sie jedoch auf der Einführung einer Conti-Schicht im Hartmetallbetrieb und flexiblen Regelungen in verschiedenen Bereichen. Für diejenigen, die weniger als 38,5 Stunden pro Woche arbeiten, soll dabei ein voller Lohnausgleich auf unbegrenzte Zeit gezahlt werden. Der Betriebsrat hatte ursprünglich 38,5 Stunden für alle gleich gefordert. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. — (wof)



GROSSHANDEL: TARIFFORDERUNGEN

München. Die Tarifkommission der Gewerkschaft HBV für den Großhandel in Bayern fordert: Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 6,5%, 35-Std.-Woche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich; vorab Strukturverbesserungen in den Gehaltsgruppen III und in den Lohngruppen; 50 DM mehr Ausbildungsvergütung; Begrenzung und Verteuerung der Mehrarbeit. — Für die Beschäftigten des Groß- und Außenhandels hat die DAG gefordert: "Wochenarbeitszeitverkürzung in Richtung 35-Std.-Woche, Sicherung der Reallohnneinkommen durch angemessene Erhöhung". — (gba)

BOSCH: MEHR SCHICHTARBEIT

Stuttgart. Die Vereinbarung zur Arbeitszeitverkürzung im Standort Feuerbach ist zwischen Betriebsrat und Bosch-Geschäftsführung ausgehandelt. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit erreicht Bosch auf verschiedene Art: Allen 57-jährigen und Älteren wird angeboten, pro Woche 37 Stunden zu arbeiten. Dafür sollen alle Führungskräfte bis zum Meister und Angestellte in Entwicklung und Vertrieb weiterhin mindestens 40 Stunden wöchentlich arbeiten. Vereinbart ist weiter für den Angestelltenbereich, daß an kapitalintensiven Anlagen (CAD-Maschinen, EDV) der Zweischichtbetrieb von 6 Uhr bis 22 Uhr eingeführt wird. Im Arbeiterbereich wird die Dauernachtsschicht ausgeweitet. Die Arbeiter arbeiten in

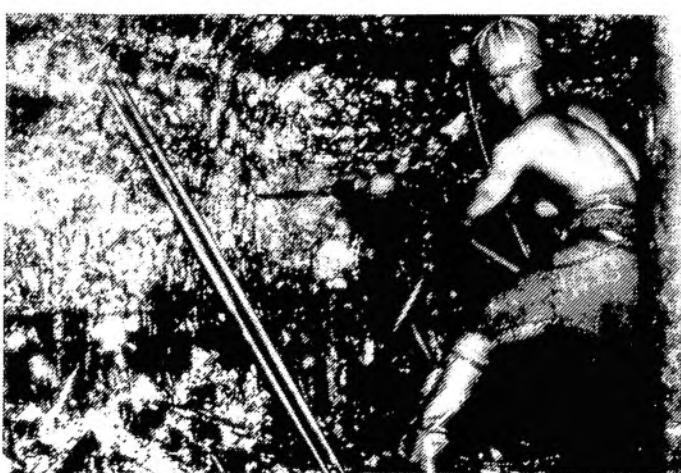
diesem Fall von 23 Uhr bis 6 Uhr, bekommen auch nur sieben Stunden bezahlt und laufen als Teilzeitbeschäftigte. Damit entfällt bei ihnen zum Beispiel der Überstundenzuschlag, wenn sie eine Stunde länger arbeiten. — (ros)

EINZELHANDEL: TEURE 38,5 STUNDEN

Karlsruhe. Die Vorstände der Einzelhandelskapitalisten und der Gewerkschaft HBV sind am 25./26.2. über eingekommen, daß auf den regionalen Manteltarifverhandlungen über eine Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden je Woche verhandelt wird. Wie und in welcher Form die Verkürzung aussieht, soll im Manteltarif und durch die Betriebsräte geregelt werden. Unbekannt sind Laufzeitregelungen und Streichungen von HBV-Forderungen. In Baden-Württemberg wird jetzt schon ein Abstrich von der 6%-Lohn- und Gehaltsforderung um 2,5% bis 2,8% gehandelt. — (rub)

LEDER: ERGEBNIS DER SCHLICHTUNG

Die Schuhkapitalisten und die Gewerkschaft Leder haben einem Schlichtungsspruch über eine Arbeitszeitverkürzung zugestimmt. Ab 1986 erhalten alle Beschäftigten im Alter ab 58 im Jahr drei Tage zusätzliche Freizeit. Zwei freie Tage bekommen alle, die zehn Jahre im Betrieb sind. Einen freien Tag erhalten ab 1987 alle. Die Kapitalisten hatten eine Arbeitszeit zwischen 49 und 31 Stunden in der Woche durchsetzen wollen. — (gba)



In den Goldgruben von East Driefontein bei Johannesburg, Südafrika, streiken 25000 Bergarbeiter für bessere Arbeitsbedingungen. Die Kapitalisten haben 12000 bisher entlassen. Sie setzten die Polizei ein. Die Polizisten schossen in die Menge und verletzten 100 demonstrierende Arbeiter. Die unabhängigen schwarzen Gewerkschaften haben in der letzten Zeit die Organisierung der Bergarbeiter vorangebracht. Die Bergarbeitergewerkschaft NUM z.B. hat bisher 10000 Arbeiter organisiert. Die NUM beteiligte sich an den Proteststreiks im November. Das Regime hat deswegen den NUM-Vorsitzenden wegen Verstoß gegen das Terrorgesetz angeklagt. — (gba)

Bayerische Metallindustrie

KONZERNE ERZWINGEN ERSTE FLEXISCHICHTEN AM SAMSTAG

Der bayerische Tarifvertrag eröffnet zusätzliche Flexibilisierungsmöglichkeiten: möglich sind die Anordnung des Samstags als normaler Arbeitstag und die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auch auf vier oder sechs Arbeitstage. Bei den laufenden betrieblichen Verhandlungen um die Neuordnung der Arbeitszeit nutzen die Konzerne das auf verschiedene Weise aus.

Samstagsarbeit "wann notwendig" durchgesetzt

Bei SKF (Wälzlagere) in Schweinfurt und Böwe (Reinigungsmaschinen) in Augsburg wurde an die Betriebsräte das Zugeständnis gemacht "38,5 Std. für jeden" (Böwe, SKF) und "vorgezogenes Arbeitsende am Freitag" (SKF). Dafür wurde bei Böwe exakt festgelegt, an welchen CNC-Maschinen in dringenden Fällen Samstagsarbeit angeordnet werden kann. Bei SKF können künftig neun Flexi-Schichten am Samstag als normaler Arbeitstag festgelegt werden (ohne Überstundenzuschläge). Bei der Festlegung der Samstage hat der Betriebsrat keine Mitbestimmungsrechte, für einen Teil der Samstage sollen dann irgendwann Freischichten genommen werden. Bei Böwe und bei SKF haben Betriebsrat und IGM-Ortsverwaltung bereits zugestimmt.

Generelle Samstagsarbeit vorläufig abgewehrt

Bei zwei der größten Maschinenbaukonzerne in Bayern, bei MAN-Roland (Druckmaschinenbau) in Augsburg und bei FAG Kugelfischer (Wälzlagere) wollten die Geschäftsleitungen ein als "BMW-Modell" bekanntgewordenes brutales Schichtsystem einführen. Den Konzernen hätte das eine stark gesteigerte Anlagenutzung eingebracht, den Arbeitern ein System mit vier überlangen Arbeitstagen (FAG 9,625 Std./Arbeitstag) je Woche, die sich auf den Samstag (bis um 2.30 Uhr früh am Sonntag) erstrecken und durch abrupte, unregelmäßige Freischichten unterbrochen werden.

Bei MAN-Roland wurde von den Schichtarbeitern ein erfolgreicher Überstundenboykott für Samstag, den 2. März durchgeführt. Daraufhin zog die Geschäftsleitung die Pläne für Samstagsarbeit generell zurück. Bei FAG hat der IGM-Vertrauenskörper öffentlich die Belegschaft zur Abwehr der Samstagsarbeit aufgerufen. Auch hier wurden die Pläne mit Samstagsarbeit erstmal zurückgezogen. Bei AEG Kanis in Nürnberg kam es zu einem Warnstreik gegen Samstagsarbeit und Flexibilisierung.

Entweder "aufgeschlossen" zu Mehrarbeit und "Saisonarbeit" oder Samstagsarbeit ...

Bei Fichtel&Sachs (KFZ-Zulieferer) in Schweinfurt hat der Vorstand eine Betriebsvereinbarung vorgelegt, die vorsieht: 38,5 Std. für jeden, Arbeitszeitverkürzung durch zwei freie Tage/Quartal, Verzicht auf "Variierung oder Flexibilisierung der Arbeitszeiten einzelner Mitarbeiter oder Mitarbeitergruppen einschließlich der Einführung von Schichtmodellen unter Einbeziehung des Samstags in die normale Arbeitszeit". "Dies ist jedoch betrieblich nur vertretbar, weil der Betriebsrat grundsätzlich bereit ist, im Rahmen der ihm gegebenen Rechte und Pflichten aufgeschlossen Überstunden zu genehmigen, soweit diese betrieblich unbedingt erforderlich sind". Außer dieser Generalgenehmigung für Überstunden soll der Betriebsrat einer flexiblen Festlegung der freien Tage in Richtung Saisonarbeit oder Jahresarbeitszeit zustimmen:

"... in Bereichen mit unterschiedlicher Auslastung während des Verlaufs einer Woche, eines Monats oder eines Quartals soll die Inanspruchnahme dieser beiden freien Tage weitgehend unter Berücksichtigung dieser Situation in betrieblich günstigen Zeiten erfolgen.

... In einzelnen Bereichen bzw. für einzelne Arbeits-

plätze kann es aus dringenden betrieblichen Gründen erforderlich sein, die Inanspruchnahme von Zeitguthaben über den vorgesehenen allgemeingeltenden Rahmen hinaus zu verschieben bzw. eine kollektive Inanspruchnahme zu betrieblich günstigeren Zeiten vorzunehmen. Dies gilt insbesondere für Bereiche/ Abteilungen/ Kostenstellen mit starken saisonalen Schwankungen. Für die hier tätigen Mitarbeiter wird angestrebt, den Zeitausgleich in saisonal rückläufigen Zeiten abzuwickeln.

... können plötzlich eintretende Gründe in Einzelbereichen oder für das gesamte Unternehmen eine sofortige Abwicklung der bis dahin aufgelaufenen Zeitguthaben einschließlich des zu erwartenden Guthabens für das laufende Quartal erforderlich machen. Bei Eintritt ganz besonderer Verhältnisse kann auch ein Vorgriff auf das zu erwartende Guthaben des folgenden Quartals erfolgen."

Schlichtungsstelle Nordbayern: Differenzierte Arbeitszeiten bei Mannesmann-Demag

Gegen die Stimme des IGM-Beisitzers hat die Schlichtungsstelle für Nordbayern für die Zweigniederlassung Schwaig der Mannesmann-Demag AG eine Betriebsvereinbarung beschlossen, die von Gesamtmetall als "Modellvereinbarung mit bisher weitestgehender Flexibilisierung" propagiert wird. Danach sollen 37% der Belegschaft künftig 37 Stunden arbeiten, 27% 38,5 Stunden und 36% 40 Stunden. Die Arbeitszeitverkürzung soll täglich erfolgen. Als Prinzip soll gelten "... ausschlaggebend sei, daß die Meister und andere qualifizierte Betriebsangehörige auch verfügbar seien. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, dürfe es keine Einschränkung bei der Gesamtarbeitszeit des Betriebs geben." Entsprechend soll in der "hochmechanisierten Fertigung" eine dritte Schicht eingeführt werden.

Schriftliche Anfrage des Abg. Franzke (SPD) im Bayerischen Landtag über Tendenzen zur generellen Einführung von Samstagsarbeit

Der Vorsitzende des Vorstands der BMW AG erklärte Ende Juli in einem Interview der Süddeutschen Zeitung, daß im neuen Werk in Regensburg auch samstags gearbeitet werden soll ...

4. Nachdem bisher Tätigkeiten produktionsbedingt an Samstagen ausgeführt werden mußten. Welche Auswirkungen hätten dann eine Produktion am Samstag auf Arbeiten, die dann sonntags verrichtet werden müßten?

5. Sind der Staatsregierung weitere Fälle bekannt, in denen Firmen planen, ihre Produktion auch an Wochenenden durchfahren zu lassen?

6. Welche sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen hätte eine generelle Samstagsarbeit in Produktionsbetrieben auf die betroffenen Arbeitnehmer und ihre Familien?

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft

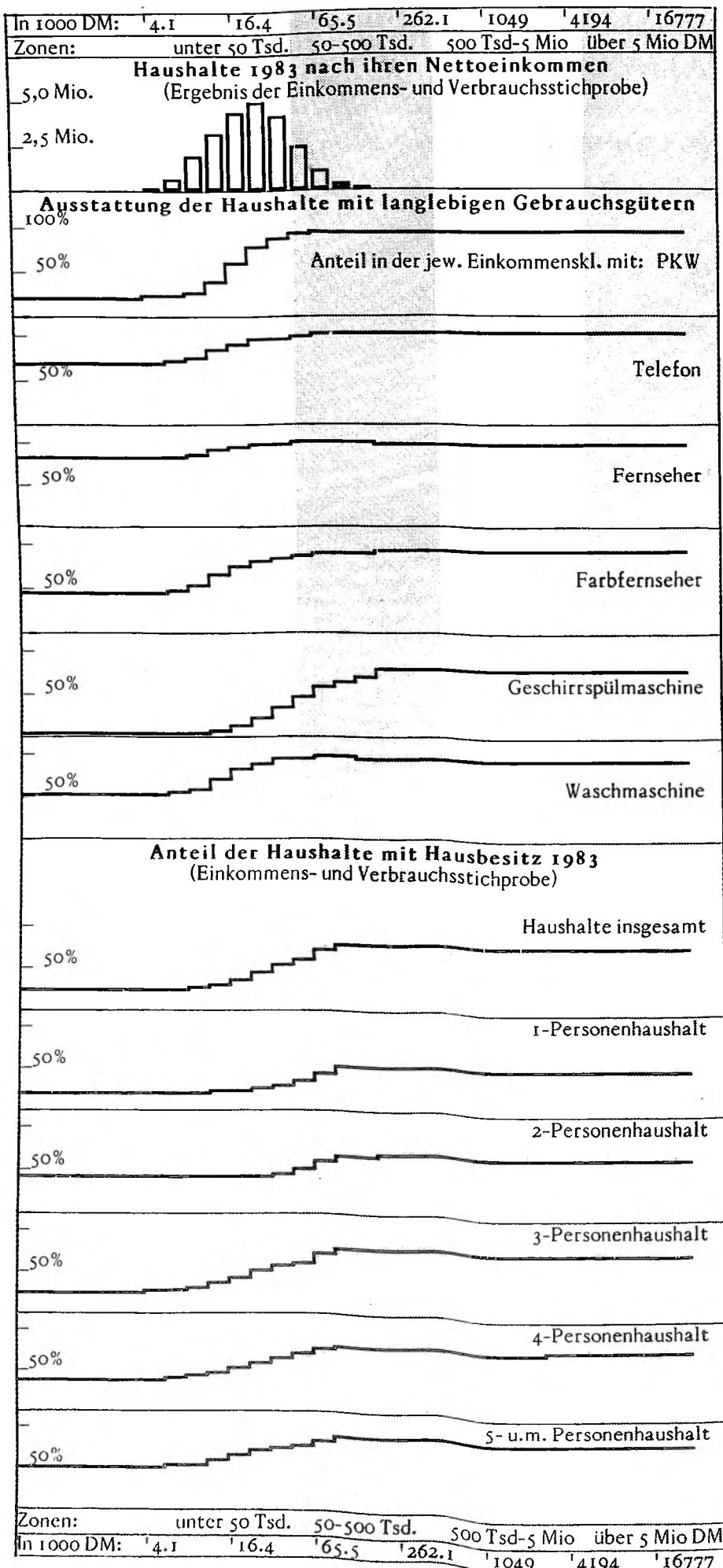
Zu 5.: Der Staatsregierung sind Absichten verschiedener Unternehmen bekannt ... Produktionen auch an Wochenenden durchfahren zu lassen.

Dabei ist festzustellen, daß die Einführung von Samstagsarbeit nach der geltenden Rechtslage, aber auch nach dem derzeit noch im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes nicht der staatlichen Genehmigung bedarf.

Ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung der Sonntagsarbeit vorliegen, wird von den zuständigen Genehmigungsbehörden jeweils im Einzelfall ... sorgfältig geprüft.

Zu 6.: ... sollte auch gesehen werden, daß schon jetzt eine erhebliche Anzahl von Arbeitnehmern z.B. im Einzelhandel an Samstagen arbeitet und daß im Rahmen einer flexibleren Arbeitszeitregelung auch durchaus attraktive Möglichkeiten für einen Ausgleich denkbar sind ... Arbeit am Samstag kann z.B. auch den Vorteil haben, daß durch arbeitsfreie Ausgleichstage unter der Woche im Verkehr Stoßzeiten entzerrt und etwaige Besorgungen erleichtert werden ...

Quellenhinweis: Nachrichtenhefte Metall des BWK-(kls)



Der Konsum von Lebensmitteln gehört zur Reproduktion von Personen. Ein Teil dieser Lebensmittel verlangt die Ausgabe verhältnismäßig hoher Summen, ihre Beschaffung fällt aber bloß in größeren Abständen an. Bei einem Haus beträgt die Lebensdauer in der Regel sogar mehr als eine Generation, was zur häufigen Verwechslung eines solchen langlebigen Gebrauchsgutes mit tatsächlichem Vermögen beitragen mag. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes liefert Auskünfte über den Zusammenhang von Einkommenshöhe und dem Umfang solcher langlebigen Sachmittel, die den Reproduktionseinheiten Haushalte zur Verfügung stehen.

Sieht man von dem Genuss ab, der mit dem Konsum auch mehr oder minder verbunden sein mag, so sind die Ausgaben für PKW, Waschmaschine, Wohnung unter betriebswirtschaftlichem Gesichtspunkt Kosten, die aus den Einnahmen gedeckt werden müssen. Die Schaubilder links oben zeigen:

a) eine erste Zone, in der der Ausstattungsgrad mit langlebigen Gebrauchsgütern verhältnismäßig niedrig ist und mit zunehmendem Einkommen rasch steigt. Die Einkommen unter etwa 50000 DM jährlich reichen offensichtlich nicht für eine vollständige Reproduktion.

b) eine zweite Zone, in der der Ausstattungsgrad für die meisten Gebrauchsgegenstände eine Sättigung erreicht hat, allerdings bei solchen Dingen wie Geschirrspülmaschine oder eigene Wohnung noch weiter steigt. Das Einkommen erlaubt im großen und ganzen die Deckung der Kosten für die zur Reproduktion nötigen langlebigen Gebrauchsgegenstände, allerdings nicht immer und nicht rasch die Bildung sehr großer Geldrücklagen.

c) eine dritte Zone, in der die Bildung großer Geldreserven, wie sie für den Kauf eines Hauses oder einer Wohnung nötig sind, üblich wird. Hier kann sogar ein gewisser Rückgang im Ausstattungsgrad von solchen Gebrauchsgegenständen stattfinden, die dann als Dienstleistungen normalerweise beschafft werden: Man hat keine Waschmaschine mehr, sondern gibt zum Waschen. Die Untergrenze dieser Zone mit etwa 120000 DM Jahreseinkommen deckt sich im übrigen mit dem Einkommen, ab dem wir in der vorigen Ausgabe ein sprunghaftes Ansteigen von Nebeneinkünften feststellen konnten. Die Reproduktionsbedürfnisse sind hier vollständig gedeckt, vom Einkommen bleiben Überschüsse, die zu Vermögen und damit zur (Neben-)Einkommensquelle werden können.

*

Der Anteil der Haushalte, der in einer eigenen Wohnung oder einem eigenen Haus wohnt, wächst nicht bloß

Einkommen

(V) KONSUM VON LANGLEBIGEN GEBRAUCHSGÜTERN, EINKOMMENSHÖHE UND VERMÖGEN

mit steigendem Einkommen, sondern ist auch stark abhängig von der Haushaltsgröße (s. Schaubilder links unten). Bei Vier-Personenhaushalten besitzt bereits bei relativ niedrigen Einkommen mehr als die Hälfte eine eigene Wohnung. Die Reproduktion in der Generationenfolge hat zur Voraussetzung eine große Wohnung. Dieser Bedarf kann anscheinend in erheblichem Umfang kostengünstiger (oder wenigstens nicht erheblich ungünstiger) durch den Erwerb von Wohneigentum als durch Anmietung gedeckt werden.

Nicht nur wer viel hat, hat ein Haus. Umgekehrt kann man sagen, wer ein Haus hat, hat viel davon. Das Einkommen mag vielleicht niedrig sein und unter dem liegen, was sonst für eine vollständige Reproduktion nötig wäre, aber die Kosten sind durch das geerbte oder wie immer zusammengekommene eigene Haus ebenfalls niedrig, und das "Lebensniveau" kann so dem eigentlich erst bei einem höheren Einkommen üblichen entsprechen.

*

Die Änderung in der Ausstattung der Haushalte von 1983 gegenüber 1978 (s. Schaubilder rechts) legt den Eindruck nahe, die "Lebensqualität" o.ä. habe sich gerade bei den ärmeren Haushalten verbessert: Auch die arme Rentnerin hat inzwischen ein Telefon, mit dem sie mit Leuten in Verbindung bleiben kann, auch bei den Ärmsten haben noch einmal ein paar Prozent mehr ein eigenes Auto, mit dem sie vielleicht nicht in Urlaub, aber wenigstens am Wochenende ins Grüne fahren können.

Nun mag das ja so sein. Betrachtet man aber den Zusammenhang von Einkommen und Reproduktion, hier besonders von langlebigen Gebrauchsgütern, so ist festzustellen, daß die Kosten für die Reproduktion in der unteren Einkommenszone gestiegen sind. Mehr Haushalte mit niedrigsten Einkommen benötigen ein Auto, weil der Arbeitsmarkt eine höhere Mobilität verlangt, ein Telefon, weil die verschiedenen Generationen über die ganze BRD verstreut leben müssen usw.

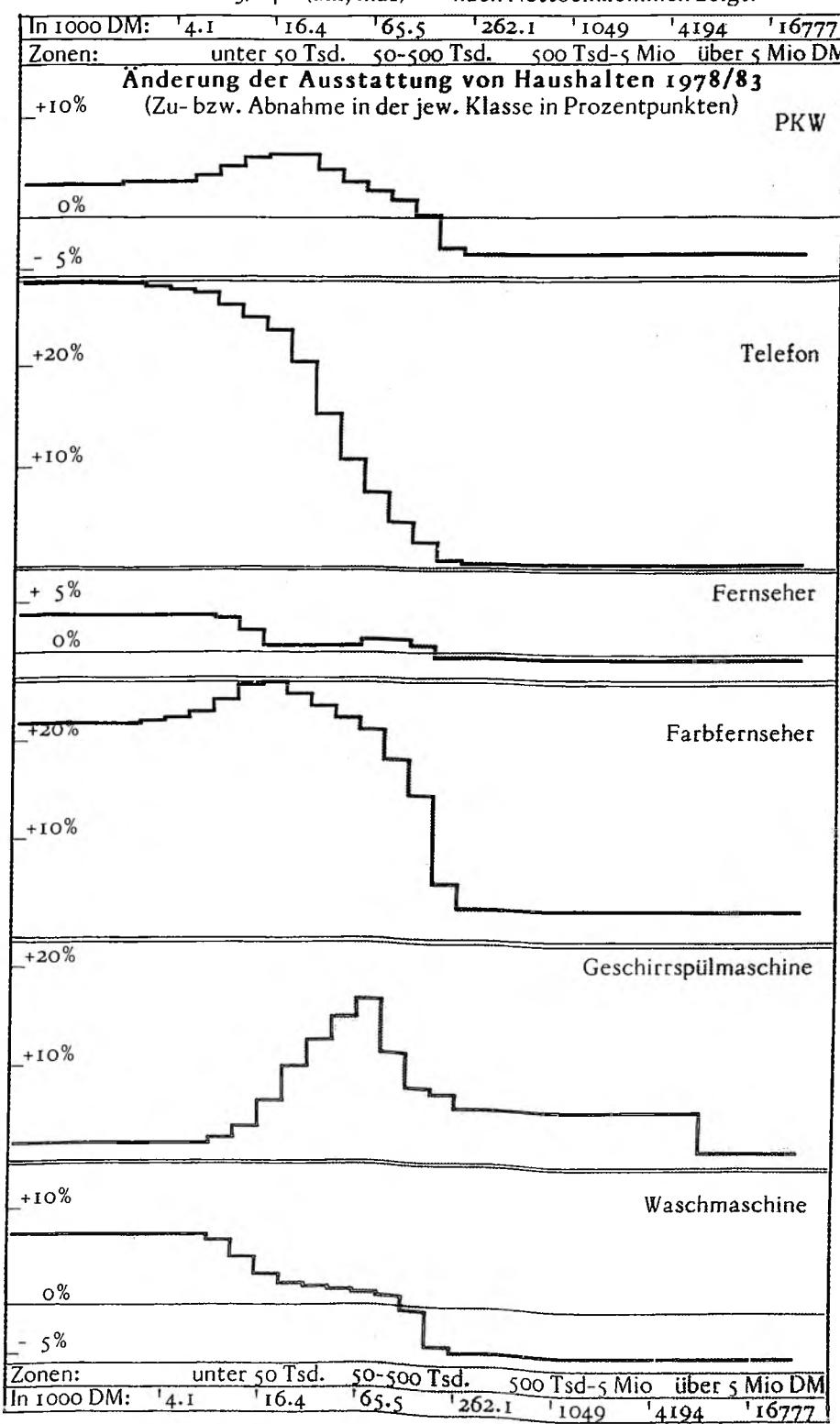
Die Änderungen in der Ausstattung mit PKWs, Farbfernseher und Geschirrspülmaschine weisen ein deutliche Differenzierung auf. Die Ausstattung mit diesen Gegenständen erfolgte in besonderem Maße in den Haushalten von besserverdienenden Arbeitern (Nettoeinkommen ab etwa 30-35000 DM) bis hin zu den gut verdienenden Teilen der lohnabhängigen Mittelklassen (Nettoeinkommen um die 60000 DM). Die Angleichung der

Ausstattung dieser Gesellschaftsschichten an den Ausstattungsgrad der Reichen mag einiges zur Ideologiebildung vom Wohlstand, der nun gesichert werden müsse, beigetragen haben.

Quellenhinweis: Statistisches Jahrbuch der BRD, 1979 und 1984; Wirtschaft und Statistik 5/84- (alk, maf)

*

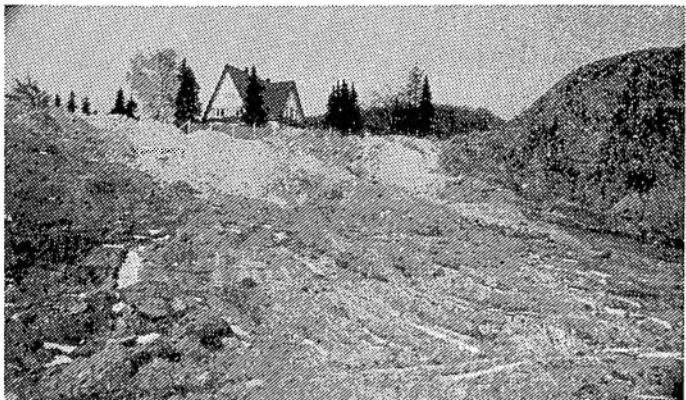
Anmerkung: Die bisher aus der Einkommensteuerstatistik verwendeten Einkünfte sind nicht identisch mit den Nettoeinkommen, ein Vergleich ist aber möglich, wie die Ähnlichkeit der Verteilung der Steuerpflichtigen nach Einkünften mit der der Haushalte nach Nettoeinkommen zeigt.



otoreportage**STADTAUTOBAHNBAU
IN BIELEFELD**

Beim Fotografieren der Autobahnbaustelle habe ich einen wiespältigen Eindruck. Das riesenbauwerk beeindruckt. Ebenso der Einsatz der Baumaschinen gegen einen Riesensteinkberg: Ich empfinde Hochachtung vor der Fähigkeit des Menschen, die Natur zu beherrschen.

Auf der anderen Seite: intakte Natur- und Wohngebiete werden zerstört. Die Stadtautobahn erfüllt vor allem Zubringerdienste für die Großkonzerne wie Oetker, Thyssen, ASTA-Chemie, für den Verkehrsfluß nötig ist sie nicht. Ich bin gegen das Projekt. – (küm)



In unmittelbarer Nähe der Häuser wird die Autobahn gebaut.



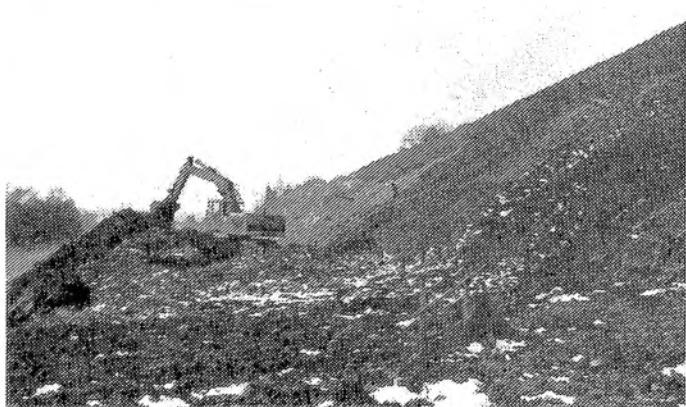
Autobahnbaustelle zwischen Bielefeld-Brackwede und Quelle



Bis zum vorderen Bildrand erstreckte sich noch vor zwei Monaten dieser Hang des Teutoburger Waldes.



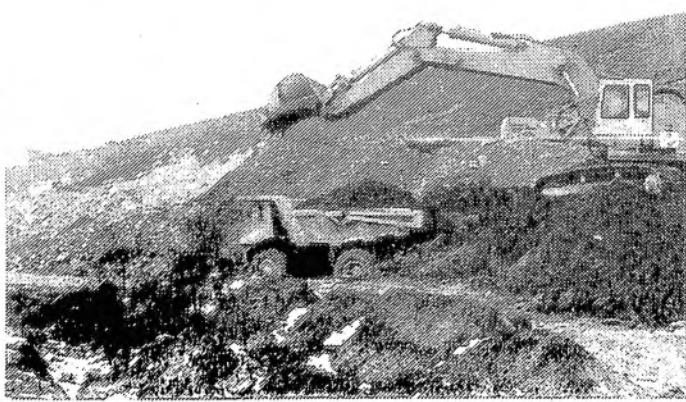
Hier gab es noch vor zwei Jahren Landwirtschaft.



Nur mit Großmaschinen ist der Boden zu bearbeiten.



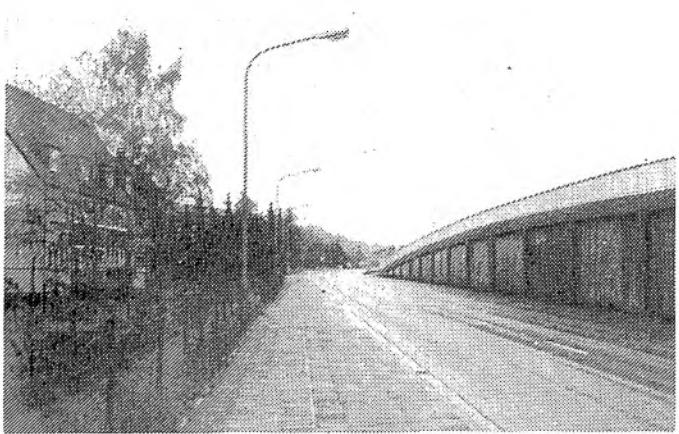
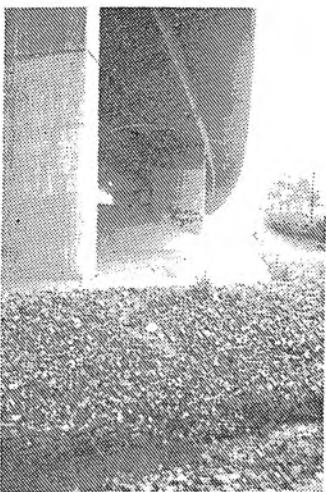
In natürliches Feuchtgebiet am Stadtrand nahe der Wohnbebauung wird zerstört. Die Stadtbewohner und Landwirte fordern bereits 1977: Keine Stadtautobahn!



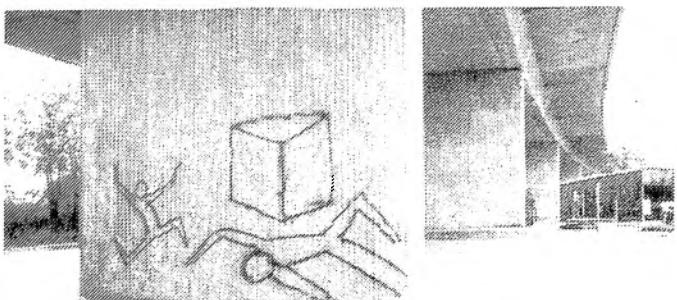
Der Boden besteht aus Kalksandstein, wird mit Baggern abgetragen und von Lastwagen abtransportiert. Auch bei Schnee und Eis prüfen Arbeiter mit Stangen den Boden.



Der Arbeiter findet die Arbeit nicht anstrengend: Wir haben ja große Maschinen!



Schöne Aussicht, vorm Wohnzimmerfenster Autobahnbeton



Die Autobahngegner nutzen das monumentale Bauwerk als Riesenpropagandafläche. Eindrucksvoll prangen solche Kunstwerke an allen Brücken und Bauzäunen.

Hans-Heinrich Jescheck

STRAFRECHTSPAPST FEIERT SEINEN 70. GEBURTSTAG

Mitte Januar wurde der 70. Geburtstag des Strafrechtsprofessors Hans-Heinrich Jescheck an der Freiburger Universität begangen. Jescheck war 1956 Mitglied der Großen Strafrechtsreformkommission, 1965/66 Rektor der Universität Freiburg, außerdem viele Jahre Direktor des Max-Planck-Instituts in Freiburg. Während seines Studiums in den 30er Jahren war Jescheck führendes Mitglied des NS-Studentenbundes in Freiburg. In seiner 1939 veröffentlichten Doktorarbeit zum Thema "Juristenausbildung in Deutschland" bejubelte er das "nationalsozialistische Ideal des deutschen Juristen".

Jeschecks Hauptaugenmerk in den 50er und 60er Jahren galt der Entwicklung und Etablierung der sogenannten "Schuldtheorie" im Strafrecht und damit zusammenhängend der Untersuchung von Wesen und Funktion des Strafrechts. Er kritisierte die überholten Vorstellungen Kants und Hegels, deren Grundlagen "in der Anerkennung des Staates als Wahrer irdischer Gerechtigkeit und Inbegriff der sittlichen Idee" seien. Kants Folgerung aus seiner idealistischen Betrachtungsweise des Staates war, dem Strafrecht die ausschließliche Funktion der Vergeltung zukommen zu lassen, eine Auffassung, die von Hegel weiterentwickelt wurde zur Negation des Willens des Verbrechers durch den Willen der Gesellschaft. Diese Lehren fanden Eingang in den zu Beginn dieses Jahrhunderts vorherrschenden Rechtspositivismus. Jescheck gehörte zu denjenigen, die nach dem Zweiten Weltkrieg diese Rechtstheorien kritisierten, da sie vom Bürger im Wesentlichen lediglich die passive Hinnahme der staatlichen gesetzten Normen und der Ordnungsfunktion des Staates verlangten. Darauf forderte er 1956 "die Bindung des neuen Gesetzes an Werte", nämlich die "Werte" der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Dieses "Wertsystem" ist ausdrücklich auf seine positive Anerkennung durch "die Bürger" und deren aktive Beteiligung an der fdGo angelegt und war und ist für die westdeutsche Bourgeoisie das politische Fundament, große Teile auch der arbeitenden Klassen ideologisch an das herrschende imperialistische System zu fesseln. Die Bindung an das "Wertesystem" der fdGo hat für das Strafrecht zur Folge, daß Sinn und Wesen der Strafe nicht mehr in der Vergeltung für begangenes Unrecht bestehen. Das von Jescheck mitentwickelte "Schuldprinzip" rechtfertigt die Strafe vielmehr aus dem "sozial-ethischen Vorwurf", sich durch die Tat außerhalb der durch gesellschaftlichen Konsens gefestigten Regeln gestellt zu haben. Jeschecks auf dieser Grundlage seit den 50er Jahren erhobene Forderungen lauten: Ausbau der Bewährung bei der Freiheitsstrafe; Abschaffung der Zuchthausstrafe; Ausbau des Systems der Maßregeln. Was "fortschrittlich" daherkommen scheint, ist Ausdruck gerade des reaktionären Kerns des Grundgesetzes. Kein Krimineller oder Verbrecher, so Jescheck, sei zunächst für die Gesellschaft "verloren". Es müsse versucht werden, diese Menschen wieder in die Gesellschaft einzugliedern und zur positiven Anerkennung der bestehenden Ordnung zu bringen.

Unter den 1981 angezeigten Straftaten machen einfacher und schwerer Diebstahl mit 64% den größten Anteil aus, ein deutliches Indiz dafür, daß die materiellen Verhältnisse immer mehr Menschen zwingen zu stehlen und daß die Respektierung des Eigentums immer brüchiger wird. Auf die vor diesem Hintergrund besonders deutlich hervortretende systemerhaltende Rolle der "Resozialisierung" weist Jescheck in einem Colloquium 1979 ausdrücklich hin. In seinem Vortrag "Die Krise der Kriminalpolitik" umreißt er die gesellschaftlichen Probleme wie Verarmung und Arbeitslosigkeit, die zu einer Zunahme der Kriminalität, vor allem unter der Jugend, führen und folgert: "Strafrechtpflege ist heute nur noch als soziale Aufgabe mög-

lich." Allerdings habe die "Resozialisierung" ihre Grenzen. So heißt es in Jeschecks Lehrbuch: "Es gibt aber auch eine Kriminalität, bei deren Trägern die Fähigkeit zur Selbstbindung an Regeln und Werte aufgrund von ererbten kriminellen Anlagen, körperlichen und seelischen Defekten oder schweren Sozialisationsmängeln weitgehend fehlt." Nicht nur, daß diese Passage vor Rassismus strotzt; Jescheck legt auch gleich fest, was mit denen zu passieren hat, bei denen "der Einfluß der Strafe bis zur Wirkungslosigkeit abgeschwächt ist": ab in die Sicherungsverwahrung!

Jescheck gehörte 1977 zu den Gutachtern, die der lebenslangen Freiheitsstrafe ihre verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit bescheinigten. Darüber hinaus äußerte er sich mehrfach gutachterlich für Verschärfungen des politischen Strafrechts. Weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Rechtsvergleichung.

Quellenhinweis: Jescheck: Juristenausbildung in Deutschland, 1939; ders.: Lehrbuch des Strafrechts, Allgemeiner Teil, 3. Aufl. 1978; ders.: Strafrecht im Dienste der Gemeinschaft, ausgewählte Beiträge von 1956–1980.—(Mak)

Katholische Soziallehre

THEORETISCHE RECHTFERTIGUNG DER FASCHISTISCHEN STÄNDEORDNUNG

Eifrig genährt wurde und wird von christdemokratischer Seite die Auffassung, beim Fraternisieren des hohen Klerus mit dem deutschen Faschismus habe es sich allenfalls um eine "kurze Epoche des Schwankens" gehandelt, "die nur einige Monate dauerte". Spätestens ab 1935 soll es dann zum erbitterten Kampf gegen den Nationalsozialismus gekommen sein. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache: Die deutschen Bischöfe wünschten sich— wie ihre Stellungnahmen dokumentieren— nichts sehnlicher, als das faschistische System mit religiösem Öl salben zu können, und auch die Hitler-Faschisten zeigten sich durchaus nicht uninteressiert an einer religiösen Weihe ihrer Herrschaft.

Die Allianz des katholischen Klerus mit dem Faschismus

Entscheidendes Dokument nach der Machtübernahme ist der von deutschen Bischöfen, Erzbischöfen und Kardinälen unterzeichnete Hirtenbrief vom 08.06.1933. Um dem Hitlerregime ihre Huldigung darzubringen, versammelten sich zum ersten Male seit 85 Jahren alle deutschen Bischöfe zu einer gemeinsamen Konferenz. In der dort verabschiedeten Erklärung heißt es: "Zu unserer großen Freude haben die führenden Männer des neuen Staates ausdrücklich erklärt, daß sie sich selbst und ihr Werk auf den Boden des Christentums stellen. Es ist das ein öffentliches, feierliches Bekenntnis, das den herzlichen Dank aller Katholiken verdient. Nicht mehr soll also Unglaube und die von ihm entfesselte Unsittlichkeit das Mark des deutschen Volkes vergiften, nicht mehr der mörderische Bolschewismus mit seinem satanischen Gotteshaß die deutsche Volksseele bedrohen und verwüsten."

Mit Beginn des faschistischen Raubkrieges nahm der Dienstleifer des hohen Klerus sogar zu. So hieß es in der ersten Kriegsausgabe der "Bayerischen Kirchenzeitung" (15.09.1939): "Unsere Väter und Söhne stehen an der Front, und wir wissen, daß sie ihre Pflicht bis zum letzten erfüllen, im Geist der Kameradschaft und der Bereitschaft zur Selbstaufopferung." Nach dem Sieg über Frankreich verkündete das "Katholische Kirchenblatt der Erzdiözese Paderborn": "Millionen deutscher Soldaten, die heute aus den besetzten Ländern friedlich fröhliche Karten und Briefe an ihre Angehörigen nach Hause schreiben, sind voll der Freude und des Dankes gegen Gott. Er hat uns den Sieg verliehen, und es ist kein Zweifel, daß auch der endliche Ausgang des Krieges sich zu unseren Gunsten gestalten und ein

neues Europa begründen wird." Und bereits vier Tage nach dem Überfall auf die Sowjetunion schreiben wieder alle deutschen Bischöfe und Erzbischöfe an ihre Gläubigen: "Geliebte Diözesanen! In schwerster Stunde des Vaterlandes, das auf weiten Fronten einen Krieg von nie bekannten Ausmaßen zu führen hat, mahnen wir euch zu treuer Pflichtenerfüllung, tapferem Ausharren, opferwilligem Arbeiten und Kämpfen im Dienste unseres Volkes ... Bei der Erfüllung der schwersten Pflichten dieser Zeit, bei den harten Heimsuchungen, die im Gefolge des Krieges über euch kommen, möge die trostvolle Gewißheit euch stärken, daß ihr damit nicht bloß dem Vaterlande dient, sondern zugleich dem heiligen Willen Gottes folgt, der alles Geschehen ... in seiner weisen Vorsehung lenkt." Wenn man auf das Bestehen von Konzentrationslagern zu sprechen kam, wie z.B. in der Denkschrift aller deutschen Bischöfe an Hitler vom 20.08.1935, so wurde nicht gegen die systematische Vernichtung von Antifaschisten protestiert, sondern lediglich um die Aufhebung "des grausamen, eines Kulturstates unwürdigen Beichtverbotes" gebeten!

Erst angesichts dieser Haltung der führenden Kleriker kann man den Widerstandskampf der katholischen Arbeiter, Intellektuellen und Geistlichen richtig würdigen. Sie taten dies entgegen den Weisungen der Bischöfe und konnten von ihnen weder materielle noch moralische Unterstützung erwarten.

Welche Grundlage hatte diese politische Allianz zwischen Kirche und Faschismus? Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen beider Ideologie und Theorie? Anhaltspunkte dafür sind genügend vorhanden. Wir wollen hier einen wichtigen Aspekt darstellen: die berufsständische Ordnung. In den Politischen Berichten (22/84) haben wir gezeigt, wie die Kirche ihre Soziallehre Ende des 19. Jhds. gegen die revolutionäre Arbeiterklasse entwickelt hat, und daß einer der entscheidenden Bestandteile die unbedingte Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums ist. Damit verteidigen die Kleriker notwendigerweise automatisch die damit verbundenen Klassenverhältnisse. Wobei sie äußerst geschickt zu Werke gehen. Behauptet wird nämlich, daß die "kapitalistische Wirtschaftsweise" und die "kapitalistische Klassengesellschaft" zwei grundverschiedene Dinge seien: Für die Übel des Kapitalismus "... trägt nicht die kapitalistische Wirtschaftsweise, sondern die kapitalistische Klassengesellschaft die Verantwortung. Um (diese) ... zu überwinden, müssen wir die kapitalistische Klassengesellschaft überwinden ... es (ist) dazu nicht nötig, die kapitalistische Wirtschaftsweise zu zerschlagen." (Nell-Breuning) Statt der Klassengesellschaft soll eine Ordnung des sozialen "Friedens" etabliert werden. Deshalb schreibt Pius XI.: "Vor allem aber müssen der Staat und alle gutgesinnten Bürger das eine Ziel vor Augen haben und anstreben, daß nämlich der Kampf der 'Klassen', die einander feindselig gegenüberstehen, zur Ruhe komme, und die einträchtige Zusammenarbeit der Stände geweckt und gefördert werde. Die Sozialpolitik muß ihre ganze Kraft aufbieten zur Wiederherstellung der 'Stände'." (Quadragesimo anno, 1931)

"Berufsständische Ordnung" – katholische Theorie für faschistische Praxis

Hiermit werden zum einen soziale Gruppierungen (die Klassen) als reine Willensverhältnisse aufgefaßt, die sofort auflösbar sind, wenn sie sich ihre egoistischen Gedanken aus dem Kopf schlagen und zum christlichen Sittengesetz bekennen. Zum anderen wird erklärt, daß es "soziale" Schichtungen von Individuen gibt, die, da sie sich angeblich aus der unterschiedlichen Individualität der Menschen ergeben, eine "natürliche" Gliederung des Gesellschaftskörpers darstellen und als heilige Institutionen unantastbar sind (die Stände). So schreibt E. Muhler: "Es ist eine Tatsache ... daß in der heutigen Gesellschaft sich Klassen gebildet haben ... In einer wohlgegliederten und innerlich befriedeten Gesellschaft haben diese Schichten einen bestimmten Platz, einen 'Stand' innerhalb des Ganzen und



1933: Unterzeichnung des Reichskonkordats zwischen dem Vatikan und dem faschistischen Deutschland durch Pacelli, päpstlicher Nuntius in Berlin, der spätere Pius XII., und Vizekanzler v. Papen. "Völkischer Beobachter": "Anerkennung des jungen Reiches durch die zweitausendjährige Macht der Kirche".

fühlen sich als Glieder des Ganzen und sollen und können das Ganze tragen und fördern. Die heutige Gesellschaft ist aber innerlich zerklüftet, und in ihr haben sich zwei Schichten herausgebildet, die in einem feindlichen Spannungsverhältnis zueinander stehen ... Diese Schichten nennt man Klassen und man spricht daher auch von einer Klassengesellschaft."

Für die klerikalen Theoretiker ist die kapitalistische Klassengesellschaft vor allem Folge des Zerfalls einer einst wohlgegliederten Gesellschaftsordnung, des Feudalismus, auf Grund des "liberalistisch-individualistischen" Geistes, der die "wahre Rangordnung der sittlichen Werte" vollständig außer acht läßt. Diese Rangordnung der Werte besteht in – von oben nach unten – Gott, der Liebe und Gerechtigkeit, dann als Sphären mit "niederer Wertigkeit" die Sphäre der nationalen Kultur, der Gemeinschaft und als letztes die "Sphäre des Wirtschaftlichen". Die Verletzung dieser "Hierarchie der Werte" habe dazu geführt, "daß ... die Wirtschaft sich der gesellschaftlichen Bindungen entzögeln und zur beherrschenden Macht aufgeworfen hat. In den kapitalistischen Ländern war daraus die um den Arbeitsmarkt zentrierte Klassengesellschaft hervorgegangen: die menschliche Gesellschaft nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zerschlagen in die beiden Großgruppen mit gegensätzlichen Interessen, hier Kapitalisten als Arbeitgeber, dort die Proletarier als Arbeitnehmer" (Nell-Breuning).

Der Zwang für den Arbeiter, seine Arbeitskraft als Ware auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen, ist notwendige Folge seiner Besitzlosigkeit; die Forderung nach Beseitigung des Arbeitsmarktes bedeutet, daß der Kapitalist frei und ohne jede Einschränkung über die Arbeitskraft verfügen kann, heißt Zwangsarbeit. So behaupten denn auch die reaktionären Kleriker, daß es der "göttlichen Bestimmung der Arbeit" widerspreche, wenn die Werktätigen um ihrer materiellen Interessen willen arbeiten und nicht den "Dienstcharakter" der Arbeit beachten. Der "Lebenswert der Arbeit" gehe vor ihren "Nutzwert": Durch diesen "Arbeitsgeist" schwärmt ein Moraltheologe, werden "geradezu unerschöpfliche Energien für die wirtschaftliche Betätigung" wachgerufen, weil er "nicht bloß die egoistischen und niedrigen Triebkräfte niederhält, sondern ... sie durch die sozialen und höheren verdrängt" (A. Pieper). Man höre zum gleichen Thema den faschistischen Parteiprogramm-Kommentator G. Feder: "Erst im Dienst der Allgemeinheit, erst als dienendes Glied im Rahmen des Volksganzen, erwacht der einzelne zu höherem Leben, erst so wird er – jeder an seinem Platze – wahrhaftig eingegliedert in die höhere Ganzheit seines Volkes, erst so begriffen, gewinnt der echte Sozialismus = der Gemeinsinn wahres Lebens. Nur unter der Herrschaft dieses Grundgedankens wird der einzelne ein Gefühl der Geborgenheit gewinnen und erkennen, daß nur unter dieser beherrschenden Idee aus der heutigen Raubwirtschaft eine reichgegliederte, organische Volks-

wirtschaft entstehen kann, zum Nutzen der Gesamtheit und damit – auch zum Nutzen jedes einzelnen".

Die sklavische Unterwerfung der Arbeiterklasse zum "Dienst" an den Profit- und Expansionsinteressen des Kapitals soll geschaffen werden durch die "berufsständische Ordnung", wodurch ein gesellschaftliches Gebilde jenseits von Kapitalismus und Sozialismus errichtet werden soll. Wichtigste Aufgabe dieser von den Klerikern angestrebten Ordnung sei es, das "Gemeinwohl" institutionell zu sichern. Auf dem Weg dahin muß zunächst der Klassenkampf in eine "ehrliche Klassenauseinandersetzung" verwandelt werden. "Sofern nämlich der Klassenkampf", so Pius XI., "sich der Feindseligkeiten und des Hasses gegenüber den anderen Klassen enthält, verwandelt er sich nach und nach zu einer gewissen ehrenhaften Auseinandersetzung, die ihren Grund hat im Streben nach Gerechtigkeit. Und wenn dies auch noch nicht jenen beglückenden sozialen Frieden bedeutet, den wir alle anstreben, so kann und soll sie doch der Ausgangspunkt sein für die Zusammenarbeit der Stände untereinander." Sodann müsse, so Pius XII., "die Überwindung des Klassenkampfes durch ein organisches Zueinanderordnen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers erfolgen." Hierzu sei es unbedingt notwendig, die bestehenden Arbeiterorganisationen aufzulösen bzw. ihren Charakter so zu verändern, daß sie sich zur "friedlichen Zusammenarbeit" innerhalb der Berufsstände bereitfinden und ihre bisherige "Arbeitsmarktfunktion" verlieren.

Gemeinsamer Ausgangspunkt zwischen klerikaler und faschistischer Ideologie ist die zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals und in dessen Gefolge die Vernichtung des Kleineigentums. Demagogisch behaupten beide, die wahre Ursache dafür bestehe im Klassenkampf, im "materialistischen Geist". Anknüpfend an den Eigentumsillusionen und Vorstellungen des kleinen Privat-eigentümers und ihm nahestehender Schichten wird die berufsständische Ordnung als Mittel zum Schutz eines jeden gepriesen. "Jedem das Seine" bedeutete aber nicht nur blutige Zerschlagung der Arbeiterbewegung und Krieg, sondern auch die bedingungslose Unterwerfung des kleinen und mittleren Eigentums unter die Interessen des Monopolkapitals. Daß die christlich-konservative Reaktion wesentliche Elemente dieser Ideologie heute wieder für die Untermauerung ihrer Angriffe gegen die Arbeiterbewegung benutzt, kommt in der Blüm'schen Demagogie genau so zum Ausdruck, wie in den Eigentums-Förderungs-Konzepten der verschiedenen CDU-Regierungen. Eine Kritik der theoretischen Quellen ist unerlässlich.

Quellenhinweise: J. R. Grigulevič, Die Päpste des XX. Jahrhunderts, Leipzig 1984; Harry Maier, Soziologie der Päpste, Lehre und Wirkung der katholischen Sozialtheorie, Berlin 1965; Hans Müller, Katholische Kirche und Nationalsozialismus (Dokumente), München 1963; G. Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1932 – (sas, DK-AG Konservatismus)

Friedensvertrag

"DEUTSCHLAND IN DEN GRENZEN VON 1937" VÖLKERRECHTSWIDRIGE REGIERUNGSPROPAGANDA !

Die Bundesregierung hat in Erklärungen zur "Deutschlandpolitik" in den letzten Jahren betont, daß die "deutsche Frage" solange "offen" sei, bis mit den vier alliierten Mächten, der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich ein Friedensvertrag abgeschlossen sei. Die territorialen Rechtspositionen stehen für die BRD fest: Verfassungsrechtlich besteht das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fort. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Rühe warnte jetzt im Zusammenhang mit der Bundestagsdebatte über die Lage der Nation davor, "die Rechtsposition als Rammblock zu benutzen". Solche Ausführungen sollen in der öffentlichen Meinung moderat erscheinen. Sie sollen zweierlei bewirken: Einerseits "Rechtspositionen" für die volle "Souveränität des deutschen Volkes" bekräftigen und andererseits eine breite Koalition unter Einschluß der SPD für eine Einverleibung der DDR, also bis zur Oder, als nächsten Schritt errichten. Nur so könne "in Wahrheit" das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen verwirklicht werden, soll der Staatsminister Mertes erklärt haben. (1) "Freiheit und Selbstbestimmung sind unteilbar" erklärte Kohl im Bericht über die Lage der Nation und sagte: "Deutschland ist geteilt, weil ein Teil Deutschlands unfrei ist."

Dies sind die Bedingungen der BRD für einen Friedensvertrag. Sie sind keine völkerrechtlichen Rechtspositionen. Im Gegenteil: Sie wenden sich gegen die bereits abgeschlossenen Friedensverträge. Das Potsdamer Abkommen von 1945, das Nürnberger Urteil von 1946 gegen die Hauptkriegsverbrecher und die Friedensverträge der Alliierten mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Finnland sowie der Staatsvertrag mit Österreich sind gültige völkerrechtliche Bestimmungen, um eine Reorganisation des deutschen Imperialismus zu verhindern. Auch wenn die BRD z.B. das Potsdamer Abkommen nicht anerkennt, sind immer noch im Urteil von Nürnberg und in den abgeschlossenen Friedensverträgen bzw. dem Österreichischen Staatsvertrag Festlegungen enthalten, die der von Kohl verlangten "Freiheit und Selbstbestimmung" Grenzen setzen. Diese Verträge sind internationales Völkerrecht, und der BRD-Imperialismus kann sie letztlich nur mit Krieg wieder aufheben. Dazu muß die BRD diese Völkerrechtsbestimmungen verunglimpfen, angreifen und eine öffentliche Meinung dagegen schaffen. So behauptete Bundeskanzler Kohl Ende Februar in einem Inter-

view mit der Zeitschrift "Bunte":

"Da war die Entnazifizierung, die in ihrer Grundlage völlig verunglückt (an einer anderen Stelle heißt es "idiotisch", d. Red.) war und ungerecht sein mußte. Da wurde Schuld quasi nach dem Steuertarif erfaßt. Wer schon 1933 in der Partei war, der war nach diesem Tarif notwendigerweise ein größerer oder gefährlicherer Nazi als einer, der es erst 1943 wurde. Ein Maßstab, der zu den absurdesten Ergebnissen führt." (2)

Diese Ausführungen sind ein Angriff auf das Nürnberger Urteil, das den rechtlichen Rahmen für eine Entnazifizierung schuf. Kohl wendet sich gegen die Entnazifizierung, weil sie die "Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht" begrenzt und noch heute von der BRD verlangt, – was nur zum Bruchteil geschah – Faschisten zu bestrafen.

Die "offene deutsche Frage" Lösung für den Angriffskrieg

Die Propaganda der bürgerlichen Politiker von der "offenen deutschen Frage" zielt darauf ab, neue Grenzen zu erwirken, damit "die deutsche Einheit" wieder hergestellt wird. Genau die gleichlautende Begründung hatte der Angriffsplan des Hitlerfaschismus. Im Nürnberger Urteil ist diese Lösung für die Entfesselung eines Angriffskrieges beschrieben:

"Denn die Angriffspläne der Nazi-Regierung waren keine Zufälle, die sich aus der politischen Lage des Augenblicks in Europa und der Welt ergaben; sie waren ein wohlüberlegter und notwendiger Teil der Außenpolitik der Nazis.

Die nationalsozialistische Bewe-

gung behauptete von Anfang an, daß ihr Ziel die Einigung des deutschen Volkes im Bewußtsein seiner Mission und seines Schicksalszweckes sei, begründet auf die ererbten Eigenschaften der Rasse und unter Leitung des Führers." (3)

Das Nürnberger Gericht hat die Lösung der "deutschen Einheit" ausdrücklich und zu Recht als Lösung für einen Angriffskrieg verurteilt. Die BRD hat die westlichen Alliierten bereits politisch mit auf die Position der "offenen deutschen Frage" verpflichtet. Wenn sie die Sowjetunion auch zu diesem Standpunkt nötigen könnte, was zum Glück bisher nicht eingetreten ist, hätte die BRD einen Einstieg, um entscheidenden Bestimmungen im Nürnberger Urteil den Boden zu entziehen. Dann würde "die Einheit des deutschen Volkes" zum legitimen Anliegen und die Aussagen des Nürnberger Urteils über die Bedeutung dieser Lösung für den Angriffskrieg zu Makulatur. Der nächster Schritt wäre dann auch zulässig: Polen und die ehemaligen deutschen "Siedlungsgebiete" zum Bestandteil von Verhandlungen zu machen.

Die Schuldfrage

In den Präambeln der Friedensverträge der "Alliierten und Assoziierten Mächte" mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Finnland und im Österreichischen Staatsvertrag (4) ist ausdrücklich festgehalten, daß Deutschland und seine Verbündeten verantwortlich für den Krieg sind und die Schuld tragen. Im Italienischen Friedensvertrag ist festgehalten, daß Italien zusammen mit Deutschland und Japan den Dreimächtepakt bilde-

Rudolf Hess wird befreit

Britischer Erfolgsproduzent („Wildgänse“) drehte Action-Thriller um Führer-Stellvertret



Einsatzdrohung! Und wer Zelle befreit ihn? Der Colonel Alex Kiner (Edward Fox) seine Truppe.

Produzent Euan Lloyd Monachus ist der Drehbuchautor zu Carrey vor Ort die Möglichkeiten einer Freilassung von Rudolf. Als er schaut aufs Kino, gab es eine Wiederholung des Spannens. Gedrängtes den entscheidenden Tip.

Tatsächlich läuft Film-Befreiung Hess gesucht glänzend ab. In die eigentlich Sensation Sir Lawrence Olivier (Rudolf Hess).

Der große Sir Lawrence-Interprett, 77 Jahre alt, nimmt glühenden ehemaligen Führer-Stellvertreter Michael Caine (Hess) und unter die Haube.

Euan Lloyd: Sir Lawrence die ikonische, hat er durch einen uner-

Propaganda ("Bild am Sonntag") gegen das Urteil von Nürnberg

te, "einen Angriffskrieg unternahm" und insofern "seinen Teil der Verantwortung für den Krieg trägt". In den Friedensverträgen wird ausdrücklich die Schuld differenziert eingestuft: Wie lange und mit welchen Kräften der jeweilige Staat mit dem deutschen Imperialismus den Krieg gegen die Siegermächte führte, ob der Staat zu den Achsenmächten (Deutschland, Italien und Japan) gehörte oder Verbündeter war, ob der Staat dieses Bündnis verließ, aus eigener Kraft, z.B. auf Grund einer Revolution, oder ob eine solche Entwicklung auf Intervention der Alliierten eintrat, und ob der betreffende Staat an der Seite der Siegermächte gegen den ehemaligen Verbündeten Deutschland kämpfte. So wird z.B. im Italienischen Friedensvertrag festgehalten, daß "als Folge der Siege der Alliierten Streitkräfte und mit Hilfe der demokratischen Elemente des italienischen Volkes das faschistische Regime ... Waffenstillstandsbedingungen unterzeichnete". Im Finnischen Friedensvertrag wird entlastend festgehalten, daß Finnland im Herbst 1944 den Krieg gegen die Sowjetunion einstellte und die "Waffenstillstandsbedingungen loyal erfüllte".

In den Verträgen sind für den deutschen Imperialismus nur belastende Feststellungen enthalten. So steht im Österreichischen Staatsvertrag, "daß Hitler-Deutschland am 13. März 1938 Österreich mit Gewalt annektierte und sein Gebiet dem Deutschen Reich

einverleibte". Das heißt, es handelte sich nicht um ein berechtigtes Anliegen zur "Einigung des deutschen Volkes", wie reaktionäre Kräfte in der BRD behaupten, sondern eben um einen Schritt "als ein bestimmter Teil eines vorausgesehenen Plans" eines Angriffskrieges, wie das Nürnberger Gericht urteilte.

Unabhängigkeit Österreichs

Den Reorganisationsbestrebungen des deutschen Imperialismus sind mit dem Österreichischen Staatsvertrag eine besondere Barriere gesetzt worden. Allen Versuchen, bei der "Einigung des deutschen Volkes" Österreich mit einzubeziehen, sind klare Schranken gesetzt worden. Im Artikel 3 ist festgehalten: "Die Alliierten und Assoziierten Mächte werden in den deutschen Friedensvertrag Bestimmungen aufnehmen, welche die Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland und den Verzicht Deutschlands auf alle territorialen und politischen Ansprüche in bezug auf Österreich und österreichisches Staatsgebiet sichern."

Mit dem Hinweis auf den "deutschsprachigen Raum" sind Einverleibungsbestrebungen der BRD Grenzen gesteckt. Der Österreichische Staatsvertrag bestimmt auch, "daß eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland verboten ist", und verlangt, daß Österreich keinerlei Vereinbarungen mit Deutschland treffen

darf, die geeignet wären, unmittelbar und mittelbar eine politische und wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zu fördern. Der Vertrag verbietet ausdrücklich das Wiederaufleben und die Tätigkeit jeglicher Organisationen, die eine wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland betreiben. Diese Bestimmungen haben bis heute Gültigkeit und sind z.B. ein Grund, warum bisher ein österreichischer Beitritt in die EG verhindert werden konnte.

Keine Wiederaufrüstung Deutschlands

Die Friedensverträge enthalten zahlreiche Bestimmungen, die in das Wirtschaften und die Politik der BRD eingreifen und eine Reorganisation des deutschen Imperialismus verhindern sollten. Die Staaten, mit denen die "Alliierten und Assoziierten Mächte" die Verträge abschlossen, wurden alle darauf verpflichtet, sich gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands zu wenden. Im Finnischen Friedensvertrag heißt es z.B.: "Finnland arbeitet in jeder Hinsicht mit den Alliierten und Assoziierten Mächten zusammen, um sicherzustellen, daß Deutschland daran gehindert wird, außerhalb deutschen Gebietes Schritte zur Wiederaufrüstung zu unternehmen." Die wirtschaftliche und militärische Kooperation mit dem deutschen Imperialismus wurde erschwert:

– Erwerbs- und Herstellungsverbot für Kriegsmaterialien deutschen Ur-

VERFÄLSCHUNG DES POTSDAMER ABKOMMENS

Die englische, französische und russische Fassung des Abkommens sind allein verbindlich. Es wurde 1946 im Amtsblatt des alliierten Kontrollrats in Englisch mit einer nicht-amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht, die bereits Abweichungen vom Original aufweist. Das Gesamtdeutsche Institut des innerdeutschen Ministeriums vertreibt nun eine eigene Übersetzung des Abkommens.

Im Punkt IX "Polen" benützt das innerdeutsche Ministerium für das englische "agreement" den Begriff

"Vereinbarung" statt des verbindlicheren Begriffs "Abkommen". In Bezug auf die polnischen Westgrenzen unterschlägt die Übersetzung von 1946, daß die Alliierten auf jeden Fall eine Erweiterung Polens im Norden und Westen vereinbarten, dies ist in der neuen Übersetzung enthalten. In der Fassung von 1946 sind die Formulierungen "final delimitation of the western frontier of Poland" und "final determination of Poland's western frontier" beide Male mit "endgültiger Festlegung" übersetzt, das innerdeutsche Ministerium läßt sie im ersten Fall als "endgültige Festlegung" und im zweiten Fall als "endgültige Be-

stimmung" übersetzen. Beide Übersetzungen lassen die Deutung zu, daß die ehemals von Deutschland verwalteten Gebiete östlich von Oder und Neiße nicht endgültig unter polnische Hoheit gekommen sind, obwohl "final delimitation" mit "Abgrenzung" im Sinne exakter geographischer Bestimmung übersetzt werden müßte. Bereits die Krim-Konferenz hatte die Übergabe der Gebiete an Polen beschlossen.

Quellenhinweis: Amtsblatt des Kontrollrates, Ergänzungsblatt Nr. 1, 1946; Deutschland 1945, Vereinbarungen der Siegermächte, hrsg. Gesamtdeutsches Institut, Bonn o. Jahr

Übersetzung im Kontrollrats-Amtsblatt:

"Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt: In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll ... Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete ... unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen..."

Gesamtdeutsches Institut:

"Über die Westgrenze Polens wurde folgende Vereinbarung erzielt: In Übereinstimmung mit der auf der Konferenz von Jalta erzielten Vereinbarung über Polen haben die drei Regierungschefs die Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit um ihre Auffassung betreffend den Gebietszuwachs im Norden und Westen ersucht, den Polen erhalten soll ... Die drei Regierungschefs bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung zurückgestellt werden soll. Die drei Regierungschefs kommen überein, daß bis zur endgültigen Bestimmung der Westgrenze Polens die früheren deutschen Gebiete ... der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt werden..."

WESTEUROPÄISCHE PRESSE ZU BRD-REVANCHISMUS UND SCHLESIEN-DEBATTE

Die folgenden Auszüge zur "Schlesien-Debatte" belegen, daß die Arbeiterbewegung wie auch die Imperialisten in der EG den Revanchismus der BRD-Monopolbourgeoisie argwöhnisch verfolgen. Die ausführliche Pressedokumentation wird im Nachrichtenheft Schul- und wehrpflichtige Jugend, Woche 12/85, abgedruckt.

Die italienische **L'UNITA**, Zentralorgan der PCI, schreibt am 31.1.85:

"... Glaublicher erscheint die Hypothese, daß Kohl auf Grundlage von freilich sehr anfechtbaren – internationalen Überlegungen handelt. Eine 'Neudiskussion um Jalta' hat in gewisser Weise im Westen bereits begonnen (Reagan selbst hat vor einigen Jahren darauf angespielt), und man kann davon ausgehen, daß sie sich in diesem Jahr anläßlich des 40. Jahrestags der Vereinbarungen und des Kriegsendes weiter entwickeln wird. TASS hat vor einigen Tagen darauf hingewiesen (und damit vielleicht ins Schwarze getroffen), daß das neue Gerede von der 'deutschen Frage' in Bonn mit einer Äußerung des amerikanischen Außenministers zusammenfällt, der seinerzeit auf der Stockholmer Konferenz von 'ungerechten Grenzen in Europa' gesprochen hat.

Kohl ist vielleicht davon überzeugt, daß er durch eine Offensive auf diesem Gebiet für Deutschland eine Rolle im Spiel des Westens zurückgewinnen kann, Bonn das Gewicht und die internationale Präsenz zurückgeben kann, die es verloren hat, seitdem es den Weg der Entspannung in Europa verlassen hat. In den christdemokratischen Parteien gibt es einen gewissen 'bodenständigen' Reaganismus, der seit jeher davon überzeugt ist, durch 'Zeigen der Muskeln' könne man von Moskau und vom Osten mehr erhalten. 'Deutsche Muskeln', versteht sich..."

Die **UNITA** vom 18.2.85 zitiert den italienischen Staatspräsidenten Pertini aus einem Gespräch mit Journalisten zu seiner "Ausladung" durch das Europäische Parlament zum 8. Mai:

"... Ich war ausgewählt worden. Es hatte einen Vorschlag in Deutschland gegeben, daß Präsident Pertini des Kriegsendes gedenken sollte... Die deutschen Christdemokraten waren dagegen. Ich glaube, daß Reagan eine gute Wahl ist. Aber was sollte ich dann dort tun? Für Reagan den Subdiakon spielen? Nein. Ich werde fahren, aber nur dann, wenn

ich auch sprechen soll."

Für die linkssozialdemokratische niederländische Zeitung **DE VOLSKRAANT** kommentierte am 24.1. der Bonner Korrespondent Henk Strabbing:

"... Die Schlesier machten ihr Motto bekannt: '40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser'. Das noch nach Revanchismus, nein, das war Revanchismus. ... Kohl erbarmte sich höchstpersönlich der Angelegenheit. Er führte ein Gespräch unter vier Augen mit Dr. Hupka, und siehe da: Die Herren wurden sich einig. Hupka erschien vor der Presse und teilte mit, daß die Lösung unter sehr aktiver Mitwirkung des Kanzlers geworden war: '40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa der freien Völker'. Jeder zufrieden? Natürlich nicht. Denn auch dieses Motto kann man sehr schrecklich auslegen, was namentlich die Polen natürlich tun werden – denn gegen diese heutigen Besitzer des Gebietes um das frühere Breslau herum geht es natürlich. Meinen Hupka/Kohl mit Europa ganz Europa oder nur Westeuropa (als Bollwerk gegen den Kommunismus, also auch gegen Polen)?..."

In der sozialdemokratischen dänischen Zeitung **POLITIKEN** heißt es am 5.2.:

"... 76% der Befragten sind für die Anerkennung der Grenze, die den Namen nach den Flüssen Oder und Neisse hat. Die Mehrheit (der BRD-Bevölkerung; d. Red.) schlägt einen Keil in den mehr oder minder heimlichen Traum der Schlesier, Schlesien in Polen erneut unter deutsche Oberhoheit zu bekommen. In der hitzigen Debatte der letzten Zeit über die Teilnahme von

Bundeskanzler Kohl am Schlesiertreffen im Sommer waren Kohls Aussagen recht vage gewesen, und er hat es unterlassen, klar Abstand vom rechten Flügel seiner Partei zu nehmen, der mit dem Gedanken der Revision der Ostpolitik spielt..."

Das britische Wirtschaftsmagazin **ECONOMIST** schreibt am 2.2.:

"... Aber indem er den Schlesierkongress ins Rampenlicht gezerrt hat, hat der Kanzler die Widersprüche unter seinen Freunden vertieft und seinen Feinden Munition geliefert. Seine Koalitionspartner, die Freien Demokraten, sorgen sich, daß eine 'riskante und überflüssige Diskussion' über die Ostpolitik der herrschenden Mehrheit schaden kann. Herr Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokraten, warnte Kohl davor, mit Abenteuerlust zu sympathisieren. Genauso lautete natürlich die Anklage der Russen gegen den Kanzler. Die sowjetische Presse hat sich der Schlesien-Debatte angezogen als neuer Illustration des Revanchismus in Westdeutschland."

Das französische Magazin **LE NOUVEL OBSERVATEUR** schreibt am 18.1.:

"... Der offizielle Standpunkt der Bonner Regierung ist einfach: Die BRD respektiert die Nachkriegsgrenzen; aber diese können nicht endgültig festgelegt sein bis zu dem Abschluß eines Friedensvertrags. Diese Position steht übrigens in den zwischen der BRD und den Ostblockländern geschlossenen Verträgen der 70er Jahre. Von dieser Position aus kann man offensichtlich alles sagen und zugleich in höchsten Tönen von der Revision der Grenzen in ferner Zukunft träumen. Aber wird es jemals einen Friedensvertrag geben? Kanzler Kohl weiß gut, daß das eine Utopie ist..."



Die Arbeiterbewegung in den EG-Staaten hat die Erfahrungen des Kampfes gegen den deutschen Faschismus nicht vergessen. Bild: Demonstration in Den Haag, Niederlande, im Februar 1972 gegen die Versuche der Bundesregierung, die Nazi-Kriegsverbrecher Fischer und von der Fünften freizupressen.

sprungs oder Baumusters.

— Überzähliges Kriegsmaterial deutschen Ursprungs ist zu verteilen an die Alliierten Siegermächte.

— Beschäftigungs- und Ausbildungsverbot von Technikern oder Personal der Militär- oder Zivilluftfahrt für Personen, die deutsche Staatsangehörige sind oder waren.

— Erwerbs- und Herstellungsverbot für Zivilflugzeuge deutscher Herstellung oder deutschen Baumusters.

— Bestimmungen zur Eigentumsentflechtung zwischen Deutschland, Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland. (5)

Diese Bestimmungen konnten eine Wiederaufrüstung der BRD nicht verhindern. Aber sie konnten z.B. die erneute Errichtung der alten Rüstungs-kooperation mit Österreich verhindern. Mit Italien bildeten sich dagegen



Nürnberger Prozeß 1946

wieder die alten Wirtschaftsverbindungen, nachdem Italien den Friedensvertrag nicht einhielt.

Innerstaatliche Festlegungen

Eine Besonderheit der Friedensverträge sind Verpflichtungen über die zu errichtende Staatsform der betreffenden Länder. Bereits im Potsdamer Abkommen und im Nürnberger Urteil waren zahlreiche Barrieren gegen Faschismus und Reorganisationsbestrebungen eines imperialistischen Staatsgebildes festgelegt worden. So verurteilte das Nürnberger Gericht erniedrigende Zwangarbeit von Fremdarbeitern. Die ehemaligen Verbündeten des Deutschen Reiches mußten sich verpflichten, bei der Errichtung ihres Staates dafür einzutreten, daß "kein Wiederaufleben derartiger Organisationen, politischer, militärischer oder halbmilitärischer Art, deren Zweck es ist, das Volk seiner demokratischen Rechte zu berauben," stattfinden kann, heißt es z.B. im italienischen Friedensvertrag, und ähnlich in den anderen. Die meisten Bestimmungen sind bürgerlich, enthalten aber im Gesamtzusammenhang mit dem Potsdamer Abkommen und dem Nürnberger Urteil antirassisti-

sche, antinationale und antichauvinistische Festlegungen, gegen die sich die Reaktion in Westdeutschland wendet, so z.B. Bundeskanzler Kohl mit seinem Angriff auf die Entnazifizierung. Interessant ist, daß in einigen Verträgen das Verbot von "revisionistischer Propaganda" festgelegt ist, was z.B. einem Verbot der revanchistischen Propaganda der Vertriebenenverbände entsprechen würde. In einigen Friedensverträgen wurde ausdrücklich das Verbot von diskriminierender Gesetzgebung hinsichtlich Rasse und Religion verankert.

In den Verträgen wurde festgelegt, daß gegen Staatsangehörige, die während des Krieges sich gegen die Verbündeten Deutschlands wandten, Landes- oder Hochverrat, Spionage oder Wehrdienstentziehung begingen, keine Strafverfolgung oder benachteiligende Maßnahmen ergriffen werden dürfen. Das ist eine wichtige Festlegung gegen alle Versuche, Teile der Bevölkerung zu benachteiligen und zu unterdrücken, wie das in der BRD bis heute stattfindet, wo in viele Fällen Witwen, deren Männer im Krieg desertierten und deshalb erschossen

wurden, keinen Anspruch auf Hinterbliebenenrente haben. So fordert die VVN/BdA seit 38 Jahren "die moralisch-rechtliche Anerkennung des Widerstandes und die gerechte Entschädigung der Opfer".

Keine Reorganisation des Deutschen Reiches

Für die Herstellung eines Bündnisses der antifaschistischen Kräfte in der BRD liefern die bestehenden Friedensverträge, das Potsdamer Abkommen und das Nürnberger Urteil wichtige Anhaltspunkte im Kampf gegen die Einverleibung der "deutschen Ostgebiete". Diese völkerrechtlichen Bestimmungen muß man verteidigen, denn die Reaktion hetzt nicht ohne Grund dagegen.

Quellenhinweis: (1) Kölner Stadtanzeiger, 1.3.85; (2) Bunte vom 21.2.85; (3) Das Urteil von Nürnberg 1946, dtv-Dokumente, S. 39; (4) Politische Berichte Nr. 12, 19, 20, 21 Jahrgang 1981; (5) Die Friedensverträge von 1947, Verlag Europa-Archiv, Oberursel 1948 — (jöd, huh, maw/DK AK Nationalismus, mio, K./KB, DK-AG Internationale Berichterstattung, uld)

ZUM PARTEITAG DER "EXIL-CDU"

Vom 1.—3.3.85 fand in Goslar der 18. Parteitag der "Exil-CDU" statt. Diese hatte sich Ende der 40er Jahre innerhalb der bundesdeutschen CDU gebildet, nachdem reaktionäre Kräfte unter Führung von A. Hermes, W. Schreiber, J. Kaiser und E. Lemmer ihren Kurs gegen den antifaschistischen, demokratischen Aufbau in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone in der dortigen CDU nicht durchsetzen konnten.

Nach ihrer Gründung im Juli 1945 (durch Vertreter der ehemaligen Zentrumsparaden, der Deutschen Demokratischen Partei, christliche Gewerkschafter und aus dem Bürgertum und Kleinbürgertum kommende aufrechte Antifaschisten) arbeitete die CDU zusammen mit LDPD, SPD und KPD im Block der antifaschistischen, demokratischen Parteien. Reaktionäre Kräfte in der Führung der CDU arbeiteten gegen die politischen Grundlagen des Blocks, als sie gegen die Bodenreform stimmten und Gegenkampagnen organisierten (1945/46) und eine Kampagne gegen den Volksentscheid in Sachsen zur Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher (77,62% ja) führten (1946). Im November 1947 weigerte sich der geschäftsführende Ausschuß der CDU, an dem Volkskongreß für die Einheit Deutschlands teilzunehmen. Jakob Kaiser erklärte, daß die Oder-Neiße-Linie nicht als Westgrenze Polens in einen Friedensvertrag auf-

genommen werden dürfe (entgegen dem Potsdamer Abkommen). Gegner dieser Politik bildeten daraufhin innerhalb der CDU, gestützt auf die Landesverbände, die sich für eine Beteiligung ausgesprochen hatten, einen zentralen Koordinierungsausschuß, aus dem eine neue Leitung der Partei hervorging. Kaiser flüchtete in den Westen, wurde unter Adenauer Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und rief 1952 einen "Forschungsbeirat" ins Leben, der die administrative Machtübernahme in der DDR nach der "Wiedervereinigung" vorbereiten sollte.

Rund 90000 Mitglieder der bundesdeutschen CDU rechnen sich heute zur "Exil-CDU", die die Fragen der "Deutschland- und Berlinpolitik" zu ihrem Hauptarbeitsgebiet gemacht hat und die "Tradition Kaisers" fortsetzt. Nachdem Bundesminister Windelen auf dem Parteitag als Gastredner u.a. erklärte, daß die Bundesregierung weder in der Frage der Elbgrenze noch bei der DDR-Staatsbürgerschaft nachgeben werde, unterstützten die Delegierten einstimmig in einer Entschließung die Deutschlandpolitik der Bundesregierung. Volksfront Kreis Goslar und Antifaschistische Arbeitskreise Bad Lauterberg und Herzberg verteilten gegen den Parteitag ein Flugblatt, in dem sie die "Geraer Forderungen" der DDR unterstützten.

Quellenhinweis: Keesing's Archiv der Gegenwart; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Dietz-Verlag; "Stimme im Exil" — Organ der "Exil-CDU"



Dollar-Spekulationen

Der "tiefen Sturz des Dollars" währte einen Tag, der Dollar fiel um 15 Pfennige. Seitdem herrscht scheinbar wieder Ruhe an der "Dollarfront". Ruhe? Noch nie haben die BRD-Imperialisten so viel Waren und Kapital exportiert wie im letzten Jahr. Allein in die USA steigerten sie ihre Warenexporte um fast 50%. Maschinenbau, Elektro,

Chemie und Fahrzeugbau melden Rekordexporte. Zudem: Die Geschäfte der Bundesbank mit den "Dollar-Interventionen" und die Zinserträge aus ihren US-Papieren verschaffen Stoltenberg den Bundesbankgewinn für seine "Steuerreform". Kein Wunder, daß aggressive chauvinistische Propaganda blüht. Alles für den "deutschen Vormarsch auf dem Weltmarkt", lautet die Devise der Reaktion.

Lohnstandard und Gewerkschaften in Großbritannien

Nach fünf Jahren Regierungstätigkeit Thatchers scheinen die britischen Gewerkschaften schwächer als je zuvor dazustehen. Sogar die Bergleute, als Einheitsgewerkschaft vergleichsweise stark und oben auf der Lohnskala angesiedelt, konnten sich in ihrem einjährigen Streik nicht durchsetzen. Noch viel mehr als die reaktionären Gewerkschaftsgesetze haben dazu die unterschiedliche Entwicklung der Löhne der verschiedenen Arbeitergruppen in Großbritannien beigetragen, die wir im nächsten Heft untersuchen werden. Die Isolierung der Gewerkschaften ist für die britische Bourgeoisie ein erprobtes und offenbar erfolgreiches Mittel.



Hamburger Frauenwoche

Vom 11. März bis 16. März findet die fünfte "Hamburger Frauenwoche" statt. In seminarmäßiger Form werden fast alle Themen der Frauenbewegung behandelt: vormittags als Blockseminare Themen aus den Bereichen Ökonomie, Politik, "Polymagie", neue Technologien, Lesben, Sucht; nachmittags vielfältige Einzelveranstal-



tungen. Auffallend ist die Zunahme von Veranstaltungen mit mystischen Inhalten, während Veranstaltungen der Frauenausschüsse der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) und der IG Metall im Gegensatz zum letzten Jahr diesmal nicht angekündigt sind. Viele Veranstaltungen sind in Hamburg und Niedersachsen als Bildungsurlaub anerkannt. — Ein Bericht.

Bayerische Räterepublik

Sechs Monate, von November 1918 bis April 1919, bestand die Bayerische Räterepublik. Die Errichtung war im wesentlichen möglich geworden, weil die gegen die bürgerliche Herrschaft opponierenden Kräfte davon ausgingen, daß es nur einen gemeinsamen Feind, nämlich die Reaktion, den Kapitalismus, die Ausbeutung und die Bevorrechtigung gab. Dadurch war ein gemeinsames Handeln von Anarchisten, Kommunisten, Sozialisten und anderer Revolutionäre möglich. Die Einheit zerbrach dann über die Auseinandersetzung von durchzuführenden Maßnahmen in der Räterepublik. Welche Schlüsse lassen sich für die Zusammenarbeit von Anarchisten und Kommunisten ziehen?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,50 DM bis 1,20 DM

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabo 38,- DM, Jahresabo 76,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 44,50 DM, Jahresabo 89,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 6,50 DM, Jahresabo 13,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichten-

heft zu 0,80 DM: Halbjahresabo 48,50 DM, Jahresabo 97,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 10,50 DM, Jahresabo 21,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 1,20 DM: Halbjahresabo 53,50 DM, Jahresabo 107,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 16,- DM, Jahresabo 32,- DM.

Einzelabo Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 12,- DM, Jahresabo 24,- DM; zu 0,80 DM: 16,- DM bzw. 32,- DM; zu 1,20 DM: 21,- DM bzw. 42,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Bei Bestellungen von Politischen Berichten bitte angeben, ob diese mit oder ohne Lokalbeilage geliefert werden sollen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14–19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20–29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30–31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32–35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36–39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.